

SITZUNGSBERICHTE
LEIBNIZ-SOZietät DER WISSENSCHAFTEN

Wer und was bewegt Geschichte?

Kolloquium in Erinnerung an
Wolfgang Küttler am 24. April 2026

Herausgegeben von Jürgen Hofmann,
Mario Keßler und Dieter Segert

Mit Beiträgen von Ulrich Busch, Lutz-Dieter Behrendt,
Gerda Haßler, Jürgen Hofmann, Mario Keßler,
Jürgen Kocka, Dieter Segert, Michael Thomas



BAND 169
JAHRGANG 2026

LEIBNIZ-SOZietÄT: SITZUNGSBERICHTE

SITZUNGSBERICHTE
BAND 169 JAHRGANG 2026



LEIBNIZ-SOZIETÄT DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek.
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

Impressum

Herausgeberin: Gerda Haßler, Präsidentin der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften
zu Berlin e.V.

Briefanschrift: Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V.

Langenbeck-Virchow-Haus, Luisenstr. 58/59, 10117 Berlin

Homepage: <http://www.leibnizsozietat.de>

Briefanschrift der Redaktion:

Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V., Redaktionskollegium,

Langenbeck-Virchow-Haus, Luisenstr. 58/59, 10117 Berlin

Im Auftrag der Leibniz-Sozietät e.V. erschienen im trafo Wissenschaftsverlag
Dr. Wolfgang Weist, Finkenstr. 8, 12621 Berlin

Telefon: 0173 675 12 19

e-mail: info@trafoberlin.de

Die Reihe „Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät“ erscheint in
unregelmäßigen Abständen online unter
<https://leibnizsozietat.de/publikationen/sitzungsberichte/>.

Redaktionelle Durchsicht dieses Bandes: Redaktionskollegium der Leibniz-
Sozietät Redaktionsschluss: 31.08.2026

DOI: 10.53201/SITZUNGSBERICHTE169

ISSN 0947-5850

ISBN 978-3-86464-303-3

Inhalt

Vorwort	7
Gerda Haßler	9
Grußwort zum Erinnerungskolloquium für Wolfgang Küttler	
Lutz-Dieter Behrendt	11
Wolfgang Küttler zum 90.	
Jürgen Kocka	19
Wolfgang Küttler und der deutsch-deutsche Geschichtsdiskurs. Persönliche Bemerkungen	
Jürgen Hofmann	27
Wohin treibt die Geschichte? Formationstheoretische und methodologische Überlegungen bei Wolfgang Küttler	
Mario Keßler	37
Was war die Sowjetunion und wohin trieb sie? Wolfgang Küttlers Formationsanalyse und Lenins Sowjetunion – im Wirbel historischer Ereignisse	
Dieter Segert	51
Der Begriff des Revolutionszyklus, die historische Einordnung der russischen Revolution von 1917 und der Aufbruch in der DDR im Herbst 1989	
Ulrich Busch	65
Die Entwürfe von Karl Marx für eine Antwort an Vera Sassulitsch aus dem Jahr 1881 und die aktuelle Diskussion über den Kommunismus	
Michael Thomas	99
Wolfgang Küttler – Als dankbare Erinnerung an langjährige Zusammenarbeit und Aufnahme einer nicht mehr behandelten gemeinsamen Frage	
Autorinnen und Autoren	121

Vorwort

Die Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften hatte am 24. April 2026 zu einem Kolloquium in Erinnerung an das Gründungsmitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V. Wolfgang Küttler in das historische Rathaus nach Berlin-Friedrichshagen eingeladen. In diesem Monat hätte er seinen 90. Geburtstag gefeiert. Wolfgang Küttler, der im Mai 2024 verstarb, gehörte zu den wenigen ostdeutschen Historikern, die auch nach 1990 in ihrem Fachgebiet weiterarbeiten und forschen konnten. In den 1970er Jahren hatte er gemeinsam mit Ernst Engelberg die Forschungen zur Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft in der DDR etabliert und diesen Bereich an der Akademie der Wissenschaften schließlich auch geleitet.

Anliegen der Veranstaltung war, aus verschiedenen Blickwinkeln die Möglichkeiten und Grenzen historischer Analysen und gesellschaftlicher Prognosen zu beleuchten. Die Präsidentin der Sozietät *Gerda Haßler* würdigte die Verdienste Wolfgang Küttlers um die Entwicklung der Leibniz-Sozietät. *Lutz-Dieter Behrendt* (Deggendorf) gewährte Einblicke in ihre langjährige wissenschaftliche Zusammenarbeit und Freundschaft. Über seine Erinnerungen an Wolfgang Küttler im Rahmen des deutsch-deutschen Geschichtsdiskurses sprach *Jürgen Kocka* (Freie Universität Berlin, BBAW). Zu Hintergründen und Umständen, unter denen sich Geschichtstheorie und Geschichtsmethodologie in den 1970er Jahren in der DDR etablierte, referierte *Jürgen Hofmann* (MLS). Der Frage, wie Lenins Sowjetunion charakterisiert werden könne, die auch Küttler beschäftigte, ging *Mario Keßler* (MLS) nach. *Ulrich Busch* (MLS) behandelte ausführlich die Briefentwürfe von Karl Marx an Vera Sassulitsch und deren Botschaft für Diskussionen über Kommunismus. Zum Begriff des Revolutionszyklus und zur historischen Einordnung der russischen Revolution von 1917 sprach *Dieter Segert* (MLS). Der vorliegende Band der *Sitzungsberichte* vereint die auf dem Kolloquium vorgetragenen Beiträge. Darüber hinaus konnte *Michael Thomas* (MLS) für einen Beitrag

gewonnen werden, der die Mitwirkung Wolfgang Küttlers im Arbeitskreis „Gesellschaftsanalyse und Klassen“ der Leibniz-Sozietät ins Blickfeld nimmt.

Die Herausgeber bedanken sich bei den Autoren und allen Beteiligten für die konstruktive Mitwirkung an diesem Vorhaben.

Jürgen Hofmann, Mario Keßler und Dieter Segert

Grußwort zum Erinnerungskolloquium für Wolfgang Küttler

Gerda Haßler
(Potsdam, MLS)

Liebe Frau Küttler, liebe Familie Küttler, sehr geehrter Herr Kocka, sehr geehrte Referenten, Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich sehr, Sie heute zum Kolloquium *Wer und was bewegt Geschichte? Kolloquium in Erinnerung an Wolfgang Küttler* begrüßen zu dürfen. wir sind heute zusammengekommen, um das wissenschaftliche Wirken von Wolfgang Küttler (8. April 1936 – 26. Mai 2024) zu würdigen – eines Historikers, der die Geschichtswissenschaft in Deutschland über Jahrzehnte hinweg geprägt hat. Sein Werk zeichnet sich durch eine seltene Verbindung von theoretischer Reflexion, methodischer Präzision und gesellschaftlicher Verantwortung aus. Wolfgang Küttler war ein Denker, der historische Forschung nie als bloße Rekonstruktion verstand, sondern als kritischen Prozess, der die Bedingungen seiner eigenen Erkenntnis stets mitreflektiert.

Seine Beiträge zur Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft gehören zu den anspruchsvollsten und zugleich produktivsten Interventionen der letzten Jahrzehnte. Küttler analysierte die Grundlagen historischer Erkenntnis, die Struktur wissenschaftlicher Argumentation und die sozialen Funktionen von Geschichtsschreibung mit einer analytischen Schärfe, die bis heute Orientierung bietet. Besonders seine Arbeiten zur marxistischen Geschichtstheorie zeichneten sich dadurch aus, dass sie weder dogmatisch noch apologetisch waren. Er verstand Theorie als Werkzeug zur Klärung historischer Prozesse – nicht als ideologisches Korsett.

Wolfgang Küttler war zudem ein herausragender Wissenschaftshistoriker, der die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in der DDR mit großer Genauigkeit und kritischer Distanz analysierte. Seine Studien zur

institutionellen und intellektuellen Geschichte des Faches sind unverzichtbare Beiträge zur Selbstverständigung der deutschen Historiographie. Er zeigte, wie wissenschaftliche Praxis in politische, soziale und kulturelle Kontexte eingebettet ist – und wie wichtig es ist, diese Einbettungen sichtbar zu machen, um die eigene Forschung verantwortungsvoll zu gestalten.

Ein besonderer Schwerpunkt seines Wirkens lag in der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V., deren Entwicklung er über viele Jahre maßgeblich mitgestaltete. Als langjähriger Ko-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats prägte er die inhaltliche Ausrichtung der Sozietät mit großer Umsicht und intellektueller Weitsicht. Er war ein unermüdlicher Motor interdisziplinärer Zusammenarbeit, ein Anwalt wissenschaftlicher Qualität und ein sensibler Moderator zwischen unterschiedlichen Forschungsrichtungen. Viele der heute etablierten wissenschaftlichen Reihen, Kolloquien und thematischen Schwerpunkte der Sozietät tragen seine Handschrift.

Wolfgang Küttler verstand die Sozietät als Ort des offenen, kritischen und zugleich solidarischen wissenschaftlichen Austauschs – als Raum, in dem unterschiedliche Traditionen und Perspektiven produktiv miteinander ins Gespräch gebracht werden können. Sein Engagement war geprägt von der Überzeugung, dass Wissenschaft nur dann lebendig bleibt, wenn sie sich kontinuierlich selbst befragt, ihre Methoden reflektiert und ihre gesellschaftliche Rolle ernst nimmt. Dieses Verständnis hat die Sozietät nachhaltig geprägt und bleibt ein zentraler Teil ihres Selbstverständnisses.

Mein herzlicher Dank gilt den Organisatoren, die dieses Kolloquium mit großer Sorgfalt und wissenschaftlichem Engagement vorbereitet haben. Sie haben einen Raum geschaffen, in dem wir nicht nur erinnern, sondern weiterdenken können – im Austausch, in der kritischen Auseinandersetzung, im gemeinsamen Fortschreiben eines wissenschaftlichen Erbes, das uns verpflichtet.

Möge dieses Kolloquium dazu beitragen, Wolfgang Küttlers Vermächtnis lebendig zu halten: als Ermutigung zu intellektueller Redlichkeit, zu theoretischer Neugier und zu einer Geschichtswissenschaft, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst bleibt.

Wolfgang Küttler zum 90.

Lutz-Dieter Behrendt

(Deggendorf)

Abstract

Drawing on memories of a sixty-year friendship with Wolfgang Küttler, the author paints a very personal portrait of Küttler's character and their fruitful academic cooperation.

Resümee

Der Autor geht von den Erinnerungen an die sechzigjährige Freundschaft mit Wolfgang Küttler aus, zeichnet ein sehr persönliches Bild von dessen Persönlichkeit und von fruchtbarer wissenschaftlicher Zusammenarbeit.

Keywords/Schlüsselwörter

Time as research assistants in Leipzig; emphasis on intellectual abilities; move to the Academy of Sciences of the GDR; cooperation with colleagues; director of the institute in 1990, personal memories;

Assistenten in Leipzig, intellektuelle Fähigkeiten, Wechsel an die Akademie der Wissenschaften der DDR, Kooperation mit Kollegen, Institutsdirektor 1990, persönliche Erinnerungen.

Wolfgang Küttler war einer meiner ältesten und engsten Freunde. Ich möchte deshalb in meinem Beitrag von meinen persönlichen Erinnerungen an ihn ausgehen. Wir studierten beide an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und wurden durch das studentische Leben an dieser traditionellen Hohen Schule geprägt. Wolfgang, fünf Jahre älter als ich, hatte allerdings sein Studium von Geschichte und lateinischer Philologie schon absolviert, als ich das Studium aufnahm. Er war bereits Assistent beim Russlandhistoriker Erich Donnert. Während meiner Studienzeit begegnete ich ihm nur einmal, als er uns Übungen zur Einführung in die

Geschichtswissenschaft gab. Dabei war er sehr darauf bedacht, die Seminarteilnehmer zum eigenständigen Studium anzuregen. Wenn ihn die Studentinnen und Studenten überreden wollten, uns Hinweise zu geben, die das Selbststudium vereinfacht hätten, war seine stereotype Antwort: „Schlagt nach bei Mohr-Hühns!“ Das war damals das Standardwerk zur Einführung in die Heimatgeschichte. Prompt erhielt er den Spitznamen „Mohr-Hühns“.

Richtig kennen lernte ich Wolfgang im September 1964, als wir beide gleichzeitig an der Karl-Marx-Universität Leipzig als wissenschaftliche Assistenten eingestellt wurden. Wolfgangs Lehrstuhlleiter Donnert war zum Direktor des Instituts für Geschichte der europäischen Volksdemokratien berufen worden und hatte erreicht, zwei Assistenten mitnehmen zu dürfen, seinen in Jena bewährten Wolfgang Küttler und mich als Neuling, der vorher in der Oberschule Klein Wanzleben als Lehrer tätig war, aber bei Donnert die Examensarbeit über den Historiker Michail Pokrowskij geschrieben hatte.

Wir wurden von den Leipziger Historikern mit einigem Misstrauen aufgenommen, weil wir nicht die Leipziger Schule durchlaufen hatten. Man bezeichnete uns geringschätzig als die „Askari“, die Hilfstruppen von Donnert, den man in Leipzig nicht gerade freudig begrüßte. Das führte natürlich dazu, dass Wolfgang und ich uns vertrauter wurden. Wolfgang arbeitete an seiner Dissertation zur baltischen Geschichte, die nicht zum Profil des Instituts für Geschichte der europäischen Volksdemokratien passte, was wohl auch einen Teil der anfänglichen Vorbehalte gegen ihn verursachte. 1966 wurde er mit dem Thema Patriziat, Bürgeropposition und Volksbewegung in Riga in der zweiten Hälfte des 16. Jh. promoviert. Gutachter waren Erich Donnert und der Leipziger Mittelalterhistoriker Max Steinmetz. Die hohe Qualität seiner Dissertation ließ auch die letzten Vorurteile gegen ihn verstummen.

Mich beeindruckte, wie hochkonzentriert Wolfgang arbeiten konnte. Wenn er beim Schreiben war, damals noch mit der Hand, konnte er alles um sich herum vergessen. So kam ich einmal gegen Abend in unseren gemeinsamen Arbeitsraum im Institut, als Wolfgang gerade dabei war, einen wichtigen Gedankengang seiner Dissertation zu Papier zu bringen. Es war bereits dunkel, aber er schrieb unablässig, ohne das Licht einzuschalten. Wolfgang konnte an mehreren Projekten gleichzeitig arbeiten, gehemmt wurde er dabei mitunter nur durch seine hohe Wetterfähigkeit. Bestimmte Wetterlagen konnte er eher und sicherer voraussagen als sein Schwager, der ein professioneller Meteorologe war.

Wolgangs hohe Konzentrationsfähigkeit führte auch dazu, dass er im täglichen Leben immer wieder etwas vergaß. Mal war es die Mütze, mal der Regenschirm, mal die Aktentasche mit Materialien seiner Dissertation, die er abends an der Straßenbahnhaltestelle im Schatten eines Baumes stehen gelassen hatte. Sie war, als er wieder zurückfuhr, glücklicherweise noch da. Besonders kritisch war es, als er ohne seinen Dienstausweis von der Akademie der Wissenschaften von Leipzig nach Berlin zurückfuhr. Ein übergenuer Pfortner im Leipziger Unihochhaus hatte am 31. März 1978 den Dienstaussweis verlangt und dafür eine Besucherkarte ausgestellt. Beim Verlassen des Gebäudes nach einem interessanten Kossok-Kolloquium dachte Wolfgang nicht mehr daran. Erst in Berlin bemerkte er den Verlust. Mit der Besucherkarte konnte ich seinen Dienstaussweis einige Tage später wieder auslösen.

Mit großem Erfolg führte Wolfgang Seminare zur Geschichte Russlands vor 1917 durch, bei den Geschichtsstudenten der Karl-Marx-Universität, aber auch bei den Sportlehrerstudenten der Deutschen Hochschule für Körperkultur und Sport, die als zweites Fach Geschichte studierten. Selber nicht sehr sportlich, interessierte er sich jedoch für sportliche Großereignisse wie Olympia, Europa- und Weltmeisterschaften oder die Vierschanzen-Tournee. So verblüffte er die Sportstudenten etwa mit seinem Wissen über den sowjetischen Langstreckenläufer Pjotr Bolotnikov, Olympia-Sieger über 10 000 Meter 1960 in Rom, der namensgleich mit Ivan Bolotnikov, dem Führer eines Bauernaufstandes in Russland zu Beginn des 17. Jh. war.

Seine hohe Produktivität in der wissenschaftlichen Arbeit vermochte Wolfgang mit erholsamen Freizeitaktivitäten zu verbinden. In Altenburg geboren und in Gotha aufgewachsen, hing er an seiner thüringischen Heimat und fuhr, so oft es ging, am Wochenende nach Gotha zu seiner 20 Jahre älteren Schwester, um Wanderungen in den geliebten Thüringer Wald zu unternehmen. Bald nahm er mich mit, und ich lernte so die Schönheiten der dortigen Landschaft kennen. In touristischen Wochen absolvierten wir etappenweise den Rennsteig. Ein Kilometerzähler war bei unseren Touren immer dabei. In seinem Tagebuch hielt er die gewanderten Strecken minutiös fest. Da wir beide keinen Führerschein besaßen, waren wir auf den öffentlichen Verkehr angewiesen. Wolfgang überprüfte vor unseren Wanderungen immer die Möglichkeiten, wie wir vom Endpunkt unserer Tageswanderung mit Bus oder Bahn wieder nach Gotha zurückkehren konnten.

Unsere längste Tour über 50 km führte einmal von Suhl bis Arnstadt, und diesen Rekord erreichten wir nur deshalb, weil Wolfgang übersehen

hatte, dass ein Zug in Plau am Wochenende nicht fuhr, und wir zusätzlich fünf Kilometer marschieren mussten. Ich nahm das gelassen, aber Wolfgang konnte sich darüber sehr aufregen, vor allem, weil er sich über sich selbst ärgerte. Ein anderes Mal verpassten wir den Bus und wir mussten noch zu einer Bahnstation laufen. Vor lauter Ärger warf Wolfgang sein Fernglas auf die Straße und ließ es liegen. Ich hob es auf und nahm es mit, stellte bei einem Test aber fest, dass die Linsen beschädigt waren. Als es seine Schwester dann in Gotha mit der Bemerkung zur Reparatur brachte, dass es heruntergefallen war, meinte der Optiker, das Zeiss-Fernglas sei eigentlich sehr stabil. Vom bloßen Herunterfallen gehe es nicht kaputt. Es müsse mit voller Wucht auf den Boden geschleudert worden sein.

Inzwischen waren wir mit den Leipziger Kollegen näher bekannt geworden. Wir spielten mit einigen von ihnen regelmäßig Skat und konnten sie auch davon überzeugen, dass man ab und an Studentenlieder singen konnte, was bei den Historikern der Karl-Marx-Universität anfangs verpönt war, in Jena aber zum studentischen Leben gehörte.

Wolfgang hat 1984 sogar gemeinsam mit sieben anderen Professoren, darunter dem Exjensenener Gustav Seeber, in der Gesangsgruppe Magister und Scholaren an einer vom VEB Deutsche Schallplatten Berlin unter dem Label Amiga edierten Schallplatte mit Studentenliedern mit dem Titel *Gaudeamus igitur* mitgewirkt. Im Klappentext der Schallplatte hieß es:

Wir haben [...] viel hinzugelernt. Auch das, daß man aus der eigenen Geschichte, der Lebensweise und Kultur der Nation, des werktätigen Volkes und seiner Magister und Scholaren wesentlich mehr übernehmen kann, als man zunächst ahnt und vermutet. (Privatarchiv)

Mit dem zeitgeschichtlichen Profil des Instituts für Geschichte der Volksdemokratien konnte sich Wolfgang nie so ganz anfreunden. 1967 ging er nach Berlin an das Akademie-Institut für Geschichte, zunächst als Mitarbeiter in der von Erich Donnert geleiteten Abteilung für die Geschichte Russlands, ab 1969 als Mitarbeiter der Forschungsstelle, später des Bereiches „Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft“ unter Leitung von Ernst Engelberg. Hier konnte er als theoretischer Kopf seine wissenschaftlichen Fähigkeiten voll ausschöpfen. Folgerichtig übernahm er 1974 die Leitung der Forschungsstelle bzw. des Bereichs. Seine Fähigkeit zur Leitung wissenschaftlicher Kollektive bewies er seither ebenfalls als Redakteur und im Herausgeberkollegium des „Jahrbuchs für Geschichte der sozialistischen Länder Europas“.

Er konnte sich aber immer wieder über Funktionen aufregen, bei denen Formalitäten im Mittelpunkt standen. So schrieb er mir am 4. März 1978:

Seit 1.3. habe ich nun auch mein ‚Amt‘ angetreten, und es stehen gleich Schwächungen [sein Ausdruck für Unannehmlichkeiten] bevor: die Abnahme von Verteidigungen des Staatstitels „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ (Firlefanzen wie das Abzeichen für gutes Wissen). Dem muß ich am Mittwoch mit möglichst seriöser Miene präsidieren. (Privatarchiv)

Mit diesen Bemerkungen rannte er bei mir offene Türen ein. Ich selbst hatte als Student 1961 auf einer Versammlung, bei der wir zur Ablegung der Prüfung für das Abzeichen für gutes Wissen in Gold verpflichtet werden sollten, erklärt, dass ich keinen Wert auf dieses Stück Blech lege. Ich hätte es in der Oberschule schon in Silber abgelegt, was eine echte Herausforderung war. Jetzt hatte ich in Marxismus-Leninismus eine 1. Was sollte das also? Ich drückte mich tatsächlich vor der Prüfung. Dass das ohne Konsequenzen für mich blieb, zeugte von der toleranten Atmosphäre bei den Jenaer Slawisten, wo ich immatrikuliert war.

1976 erfolgte Wolfgangs Habilitation (Promotion B) bei Ernst Engelberg und Heinz Heitzer zum Dr. sc. phil., mit der Arbeit „Lenins Formationsanalyse der bürgerlichen Gesellschaft in Russland vor 1905. Ein Beitrag zur Theorie und Methode historischer Untersuchungen von Gesellschaftsformationen“. Sie wurde 1978 veröffentlicht. Im selben Jahr wurde Wolfgang an der Akademie der Wissenschaften zum Professor für Geschichte ernannt. 1980 bis 1990 hielt er als Gastprofessor mit großer Begeisterung Vorlesungen an der Humboldt-Universität über Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft. In weiteren Publikationen über Marx, Engels und Lenin, aber auch Max Weber analysierte er deren theoretischen Auffassungen über die Geschichte und ihren Einfluss auf die Geschichtswissenschaft.

Dass er dabei oft gemeinsam mit anderen Historikern publizierte – genannt seien Heinz Heitzer, Gerhard Lozek, Wolfgang Eichhorn – zeugte von einem weiteren wichtigen Charakterzug. Wolfgang Küttler war nicht der zurückgezogene, im stillen Kämmerlein allein forschende und publizierende Wissenschaftler, sondern ein sehr kollegialer, kameradschaftlicher und mit feinem Humor ausgestatteter Mensch. Er konnte allerdings auch ohne Rücksicht auf Land und Leute gezielt kontern, wenn er wegen wissenschaftlicher Positionen, von denen er überzeugt war, angegriffen wurde, so beispielsweise bei einer Konferenz über den Feudalismus im Oktober 1978, als ihn der sowjetische Historiker Aleksandr Nikolaevič Čistozvonov unqualifiziert anging.

Wolfgang scheute sich nicht, auch in schwierigen Situationen Verantwortung zu übernehmen, so vom 5. Oktober 1990 bis zur Abwicklung am 31. Dezember 1991 als der letzte Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte an der AdW. In dieser Funktion kämpfte er hart für Lösungen im Interesse der Mitarbeiter. Sehr überlegt und differenziert begann er in dieser Zeit mit der kritischen Aufarbeitung der Geschichtswissenschaft in der DDR.

Diese Eigenschaften zeigten sich seit den neunziger Jahren auch in seiner Mitwirkung am Projekt des Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus, zu dessen Herausgeberkollektiv er bald gehörte und zu dem er hochkarätige Beiträge lieferte. Bei den Konferenzen des Instituts für kritische Theorie (InkriT) und den zahlreichen Debatten über die Wörterbuchartikel war er einer der aktivsten Diskussionsteilnehmer und Moderatoren. Seine Beiträge zeugten einerseits von seinem umfangreichen historischen und philosophischen Wissen, waren zum anderen immer zielführend und anregend für die Autoren der diskutierten Artikel.

Trotz der räumlichen Trennung – ich arbeitete ja weiter an der Leipziger Universität – blieben wir auch nach 1967 privat und beruflich eng verbunden. Unsere Freundschaft wurde nicht nur durch die fortgeführten Wanderungen im Thüringer Wald, sondern auch durch gemeinsame Urlaube in Pizunda am Schwarzen Meer und Itkol im Kaukasus sowie eine Nordmeerreise mit der „Völkerfreundschaft“, durch gemeinsame Silvesterfeiern abwechselnd in Gotha, Leipzig, Berlin, Gera und Deggen-dorf mit anschließenden ausgedehnten Neujahrsspaziergängen auch mit unseren Ehefrauen, vor allem aber durch gemeinsame wissenschaftliche Arbeiten und durch einen reichen Briefwechsel gefestigt.

Da Wolfgang aktiv an den monatlichen Kolloquien des von Manfred Kossok geleiteten Interdisziplinären Zentrums für vergleichende Revolutionsforschung (IZR) in Leipzig teilnahm, trafen wir uns häufig in Leipzig zu – wie es Wolfgang als alter Lateiner formulierte – „Konventen“, bei denen wissenschaftliche Probleme, aber auch aktuelle tagespolitische Fragen und auch Überlegungen zur beruflichen Perspektive erörtert wurden. So nutzten wir z. B. 1978 den gemeinsamen Urlaub an der Schwarzmeerküste, um einen Gemeinschaftsaufsatz für das IZR über die Februarrevolution und Doppelherrschaft in Russland 1917 zu erarbeiten. Auch einen IZR-Beitrag über Proletariat und bürgerliche Revolution unter den Bedingungen des Imperialismus. Der russische Revolutionszyklus 1905–1917 verfassten wir gemeinsam.

Wolfgang war mir eine wichtige Stütze bei meinen Forschungen zur sowjetischen Geschichtswissenschaft. Mit ihm konnte ich mögliche Themen von Konferenzbeiträgen und Aufsätzen beraten. Die Veröffentlichungen über Aspekte der sowjetischen Geschichtswissenschaft waren nicht einfach in den Fachorganen unterzubringen. Wolfgang unterstützte mich bei meinen Publikationsvorhaben, wo immer es ihm möglich war. So konnte ich in einem von ihm, Walter Schmidt und Gustav Seeber 1989 herausgegebenen Sammelband „Große Französische Revolution und revolutionäre Arbeiterbewegung. Geschichtsbewußtsein, Gesellschaftstheorie und revolutionärer Kampf“ einen Aufsatz über „Nikolaj Michajlovič Lukin als Historiker der Großen Französischen Revolution“ veröffentlichen.

Wolfgang hat mich darin bestärkt, die Forschungen zur Geschichte der sowjetischen Geschichtswissenschaft nach meiner B-Promotion unbedingt fortzuführen und nicht – wie mir in Leipzig angetragen wurde – zur deutschen Zeitgeschichte oder zur Beschäftigung mit dem „entwickelten Sozialismus“ in der Sowjetunion überzugehen. „Rette das Fach, meide die deutsche Zeitgeschichte um jeden Preis“ (Privatarchiv), hatte er mir in einem Brief am 29. Januar 1969 geraten. Das verhalf mir 1995/96 zu einem Forschungsprojekt an der Universität Tübingen über die sowjetischen Institute der Roten Professur von 1921 bis 1938 mit zwei dreimonatigen Archivstudienaufenthalten in Russland.

Wolfgang begrüßte auch, dass ich mich nach dem familiär bedingten Umzug nach Deggendorf in die bayerische Geschichte einarbeitete, ohne meine Osteuropaforschungen voll aufzugeben. Er gewann mich gleichzeitig, wofür ich ihm sehr dankbar bin, für die Mitarbeit am Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus, wo ich meine Osteuropakennnisse einbringen kann. Die InkriT-Tagungen waren immer sehr anregend für mich, weil ich dadurch mit vielen Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland zusammentraf und es zu Gesprächen und Diskussionen kam, die in Deggendorf nicht vorstellbar waren. Zugleich waren die Tagungen immer ein Fixpunkt für unsere „Konvente“. Auch für die Tagung im Mai 2024 hatten wir uns verabredet. Leider konnte Wolfgang dazu nicht mehr kommen. Sein Tod ist ein schwerer Verlust für die Wissenschaft, aber besonders für alle diejenigen, die in engem Gedankenaustausch mit ihm standen. Ich jedenfalls vermisse die Diskussionen mit ihm sehr.

Ich habe Wolfgang Küttler weniger aus wissenschaftshistorischer Sicht gewürdigt. Dazu sind die anderen hier heute Referierenden besser befugt. Mir ging es darum, des Menschen Wolfgang Küttler zu gedenken, ähnlich wie ich es bei der Feier seines 90. Geburtstags getan hätte. Leider

hat er dieses Jubiläum nicht erreicht. Einige Tage vor seinem unerwarteten Tod im Mai 2024 hatten wir noch miteinander telefoniert und uns versprochen, häufiger miteinander zu reden. So musste ich heute nachholen, was ich ihm gerne gesagt hätte.

Literatur

Privatarchiv Lutz-Dieter Behrendt.

Wolfgang Küttler und der deutsch-deutsche Geschichtsdiskurs

Persönliche Bemerkungen

Jürgen Kocka

(Freie Universität Berlin)

Abstract

Jürgen Kocka outlines the circumstances of his encounters with Wolfgang Küttler, the possibilities and limitations of the German-German historical discourse, and Wolfgang Küttler's intellectual development following the asymmetrical takeover of the GDR's academic landscape. Of particular note is the search for a synthesis between Marx and Weber.

Zusammenfassung

Jürgen Kocka skizziert die Umstände seiner Begegnungen mit Wolfgang Küttler, die Möglichkeiten und Grenzen des deutsche-deutschen Geschichtsdiskurses sowie die intellektuelle Entwicklung Wolfgang Küttlers nach der asymmetrischen Übernahme der DDR-Wissenschaftslandschaft. Hervorzuheben sei die Suche nach einer Synthese zwischen Marx und Weber.

Keywords/Schlüsselwörter

German-German historical discourse, limits of dialogue, Ernst Engelberg, Wolfgang Küttler, Academy of Sciences of the GDR, asymmetrical takeover, Max Weber

deutsch-deutscher Geschichtsdiskurs, Grenzen des Dialogs, Ernst Engelberg, Wolfgang Küttler, Akademie der Wissenschaften der DDR, asymmetrische Übernahme, Max Weber.

1

Wolfgang Küttler und ich haben uns 1979 kennengelernt. In diesem Jahr veranstaltete der von ihm geleitete Wissenschaftsbereich „Methodologie und Geschichte der Geschichtswissenschaft“ am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR ein internationales Kolloquium zum Thema „Probleme der geschichtswissenschaftlichen Erklärung“. Zu diesem Kolloquium waren neben Historikern aus der DDR, der Sowjetunion und anderen Ländern zumindest zwei Westdeutsche eingeladen worden, neben Karl-Georg Faber auch ich.

Bis dahin waren meine direkten Kontakte zu Historikern in der DDR äußerst beschränkt. Am ehesten hatte es solche auf der einen oder anderen internationalen Konferenz gegeben, vorwiegend offiziell und privat nur ganz oberflächlich. Allerdings hatte ich über die Geschichtswissenschaft in der DDR gearbeitet und auch meinen Habilitationsvortrag 1972 über dieses Thema gehalten. Jetzt, 1979, diese Einladung: ungewöhnlich, für mich aufregend und ein bisschen exotisch, in der Rückschau auch aufschlussreich in Bezug auf den deutsch-deutschen Geschichtsdiskurs, soweit ich ihn erlebt habe.

Dieser Diskurs wurde, soweit er über gedruckte Veröffentlichungen, Rezensionen und kritisch-deklamatorische Stellungnahmen hinausging, international eingebettet – auch um in der DDR politisch möglich zu sein, so ja auch auf diesem Kolloquium. Er war durchaus unterentwickelt, nahm aber seit den späten 1970er Jahren an Intensität zu: zwei weitere Kolloquien dieser Art fanden 1984 und 1989 statt, immer größer, immer internationaler, mit zunehmender westdeutscher Beteiligung, in Vorbereitung eines dann jeweils folgenden internationalen Historikerkongresses und jeweils zu einem runden Geburtstag von Ernst Engelberg, der diesen Wissenschaftsbereich begründet und zunächst geleitet hatte. Das Interesse auch der etablierten DDR-Geschichtswissenschaft an solchen Kontakten nahm mit ihrem Selbstbewusstsein deutlich zu. Deutsch-deutsche Kontakte wurden damals von der Internationalität unserer Wissenschaft gefördert. So war es der Leitung der Internationalen Historikerorganisation, des International Committee of Historical Sciences zu verdanken, dass die große Eröffnungssektion des Internationalen Historikertags in Stuttgart 1985 – sie handelte von Max Weber und der Geschichtswissenschaft – von einem West- und einem Ostdeutschen gemeinsam wahrgenommen wurde, nämlich von Ernst Engelberg und mir.

Vorherrschend waren auf den genannten Kolloquien zwischen 1979 und 1989 substantielle tagungsöffentliche Vorträge und Diskussionen, mit und ohne Kontroversen. Möglich wurden aber auch persönliche Kontakte. In lebhafter Erinnerung habe ich einen Besuch im Brecht-Theater am Schiffbauerdamm zusammen mit Ernst Engelberg und seiner Ehefrau Waltraut, die Karten für das damals frische Stück „Großer Frieden“ von Volker Braun organisiert hatten. Man liest Bücher wie Engelbergs „Bismarck“ – Band 1 erschienen 1985 im Ostberliner Akademieverlag und zugleich im Westberliner Siedler-Verlag – etwas anders, wenn man den Autor mit einigen seiner Präferenzen und Bedenken auch aus privaten Gesprächen kennt. Von dieser privaten Unterfütterung des deutsch-deutschen Geschichtsdiskurses gab es im Grunde sehr wenig, man war und blieb sich insgesamt recht fremd, wie sich 1989/90 empfindlich zeigen sollte.

Ich hatte auf diesen drei Kolloquien mehrere primär fachliche Gespräche mit Wolfgang Küttler, auch unter vier Augen. Ich lernte ihn als hochgebildeten, aufgeschlossenen, ungemein genauen, zugleich theoretisch weit ausgreifenden Ideen-, Wissenschafts- und Gesellschaftshistoriker kennen und schätzen, der sich sehr selbstständig vor allem in einer marxistischen Tradition bewegte, der es aber verstand, sich „bürgerliche“ Theoretiker, besonders Max Weber, schrittweise zu erschließen, teils zustimmend, teils kritisch.

In unseren Gesprächen wussten wir natürlich von unseren unterschiedlichen institutionell-politisch-theoretischen Einbettungen und nahmen darauf Rücksicht. Immer wieder betonte Küttler ausdrücklich, dass wir unterschiedlichen theoretischen Prämissen verpflichtet seien. Es bestand nicht die Absicht, so die Implikation, diese Prämissen zu hinterfragen und vielleicht gar zu modifizieren. Dies fand auch kaum statt, was ich bedauerte und Wolfgang Küttler im Stillen vielleicht auch. Trotz dieses unausgetragenen Dissenses diskutierten wir auf einer etwas weniger grundsätzlichen Ebene einzelne große Probleme, zum Beispiel Varianten der begrifflichen Typisierung in der Geschichtswissenschaft oder die Spannung zwischen normativem Engagement und empirischer Analyse, und zwar durchaus auf interessante Art und Weise. Wissenschaftliche Kommunikation kann offensichtlich auch dann produktiv sein, wenn sie von unterschiedlichen normativen Positionen her geführt wird, die nicht oder nicht hinreichend thematisiert werden (können). Diese damalige Erfahrung mag auch heute zu Diskussionen zwischen Wissenschaftlern sehr unterschiedlicher Wertorientierung ermutigen. Dass beide Ebenen

letztlich doch zusammenhängen und zusammenhängen, wurde beispielsweise in dem Aufsatz klar, den Wolfgang Küttler und Gerhard Lozek über den Klassenbegriff und den Idealtypus bei Marx und Weber auf dem Stuttgarter Internationalen Historikerkongress 1985 vorlegten. Bei allem Lob für die wichtigen analytischen Differenzierungen Webers habe er doch, so die beiden Autoren, den kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftszusammenhang, dem er angehörte, letztlich verkannt und jedenfalls nicht über diesen hinausgedacht. Hier stieß man – Mitte der 1980er Jahre – an politische Grenzen der Möglichkeiten des wissenschaftlichen Diskurses.

2

Wie sich der Zusammenbruch der DDR und die deutsche Wiedervereinigung 1989 und in den folgenden Jahren auf die Organisation, das Personal und die Inhalte der DDR-Wissenschaften auswirkten, wird den meisten zumindest in den Grundzügen bekannt sein, zum Teil auch noch auf der Basis eigenen Erlebens. Ich kann diesen zutiefst asymmetrischen und bis heute kontrovers diskutierten Prozess, in dem das bundesrepublikanische Wissenschaftssystem mit einigen wenigen Abweichungen auf die beitretende und damit untergehende DDR ausgedehnt wurde, jetzt nicht skizzieren.

Wolfgang Küttler war vom Umbruch direkt betroffen. Sein mittlerweile erhebliches internationales Ansehen wurde sichtbar, als ihn die Academia Europaea 1989 als Mitglied kooptierte. Erst danach, nämlich 1990, wurde er Korrespondierendes Mitglied der Gelehrtenengesellschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1990 bis Ende 1991 war er der letzte Direktor des Instituts für deutsche Geschichte der AdW. Er nahm damit eine Position ein, in die in dieser Zeit die Kollegen und Kolleginnen vor allem Personen wählten, die als relativ flexibel und reformfähig galten. 1992 kam Küttler in einem der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte unter, die neu gegründet wurden, um hoch qualifizierten Personen, deren Institute abgewickelt wurden, die weitere Existenz als Wissenschaftler in neuen Arbeitszusammenhängen zu ermöglichen, nämlich im Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte. Von dort gelangte er in das 1994 neu gegründete Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin.

Zu diesem tiefen Umbruch gehörte ein Diskurs, der in vielen internen und öffentlichen Äußerungen, auf zahlreichen Konferenzen und in manchen Auseinandersetzungen stattfand. Wolfgang Küttler gehörte zu den DDR-Historikern, die nicht schwiegen, sondern sich äußerten, in mehreren Veröffentlichungen. Diesen Austausch von Argumenten sehe ich als Teil eines deutsch-deutschen Geschichtsdiskurses. Denn an dieser Diskussion nahmen ostdeutsche und westdeutsche Historiker teil, oft in der Form von Fragen und Antworten, Kritik und Verteidigung, streitend über Schuld und Verantwortung wie über Geschichtsinterpretationen und Zukunftsvorstellungen. Wie hat Küttler argumentiert?

Küttler hörte, anders als manche Kollegen und Kolleginnen, nicht auf, sich als Marxist zu verstehen und seine Forschungen entsprechend zu betreiben. Zwar wandte er sich nunmehr rückblickend gegen die Instrumentalisierung des Marxismus in seiner marxistisch-leninistischen Version als staatliches Legitimations- und Herrschaftsmittel. Er tat dies offen, und das war neu, stand aber vielleicht doch in der Kontinuität von Vorbehalten, die er, im Stillen und weniger klar, auch in den vorangehenden Jahren gehabt haben mag. Gleichzeitig betonte er den großen Wert marxistischer Kategorien und Sichtweisen für sozialwissenschaftliche Analysen und – so seine Wortwahl – für das Verständnis der Moderne. Die Klassen- und Formationsanalyse blieb für ihn zentral. Er war, wie sich jetzt deutlich zeigte, Marxist aus Überzeugung gewesen und blieb dies auch weiterhin, nicht aus Anpassung an staatlich-gesellschaftliche Zwänge, die ja jetzt wegfielen.

Er setzte sich, anders als viele Kollegen und Kolleginnen, explizit und kritisch mit der DDR-Geschichtswissenschaft der vorangehenden Jahrzehnte auseinander, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten. Er führte aus, dass die DDR-Geschichtswissenschaft sowohl Herrschafts- und Legitimationswissenschaft wie auch Teil der „Ökumene der Historiker“ gewesen sei. Sie habe national und international beachtete Leistungen – etwa in der Sozial- und Revolutionsgeschichte – hervorgebracht, aber diese Leistungen seien selten „neben“ Ideologie und Politik entstanden, sondern in problematischer Verknüpfung mit diesen. Staat und Partei hätten die Wissenschaft sowohl gezielt gefördert als auch belastet, um ihre Legitimationsfunktion zu stärken. Man dürfe die DDR-Historiographie nicht nur als „Propaganda“ abtun, sondern müsse sie auch als in sich widersprüchliche, teils innovative, teils dogmatische Wissenschaftspraxis denken. Er dehnte die kritische Analyse explizit auch auf die von ihm bis dato vertretene marxistische Geschichtswissenschaft aus und

suchte nach den Ursachen für Dogmen und Fehleinschätzungen. Er betonte, dass die DDR-Geschichtswissenschaft nicht homogen gewesen sei. Vielmehr habe es auch in der DDR-Historiker gegeben, die innerhalb des Systems neue Wege der Forschung erschlossen und marxistische Geschichtstheorie epistemisch zu erneuern versuchten. Implizit habe dies Anschlussstellen zu westlichen, kritisch-gesellschaftsgeschichtlichen Ansätzen geöffnet.

Wie sehr Küttler, nun schon weit über 50 Jahre alt, in Reaktion auf den tiefen Umbruch, den er erlebte, bisherige Überzeugungen modifizierte und nach Neuem suchte, zeigt sich an Veränderungen seines Bildes von Max Weber. Bis ca. 1989 hatte er Webers Werk vor allem als großen „bürgerlichen“ Gegenentwurf zu Marx gelesen und bei aller Bewunderung seiner methodischen Instrumente Webers Position zur Werturteilsfreiheit, seine „spätbürgerliche“ Begrenztheit und den fehlenden Bruch mit der kapitalistischen Klassenherrschaft kritisiert. Nach dem Scheitern des „realen Sozialismus“ begann Küttler, Weber als Diagnostiker des modernen Kapitalismus ernster zu nehmen, insbesondere was seine Analyse von Rationalisierung, Bürokratisierung und Wissenschaft betraf. Die bis dato entschiedene Gegenüberstellung von Marx und Weber trat allmählich hinter der Suche nach einer spannungsreichen Synthese zwischen beiden zurück. Er näherte sich dem Gedanken, dass Marx und Weber verschiedene Seiten derselben Formation in den Blick nahmen. Das war aus meiner Sicht ein großer Fortschritt, aus Umbruch und Krise geboren. Marxistische Kategorien blieben in seinem Denken und Forschen zwar dominant, aber einige Stücke von Max Weber wurden eingemeindet.

3

Anders als viele seiner Kollegen und Kolleginnen hatte Wolfgang Küttler das Glück, weiter voll und ganz als Wissenschaftler existieren zu können. Zunächst arbeitete er sehr selbstständig im Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte bis zur Pensionierung 2001. 1993 gehört er zu den Gründungsmitgliedern der Leibniz-Sozietät und engagierte sich in ihr bald an leitenden Stellen. 2007/08 wurde er als Mitherausgeber in das große Unternehmen des *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus (HKWM)* einbezogen und wirkte seit Band 8/I kontinuierlich als einer der Herausgeber, in Verbindung mit Wolfgang Fritz Haug, Frigga Haug und Peter Jehle. Unter anderem schrieb er den großen Artikel „Kapitalismus“ in Band 7/I. Das waren alles Denk- und Arbeitsorte, an denen

Westdeutsche und Ostdeutsche gemeinsam existierten und häufig zusammenarbeiteten, in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen: Beispiele eines deutsch-deutschen Diskurses im Kleinformat.

Engste deutsch-deutsche Kooperation lag dem Standardwerk *Geschichtsdiskurs* zugrunde, das Wolfgang Küttler, Jörn Rüsen (Bielefeld) und Ernst Schulin (Freiburg) gemeinsam herausgaben und das fünfbandig 1993-1999 im Fischer Taschenbuchverlag erschien. Es handelte sich um ein originelles Handbuch zur Geschichte der Geschichtswissenschaft unter systematischen Gesichtspunkten. Der Übergang von deutsch-deutschen Diskursen zu deutsch-deutschen Kooperationen und Synthesen lässt sich auch in anderen Arbeitsergebnissen beobachten, die Küttler in den letzten drei Jahrzehnten vorgelegt hat, nirgends deutlicher und erfolgreicher als in seinen Abhandlungen zum Kapitalismus, in denen er Bestandteile des Erbes von Marx und Weber mit eigenen originellen Gedanken verwob.

Drei kurze Gedanken zum Schluss:

Wolfgang Küttler hat sich verändert, auf neue Verhältnisse eingestellt, gelernt. Aber die tiefen Umbrüche, die er erlebte, wurden nicht von tiefen Umbrüchen seines intellektuellen Profils begleitet. Ich sehe in seiner wissenschaftlichen Entwicklung Wandel, aber zugleich sehr viel Kontinuität. Im Kern blieb Wolfgang Küttler sich treu.

In seinem Fall hat die zeitgeschichtliche Krise zur erfolgreichen Profilierung eines wissenschaftlichen Lebenslaufs kräftig beigetragen. Krise und Fortschritt verbanden sich. Küttler war sicher nicht der einzige, dem das gelang, aber vielen blieb es aus inneren und äußeren Gründen verwehrt, diese Dialektik zu praktizieren und zu genießen.

Insgesamt erkennt man das gelingende Leben eines hervorragenden Wissenschaftlers. So scheint es jedenfalls von außen, trotz aller Schwierigkeiten, Herausforderungen und Verluste, die auch Wolfgang Küttler nicht erspart blieben. Schaute er nicht am Ende mit großer Genugtuung auf sein Leben zurück? Dazu hatte er jedenfalls jeden Grund.

Wohin treibt die Geschichte? Formationstheoretische und methodologische Überlegungen bei Wolfgang Küttler

Jürgen Hofmann
(Berlin, MLS)

Abstract

Wolfgang Küttler was a historian who established the theory and methodology of historical studies as an independent research discipline in the GDR, thereby gaining international recognition. The focus of his work was on formation theory and its application to past, present and anticipated social developments. In this regard, Dogmatic Marxism imposed certain limitations, which Küttler overcame in his subsequent works.

Zusammenfassung

Wolfgang Küttler zählte zu den Historikern, die die Theorie und Methodik der Geschichtswissenschaft in der DDR als eigenständiges Fachgebiet etablierten und damit internationale Beachtung fanden. Den Schwerpunkt der Betrachtungen bildeten die Formationstheorie sowie ihre Anwendung auf vergangene, gegenwärtige und zu erwartende gesellschaftliche Entwicklungen. Der dogmatisierte Marxismus setzte dabei Grenzen, die Küttler in späteren Werken zu überwinden wusste.

Keywords/Schlüsselwörter

Theory of history, Historical methodology, Historical laws, Theory of formation, Typology of revolutions, Ernst Engelberg, Karl Marx, Max Weber

Geschichtstheorie, Geschichtsmethodologie, historische Gesetze, Formationstheorie, Revolutionstyp, Ernst Engelberg, Karl Marx, Max Weber.

Das Thema unseres heutigen Kolloquiums – wer und was Geschichte bewegt – müsste eigentlich um eine dritte Frage ergänzt werden: Wohin

bewegt sich Geschichte? Wolfgang Küttler hat diese Frage immer wieder umgetrieben. Entscheidend sei, vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen und aktueller Konflikte, „wie der Mensch seine Existenzprobleme in der Geschichte auf vernünftige, humane Weise lösen kann“ (Küttler 2016: 32). Das schließt die Erkenntnis ein, dass menschliches Handeln nicht zwangsläufig angenommenen Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung folgt. Die Komplexität der Bedingungen menschlichen Handelns wird von widersprüchlichen Interessenlagen beeinflusst und folgt nicht der Logik der Naturgesetze. Im dogmatisierten Marxismus war verloren gegangen, dass sich die Gründerväter der „Ambivalenz eingreifender Geschichtstheorie wohl bewusst“ waren. „Sie betrachteten die Geschichte nicht als Einbahnstraße ständigen Fortschritts, sondern diesen als Resultante offener Konflikte und [...] daher als widersprüchlichen Prozess von Durchbrüchen und Rückschlägen“ (Küttler 2016: 25).

Wolfgang Küttler gehörte zu dem engeren Kreis der DDR-Historiker, der die internationale Debatte aufmerksam verfolgte, rezipierte und ihre Anregungen für die DDR-Geschichtswissenschaft erschloss. Ihm wurde bewusst, dass die „methodologische Reflexion der Subjekt-Objekt-Dialektik und der Frage historischer Gesetzesaussagen [...] insgesamt noch nicht ausreichend war“ (Berthold/Küttler et al. 1980: 559). Ernst Engelberg lenkte ihn in diese Spur. Die Internationalen Historikerkongresse 1970 und 1975 hatten die Bedeutung dieses Fachgebietes nachhaltig unterstrichen. In der DDR-Geschichtswissenschaft war inzwischen ein Entwicklungsstand erreicht, der 1969 die Einrichtung einer Forschungsstelle für Methodologie und Geschichte der Geschichtswissenschaft an der Akademie der Wissenschaften erlaubte. Das Projekt einer mehrbändigen deutschen Geschichte verlangte ebenfalls nach einer neuen Qualität geschichtstheoretischer Fundierung.

Die formationstheoretischen Debatten in der Geschichtswissenschaft und in den politischen Wissenschaften zielte nicht allein darauf, bisherige Geschichtsepochen zu ordnen. Sie dienten zugleich der Bestimmung der eigenen Zuordnung zu einer tatsächlichen bzw. vermuteten Entwicklungsstufe der Gesellschaft. Daraus wiederum sollten sich Schlüsse für die Perspektive ergeben. Dass ausgangs des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Antworten eines dogmatisierten Marxismus ebenso zu hinterfragen waren wie die Annahme, die Geschichte habe ihren Endpunkt erreicht, liegt auf der Hand. Wolfgang Küttler hatte keine fertigen Antworten zu bieten, eher Abwägungen und Denkanstöße.

In den 1960er Jahren sahen sich die Sowjetunion und ihr Lager auf dem Weg des künftigen Sieges in der Systemauseinandersetzung. In den führenden Parteien und Gesellschaftswissenschaften wurde deshalb darüber diskutiert, welche Etappe der Entwicklung erreicht sei. Während die KPdSU ihr Land auf den Weg zum Kommunismus sah, konnte die SED, direkt konfrontiert mit der erfolgreichen Entwicklung des anderen deutschen Staates, einen solchen Zukunftsoptimismus nicht glaubhaft teilen. Sie entwickelte deshalb die These vom Sozialismus als einer länger währenden eigenständigen Gesellschaftsformation. Anlässlich des 100. Jahrestages des „Kapitals“ von Karl Marx schlussfolgerte Walter Ulbricht im September 1967 aus den bisherigen Erfahrungen in der DDR: „[...] daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab“ (Ulbricht 1967: 5). Dahinter verbarg sich die Botschaft, dass für die Ausgestaltung der neuen Gesellschaft trotz offizieller Erfolgsmeldungen noch viel zu tun sei, was als umfassender Aufbau des Sozialismus gefasst wurde. Obwohl die DDR-Gesellschaft in ihrer nationalen Konkurrenzsituation und ihrer Abhängigkeit von der Sowjetunion damit letztlich scheiterte, wiesen die Ansätze für ökonomische Reformen (Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung), die Orientierung auf die wissenschaftlich-technische Revolution in Richtung Modernisierung der Gesellschaft. Die Grenzen von Reformen zeigten sich spätestens mit der Intervention gegen den „Prager Frühling“ 1968.

Diese gesellschaftspolitischen Orientierungen und Vorgaben und deren Nachhall färbten auf die geschichtswissenschaftlichen Projekte und Diskussionen ab. Das spiegelt sich auch in den Publikationen zur Geschichtstheorie und Geschichtsmethodologie der 1970er und 1980er Jahre wider.

Die Etablierung formationstheoretischer Forschungen und damit verbundener Fragen der Geschichtstheorie und Geschichtsmethodologie in der DDR verlangte zunächst danach, die Werke von Karl Marx, Friedrich Engels und V.I. Lenin auf den anvisierten Gegenstand hin zu analysieren. Es ging um die Frage, ob und inwieweit er mit dem dialektischen und historischen Materialismus kompatibel war. Wolfgang Küttler und sein Mentor Ernst Engelberg sowie weitere Autoren unterzogen sich dieser Aufgabe. Der 1978 erschienene Sammelband „Formationstheorie und Geschichte“ erörterte Anknüpfungspunkte und Fragestellungen.

Für die Herausgeber formulierte Ernst Engelberg das Anliegen des Bandes und künftiger Forschungen wie folgt:

Erst durch die Begriffs- und Methodengeschichte können wir die Struktur im Kategoriensystem wie auch das Verhältnis von Kategorie und Wirklichkeit voll erfassen. Damit sind wir auch eher davor gefeit, zentrale Begriffe zu dogmatisieren, zu pedantisieren und zu verpädagogisieren. So nützlich Lehrbuchwissen ist, so muß immer jenes Wissen und Können wach bleiben, daß uns befähigt, beziehungsreiche Begriffe elastisch anzuwenden; sonst können wir die dialektische Spannung von Theorie und Empirie nicht meistern und zu keinen neuen relevanten Ergebnissen gelangen. (Engelberg/Küttler 1978: 7).

„Als ein Grundbestandteil, ein wesentliches Ferment gesellschaftswissenschaftlicher Forschung überhaupt“ so Küttler in seinem Fazit, schließe der „dialektisch-materialistische Historismus Systemtheorie nicht aus, sondern impliziert vielmehr den System- und Strukturaspekt der Geschichte“ (Engelberg/Küttler 1978: 722).

Untersuchungen über Gesellschaftsformationen konnten keinesfalls nur eine Angelegenheit der Geschichtswissenschaft sein. Sie erforderten einen interdisziplinären Ansatz. Philosophen und Historiker standen „vor manchen gemeinsamen, nur gemeinsam zu bewältigenden Aufgaben“, wenn es, so Wolfgang Eichhorn, darum gehen sollte, „Entwicklungsgesetze des Geschichtsprozesses weiter auszuarbeiten“ (Engelberg/Küttler 1977: 79). Nach Küttler durften geschichtswissenschaftliche und geschichtsmethodologische Fragen nicht „isoliert von philosophischen, ökonomischen, soziologischen und anderen Problemen untersucht werden“ (Engelberg/Küttler 1978: 724). Formationsanalyse erschöpfe sich nicht in ökonomischer Analyse, sondern schließe alle anderen Bereiche und vor allem die Handlungen der Menschen mit ein. Diese Bandbreite kann in diesem Beitrag nur punktuell angedeutet werden.

Für die Analyse der Bruchzonen zwischen den Formationen boten sich die Revolutionen des ausgehenden 18. und des 19. Jahrhunderts an. Hier waren die Leipziger Historiker um Walter Markov und Manfred Kossok mit ihrem Projekt zur vergleichenden Revolutionsgeschichte wegweisend. „Das merkliche Defizit an einer typologisch vergleichenden *Revolutionsgeschichte*“ führte nach Manfred Kossok zu „Vereinfachungen“ und „Verallgemeinerungen, die nicht „mit den konkret-historischen Revolutionsphänomenen korrespondieren“ (Engelberg/Küttler 1977: 59)

Wolfgang Küttler war in dieses Netzwerk eingebunden. Er referierte 1975 über die bürgerlich-demokratische Revolution von 1905–1907 in

Russland. Er sah damals darin ein Vorzeichen eines Formationswechsels und die Wende zu einem neuen Revolutionstyp. Eine Einschätzung, die er später, gestützt auf gewonnene Erkenntnisse, korrigiert hat. Der neue Revolutionstyp hatte zwar in das 20. Jahrhundert eingegriffen. Die von den Akteuren angestrebte neue Gesellschaftsformation bildete jedoch nicht die Totalität aus, die ihre historische Stabilität begründet hätte. Unter Totalität ist in diesem Zusammenhang ein Zustand gemeint, in dem alle wesentlichen Bereiche eines sozialökonomischen Gesellschaftsmodells von der ihm entsprechenden idealtypischen Produktions- und Reproduktionsweise geprägt sind und auftretende Widersprüche und Konflikte das Gesellschaftsmodell und seine Entwicklung nicht in Frage stellen, sondern in seinem Rahmen aufgelöst werden können. Ganz im Geiste Hegels kommt es darauf an, den systemischen Zusammenhang und den dialektischen Prozess in der Entstehung und beim Reifen von Gesellschaftsformationen zu erfassen. In einem gemeinsam mit Wolfgang Eichhorn verfassten Aufsatz hielt Wolfgang Küttler über den Begriff der „Gesellschaftsformation“ Jahre später fest, „daß praktisch-politische Konzepte, die durch diesen Ansatz theoretisch stringent begründet zu sein schienen, in gravierenden Fällen versagten. Das gilt vor allem vom Scheitern des von 1917 ausgehenden antikapitalistischen Gesellschaftsversuchs“ (Eichhorn/Küttler 1999: 7).

Es zeigte sich, wie in anderen Epochen der Geschichte, dass Bruchzonen durchaus längere Zeiträume einnehmen und die Wiederkehr vorheriger Verhältnisse nicht ausgeschlossen ist. „Der reale geschichtliche Verlauf“, so Küttler unter Verweis auf Friedrich Engels, „weicht von den Absichten, Plänen, Konzepten der Beteiligten tendenziell, mehr oder weniger stark, aber *grundsätzlich* ab“ (Eichhorn/Küttler 1999: 33). Rückblickend kam Küttler vor einigen Jahren erneut auf die auch von ihm zunächst geteilte Erwartungshaltung zurück und erinnerte daran, dass Marx die Idee einer neuen Gesellschaft „grundsätzlich als offenes, immer neue Fakten und Erkenntnisse einbeziehendes und stets korrekturfähiges Projekt angelegt“ hatte (Küttler 2016: 24). Dem dogmatisierten Marxismus war die Korrekturfähigkeit jedoch abhandengekommen. Formationstheoretisches Denken konnte in Gegenwart und Zukunft nur produktiv sein, wenn den Beteiligten bewusst blieb, dass „Formationsfragen von heute [...] nicht mehr die von 1848 oder 1867, auch nicht mehr die von 1917 oder nach 1945“ sind (Eichhorn/Küttler 1999: 47).

Zu den Veranstaltungen, mit denen die Diskussion um Geschichtstheorie und Geschichtsmethodologie unter den DDR-Historikern Fahrt

aufnahm, gehörte das Kolloquium „Struktur und Prozeß in der Weltgeschichte“ im Juni 1974 in Berlin. An diesem Kolloquium waren auch Wissenschaftler aus der Sowjetunion und Osteuropa beteiligt. Erklärtes Ziel: Die Zusammenarbeit „auf dem so wichtigen und immer mehr an Bedeutung gewinnenden Feld der Methodologie und Theorie der Geschichtswissenschaft“ (Engelberg/Küttler 1977: 8). Wolfgang Küttler widmete sich dort der Frage der Begriffsbildung und Begriffsgeschichte in der Geschichtswissenschaft. Er verwies zunächst – an Ernst Engelberg anknüpfend – auf die „rasche Verschiebung der Bedeutung, des Umfangs und des Inhalts von Begriffen im Verhältnis zur jeweils abgebildeten vergangenen bzw. gegenwärtigen Wirklichkeit“ (Engelberg/Küttler 1977: 183) angesichts dynamischer Veränderungen des historischen Prozesses. Theorien fasste er als Aussagesysteme und Begriffe als Elemente von Aussagen, die einer definitorischen Bestimmung bedürfen und so zugleich verdichtete Theorie seien. Eines der Beispiele sei der Begriff der ökonomischen Gesellschaftsformation. Für die geschichtswissenschaftliche Begriffsbildung hielt er fest:

1. Sie besitze grundsätzlich keinerlei erkenntnistheoretische Ausnahme-
stellung im System der Wissenschaften.
2. Aus Ereignissen hervorgegangene empirisch gewonnen Begriffe wür-
den dann zu wissenschaftlichen Begriffen, wenn sie sich mit der allge-
meinen Gesellschaftstheorie verbinden und deren Totalität widerspie-
geln.
3. Die Grenzen zwischen den Typen der Begriffsbildung seien fließend,
da viele allgemeintheoretische Begriffe, wie soziale Revolution oder
Staat, erkenntnisgeschichtlich empirischen Ursprungs seien.

Der notwendige Beziehungsreichtum historischer Begriffe, Küttler sprach von mehrdimensionalen Beziehungen eines Begriffs, würde seine allgemein-theoretischen Grundlagen nicht aufheben, sondern bereichern. Die Besonderheit geschichtswissenschaftlicher Begriffe sah er in der mehrfachen Subjekt-Objekt -Verschiebung. Deshalb könne der Historiker „in keiner Phase seines Erkenntnisprozesses von der Veränderung des Gegenstandes und der zu dessen Widerspiegelung verwandten Begrifflichkeit absehen“; er müsse „seine Begriffe stets historisch, d. h. von einer bestimmten Position im Geschichtsprozeß“ prüfen. „Die Anwendung von Begriffen in der Geschichtsforschung“, so Küttler, „setzt die Kenntnis des historischen Zusammenhangs voraus, in dem sie gewonnen wurden“ (Engelberg/Küttler 1977: 192). Begriffsgeschichte werde zum Stimulus des Erkenntnisprozesses und vergrößere den Kommunikationsspielraum mit anderen Wissenschaften.

Zum Ursprung des Terminus „Gesellschaftsformation“ bei Karl Marx sprach auf dieser Tagung Hans-Peter Jaeck. Er verortete ihn in dessen Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, die 1852 unter dem Titel „Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon“ in der Zeitschrift *Revolution* in New York erstmals publiziert wurde. Wolfgang Küttler ging der Frage nach gesellschaftlichen Formationsprozessen und der Bedeutung der Formationstheorie dann in dem bereits erwähnten und 1978 erschienene Sammelband „Formationstheorie und Geschichte“ nach. In drei umfangreichen Kapiteln untersuchte er den Zusammenhang von Formationstheorie und Geschichte für den Zeitraum 1870 bis 1883/84, im Spätwerk von Friedrich Engels und bei V. I. Lenin. „Erst die Analyse der einzelnen Formationen als selbständige Stufen (Systeme, Totalitäten)“, heißt es dort, würden eine übergreifende Zusammenfassung ermöglichen und Entwicklungsgesetze sichtbar werden lassen (Engelberg/Küttler 1978: 261). Erst aus den vielfältigen Wechselbeziehungen von Basis und Überbau im engeren und im weiteren Sinne in Verbindung mit konkretem menschlichem Handeln seien aktuelle wie zurückliegende Umwälzungen zu erklären.

In den Kontext der Diskussionen zur Formationstheorie und ihrer Anwendung gehören auch die Charakterisierung von Reformation und Bauernkrieg als frühbürgerliche Revolution. Damit waren beide Ereignisse eingebettet und die Frage nach ihren Wechselwirkungen konnte besser herausgearbeitet werden. Der Platz der Religion in der Gesellschaft und im historischen Prozess wurde differenzierter dargestellt. Die Reformation war nicht nur Theologie, sie war Bestandteil und ideelle Triebkraft der Umwälzungen. Tradierte und vereinfachte Bilder über Luther und Müntzer wurden obsolet.

Ähnliche Impulse zur Veränderung bisheriger Geschichtsbilder gingen von der Charakterisierung der Bismarck-Phase ab 1866 als „Revolution von oben“ aus. Damit wurde auch konservativen Kräften zugestanden, auf dem Wege der Reformen notwendige gesellschaftliche Veränderungen auf den Weg zu bringen und durchzusetzen. Es ging in den damaligen Diskussionen nicht allein um eine Korrektur des Bildes von Bismarck, das in der Arbeiterbewegung traditionell aus nachvollziehbaren Gründen kritisch war. Das Projekt einer mehrbändigen Gesamtdarstellung der deutschen Geschichte erforderte dringend die Rolle der verschiedenen Klassen und Schichten und der geistigen und politischen Strömungen genauer zu beleuchten und bisherige Bilder kritisch zu hinterfragen. Deshalb konnte beispielsweise dem liberalen Bürgertum in der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht vorgeworfen werden, ihren Interessen

und nicht denen der radikal-demokratischen Volksbewegung gefolgt zu sein.

Wolfgang Küttler hat seine Herkunft aus der marxistischen Denkschule nie geleugnet. Er verstand sich aber eher als kritischer Marxist, der das Potential des historischen und dialektischen Materialismus auszuschöpfen suchte, ohne aus ihm eine sakrosankte Religion zu machen. Das bildete auch den Hintergrund seiner jahrelangen intensiven Mitarbeit am historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus. Diese gäbe ein eigenes Thema ab und muss hier ausgespart bleiben. Der Ansatz von Karl Marx, „daß die wissenschaftliche Analyse gesellschaftlicher Entwicklung aus emanzipatorischem gesellschaftskritischem Denken erwächst und verändernder gesellschaftlicher Praxis dient“ war ihm „gerade in der aktuellen Situation [...] besonders wichtig“ (Küttler 2008: 329-330).

Das Forschungsfeld Geschichtstheorie und Geschichtsmethodologie hat Wolfgang Küttler auch weiterhin beschäftigt, nachdem die Akademie der Wissenschaften und ihre Institute nach 1990 abgewickelt worden waren. Zusammen mit Fachkollegen der alten Bundesrepublik startete er 1993 beim Fischer-Taschenbuchverlag die Reihe „Geschichtsdiskurs“, die bis 1999 auf fünf Bände anwuchs und den jeweiligen Stand der Debatten wiedergab. Der erste Band war den Grundlagen und Methoden der Historiographiegeschichte gewidmet. Die Aufsätze des fünften Bandes beleuchteten Erinnerungsarbeit und Neuorientierungen nach dem zweiten Weltkrieg vor dem Hintergrund globaler Konflikte.

Als Korrespondierendes Mitglied der nicht mehr gewünschten Akademie der Wissenschaften gehörte er zum Gründerkreis der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V. In der Sozietät organisierte er gemeinsam mit Wolfgang Eichhorn den Arbeitskreis „Geschichtstheorie und gesellschaftliche Perspektiven“, der bis 2010 existierte. Zentrale Themen und Diskussionsschwerpunkte fanden in dem 2007 gebildeten Arbeitskreis „Gesellschaftsanalyse und Klassen“ eine neue Heimat. Der ehemalige Arbeitskreis „Geschichtstheorie und gesellschaftliche Perspektiven“ wollte dem „Denken und Erforschen geschichtlicher Alternativen in perspektivischer Hinsicht als auch“ dem „Vergleich mit der Menschheitsgeschichte in früheren Epochen“ nachgehen (Leibniz-Sozietät e. V. 2004: 16). Ein Fazit dieser Bemühungen ist in dem Band „Was ist Geschichte?“ der Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften nachzulesen. Küttler beschäftigte in diesem Kreis weiterhin die Theoriefrage in der Geschichtswissenschaft nach dem „Jahrhundert der Extreme“.

In dem Aufsatz „Geschichtsdenken im Umbruch“ erörterte Küttler 2008 die Möglichkeiten und Grenzen der damals diskutierten Richtungen. Resümierend hält er fest, dass „die entsprechenden Schlüsselbegriffe und Konzepte [...] ganz im Gegensatz zur Rede vom Ende allgemeiner Geschichtstheorien mit dem verschärften Kampf um die Deutungshoheit über Geschichte sowohl in nationaler als auch in überregionaler und globaler Beziehung eher an Relevanz in Politik und Öffentlichkeit gewonnen“ haben. Aus der „Auseinandersetzung über die Richtung des Weges, den die menschliche Zivilisation zur Sicherung ihrer Existenzgrundlagen wählen sollte bzw. müßte“, erwachse „ständig neuer Bedarf an Konzeptionen, mit denen die jeweils verfolgte gesellschafts- und geschichtspolitische Strategie legitimiert werden kann“ (Küttler 2008: 324).

Um den Zusammenhang und die Wechselwirkung von historischer Fachwissenschaft und Lebenspraxis zu veranschaulichen, knüpfte Küttler an das zyklische Fünf-Stufen-Modell der Entstehung, Formierung und Nutzung des Geschichtswissens von Jörn Rüsen an. Das gruppierte Interessen, Ideen, Methoden, Formen, Funktionen zu einem sich schließenden Kreis. Küttler ergänzte die Stufe „Interessen“ um den Verweis auf Externe Impulse, die Stufe „Ideen“ um materielle Geschichtstheorien, die Stufe „Methoden“ um theoretische Prinzipien und Begriffe, die Stufe „Formen“ um externe Impulse der Theoriebildung, die Stufe „Funktionen“ um gesellschaftliche Wirkung von Theorien. Dieser Zyklus mündet bei Küttler ein in die wirkliche Geschichte, die wiederum auf die Ausbildung der Interessen einwirkt. (Küttler 2008: 311)

Die professionelle Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung sah Wolfgang Küttler vor die folgende Frage gestellt:

Wird sie kritisch an der Lösung dringlicher Existenzprobleme mitwirken, [...] oder sich auf subjektive Interessen folgende, mehr oder weniger direkte oder auch relativ unabhängige Expertenhilfe für alle möglichen Auftraggeber und die Bedienung des Ideenmarktes mit seinen wechselnden Konjunkturen beschränken [...]? (Küttler 2008: 328)

In den letzten Jahren hat sich Wolfgang Küttler mit der ihm eigenen Gründlichkeit der erneuten Rezeption von Max Weber zugewandt. Diesen „Ansatz der Werturteilsfreiheit bei zugleich wertbezogener idealtypischer Theoriebildung“ besitze bis heute „eine immense Fernwirkung“ (Küttler 2008: 323). Zu Weber hatte er bereits 1988 in der Klasse Literatur-, Sprach-, Geschichts- und Kunstwissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR vorgetragen. Die wieder aufgenommenen Studien konnte er nicht mehr vollenden.

Bibliografie

- Berthold, Werner; Küttler, Wolfgang; Lozek, Gerhard; Meier, Helmut; Schleier, Hans (1980): „Forschungen zu Theorie, Methodologie und Geschichte der Geschichtswissenschaft“. *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*. Sonderband 1980: *Historische Forschungen in der DDR 1970-1980. Analysen und Berichte*, 538-592.
- Eichhorn, Wolfgang; Küttler, Wolfgang (1999): *Geschichte in möglichen Perspektiven denken: Formationsentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert* (Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 34). Berlin: trafo, 7-52.
- Engelberg, Ernst; Küttler, Wolfgang (Hrsg.) (1977): *Probleme der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis*. Berlin: Akademie-Verlag
- Engelberg, Ernst; Küttler, Wolfgang (Hrsg.) (1978): *Formationstheorie und Geschichte: Studien zur historischen Untersuchung von Gesellschaftsformationen im Werk von Marx, Engels und Lenin*. Berlin: Akademie-Verlag
- Küttler, Wolfgang (2008): *Geschichtsdenken im Umbruch: Zur Theoriefrage in der Geschichtswissenschaft nach dem „Jahrhundert der Extreme“: Was ist Geschichte? – Aktuelle Entwicklungstendenzen von Geschichtsphilosophie und Geschichtswissenschaft*, hrsg. von Wolfgang Eichhorn; Wolfgang Küttler. Berlin: trafo (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Bd. 19), 309-330.
- Küttler, Wolfgang (2016): „Dilemma, Chance oder Illusion? Vernunft als Möglichkeit in der Geschichte“. *Gerechtigkeit und Vernunft als historische Chance: Zum 85. Geburtstag von Wolfgang Eichhorn und zum 90. Geburtstag von Herrmann Klenner*, hrsg. von Gerhard Banse. Berlin: trafo (Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Bd. 128), 21-33.
- Leibniz-Sozietät e. V. (2004): *Geschichte, Leistungen, Perspektiven einer Wissenschaftsakademie sui generis*. Berlin: trafo.
- Ulbricht, Walter (1967): „Die Bedeutung des Werkes ‚Das Kapital‘ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und dem Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland. *Neues Deutschland*, 13. September, 3-6.

Was war die Sowjetunion und wohin trieb sie?

Wolfgang Küttlers Formationsanalyse und Lenins Sowjetunion – im Wirbel historischer Ereignisse

Mario Keßler

*(MLS, Senior Fellow am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung,
Potsdam)*

Abstract

Based on Wolfgang Küttler's reflections on formational analysis, this article examines the question of how Lenin's Soviet Union might be characterized and when, under what circumstances, and why it ultimately reached a dead end. It was not merely a series of isolated missteps that robbed the Bolsheviks' goals of their original appeal, not to mention the dramatic consequences of Stalinist repression. The Soviet model failed to imbue socialism and democracy with historically viable substance.

Zusammenfassung

Anknüpfend an Wolfgang Küttlers Überlegungen zur Formationsanalyse erörtert der vorliegende Beitrag die Frage, wie Lenins Sowjetunion charakterisiert werden könnte und wann, unter welchen Umständen und warum sie letztlich in eine Sackgasse geriet. Es waren nicht nur vereinzelte Fehlentscheidungen, die den Zielen der Bolschewiki ihre ursprünglich vorhandene Strahlkraft nahmen, ganz zu schweigen von den dramatischen Folgen stalinistischer Repressionen. Dem sowjetischen Modell gelang es nicht, Sozialismus und Demokratie mit einem geschichtlich tragfähigen Inhalt zu füllen.

Keywords/ Schlüsselwörter

Soviet Union; the socialist model; Lenin and Leninism; GDR historical scholarship and its legacy.

Sowjetunion; Sozialismus-Modell; Lenin und Leninismus; DDR-Geschichtswissenschaft und ihr Erbe.

„In einem rückständigen Lande, unter extremen inneren und äußeren Bedingungen wurde der Sozialismus zuerst aufgebaut“, sagte Wolfgang Küttler, den zu ehren wir uns hier zusammenfinden, im Jahr 1993 auf der internationalen Lenin-Konferenz an der Universität Wuppertal und fuhr fort:

Oktoberrevolution und Sowjetgesellschaft repräsentierten dennoch immer mehr die epochalen Gesetzmäßigkeiten des neuen Formationswechsels, der Unterdrückung und Ausbeutung, die die notwendigen Folgen des ‚Privateigentums an Produktionsmitteln‘, für immer beseitigen werde. Durch den Sieg über den Faschismus [...], durch den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems nahm der ‚weltrevolutionäre Prozess‘ globale Ausmaße an, erfasste vier Kontinente und würde künftig, über vielschichtige Übergangsprozesse, immer mehr Länder und Völker auf den Weg des Sozialismus führen. Bis dahin und als Form des Übergangs sollte die ‚friedliche Koexistenz‘ unterschiedlicher Systeme den Rahmen sowohl des Systemwettstreits als auch der revolutionären Veränderungen bilden. (Küttler 1994: 194)

Der von DDR-Marxisten, darunter Wolfgang Küttler, lange nicht bezweifelbare und zum gesellschaftlichen Gesetz erhobene Übergang vom Kapitalismus zum klassenlosen Kommunismus, scheiterte an der Wirklichkeit eines sowjetischen Modells, das auch in seiner letzten, reformkommunistischen Phase keine praktikable Alternative zum bisherigen Verlauf der Geschichte herzustellen verstand. Die geschichtlichen Erfahrungen haben laut Küttler „jedenfalls diese Version des ‚Formations- und Transformationsdenkens‘ als Perspektive der von Russland ausgehenden kommunistischen Weltrevolution widerlegt“ (Küttler 1994: 194). Dennoch sollte das widersprüchliche Erbe Lenins nicht umstandslos verdammt werden. Denn, so Küttler weiter,

diese Rezeptionslinie des Marxismus war einerseits schwer durch Einseitigkeit und Dogmatismus belastet, erwies sich andererseits aber auch als äußerst geschichtsmächtig in der Wirkung auf jenen Teil der Welt, der den größten und dringendsten Transformationsbedarf hat und immer wieder radikalrevolutionäre Bewegungen hervorbrachte. (Küttler 1993: 194-195)

Diese Sätze klingen erkennbar anders als der triumphale Chorgesang allerer, die Lenin und mitunter auch Marx auf den Müllhaufen der Geschichte werfen wollten. Sie unterscheiden sich aber auch sehr von den schrillen Stimmen jener, die meinen, allenfalls die Unfähigkeit, wenn nicht der Verrat seiner Führer an den Grundwerten eines an sich intakten

Modells habe, unter kräftiger Mithilfe des Klassenfeindes, dieses Modell zu Fall gebracht.

Wolfgang Küttlers Haltung kann man, in den Worten seines Freundes Wolfgang Fritz Haug, als den Versuch einer rettenden Kritik an der Marxschen Gesellschaftstheorie begreifen. Doch wieviel Lenin, wieviel Leninismus, „verträgt“ noch diese Position? Bis zum Scheitern der Sowjetunion fand die von Reformkommunisten seit 1956 erhobene Forderung nach einem Zurück zu Lenin auch in der linksorientierten westlichen Öffentlichkeit durchaus ein positives Echo. Dies änderte sich ab 1989-90 völlig. Direkt gegen Wolfgang Küttler gewandt, wiederholte Hans-Ulrich Wehler 1993 in Potsdam seine polemische Frage aus dem Vorjahr, warum ein ostdeutscher Historiker „sich für Lenin stark macht, der als Intellektueller das Format eines mittelmäßigen Doktoranden besaß“, habe er nie verstanden (Wehler 1992: 10). Übrigens hatte Wehler in seinem Werk zum Imperialismus, das sein Prestige als Historiker begründete, Lenins intellektuelle Leistung ausdrücklich gewürdigt (Wehler 1969: 21).

Es dürfte indes unbestritten sein, dass Küttler von Lenins intellektuellen Fähigkeiten eine genauere Vorstellung als Wehler hatte. Doch auch er musste sich mit eigenen Illusionen auseinandersetzen. Es galt, den im gesamten Sowjetreich, wozu auch die DDR gehörte, als übermenschliche Gestalt jeder Kritik entzogenen Lenin in einen normalen Sterblichen zu verwandeln. Über zwei Jahrzehnte lang, nachdem Wolfgang Küttler sein altes frühneuzeitliches Arbeitsgebiet verlassen (Küttler 1966) und die Geschichte Russlands unter formationstheoretischen Fragen zu beackern begonnen hatte (Küttler 1976/1978), änderte sich sein politisches Umfeld total.

Nun waren die DDR-Historiker nicht die Ersten, denen ein Staat mit samt seinen Strukturen wegbrach. Doch empfanden sie, sofern sie sich nicht den Dissidenten zurechneten, die Implosion der DDR als einen Katastrophenfall, gegen den sie in keiner Weise versichert waren. Dies betraf auch kritische Geister wie Küttler, der in der DDR das Gegenteil eines ideologischen Scharfmachers gewesen war. Zum Glück für ihn und zum Glück für die gesamtdeutsche Geschichtswissenschaft fand er 1992 am neu eingerichteten Forschungsschwerpunkt für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie eine neue institutionelle Heimat. Dort und danach am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte konnte er seine vielfältigen Forschungen, so in Kooperation mit Ernst Schulin, Jörn Rüsen und Georg Iggers zum Geschichtsdiskurs, fortsetzen. Doch suchte er auch, und dieser Teil seiner Arbeit steht hier in Rede, nach

neuen Zugängen zur Sowjetwirklichkeit in den Jahren, in denen diese noch von Lenin geprägt wurde. Er tat dies von einer hohen Abstraktionsebene aus; die Höhe des Blicks, von der aus sich die Landschaft zur Landkarte mitsamt ihren Konturen wandelt, sollte ihm helfen, die ihn und uns damals alle bewegende Frage zu beantworten: Was war die Sowjetunion und wohin trieb sie?

1 Das Revolutionsjahr 1917 in Wolfgang Küttlers Sicht vor 1989

Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie, lautet der Untertitel von Trotzki's *Verratener Revolution*, seiner Analyse der Sowjetgesellschaft von 1936. Trotzki sah darin ein denkbares Scheitern der Bolschewiki und eine Rückkehr Russlands zum Kapitalismus als Möglichkeit. Natürlich konnte Wolfgang Küttler diese Sicht nicht teilen. Ein neuer revolutionärer Weltprozess „erhielt durch das Revolutionsjahr 1917 seine historisch bestimmenden, den Inhalt der folgenden Epoche prägenden Konturen“, schrieb er 1983 (Heitzer/Küttler 1983: 187). Die Ereignisse im Jahr 1917 und die revolutionäre Welle Ende 1918 bestätigten laut Küttler

die Kernpunkte der Leninschen Revolutions- und Imperialismustheorie sowie die daraus abgeleiteten politischen Orientierungen: die Verschärfung der Entwicklungsunterschiede unter den kapitalistischen Ländern, die Möglichkeit des Sieges der proletarischen Revolution zuerst in wenigen Staaten oder in nur einem Lande, die Bestimmung des Charakters der Epoche und die daraus abgeleitete Zuordnung der kommenden revolutionären Erschütterungen in allen Teilen der Welt zum revolutionären Weltprozess des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. (Heitzer/Küttler 1983: 187)

In verschiedenen programmatischen Artikeln, die in die berühmten „Aprilthesen“ einmündeten, umriss Lenin, so Küttler,

den Phasenablauf des Übergangs von der demokratischen zur sozialistischen Revolution als einen kontinuierlichen revolutionären Vorgang, getragen von den Sowjets als Machtorgane des Proletariats und der mit ihm verbündeten Klassen und Schichten, und zwar unter der Bedingung, dass es gelang, diese vom Einfluss bürgerlicher Kräfte zu befreien und so die eigenartige Situation der Doppelherrschaft von bürgerlicher Provisorischer Regierung und Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten positiv, im Sinne der revolutionären Perspektive, aufzuheben. (Heitzer/Küttler 1983: 189)

Küttler zeichnete die innere Logik des revolutionären Prozesses in Russland im Wesentlichen korrekt nach: Die Aufgaben, an denen das zaristische Russland gescheitert war und die nach einer Lösung schrien, konnten vom russischen Bürgertum nicht gelöst werden – der Ausstieg aus dem das Reich überfordernden Krieg, die Landfrage und die Nationalitätenfrage. Noch in Friedenszeiten hatte sich Ministerpräsident Graf Witte, der einzige Politiker, der imstande war, seiner Klasse vorauszu-denken und vorauszu-eilen, um bürgerliche Reformen im Sinne einer „Revolution von oben“ bemüht. Er scheiterte und nach ihm das Zaren-regime.

So blieben die Bolschewiki, die (worüber auch Küttler vor 1989 schwieg) im Sommer 1917 mit Leo Trotzki eine bedeutende Verstärkung erfuhren, die einzige Kraft, die daran festhielt, die Aufgaben der bürgerlichen Revolution, anders als in Westeuropa, gleichsam mitzulösen. Die Menschewiki beharrten in ihrer Mehrheit auf der Vorstellung, Russland sei für eine sozialistische Revolution noch nicht reif, und dies ließ, ebenso wie die gegensätzliche Auffassung von der inneren Struktur einer marxistischen Partei, die Differenz zu den Bolschewiki zur Kluft werden. Es versteht sich, dass Küttler Lenins Meinung mit historischen Argumenten untersetzte.

Küttler sprach auch einen Widerspruch an, dem sich Lenin nach der Erringung und Behauptung der Macht im Bürgerkrieg stellen musste: Für Lenin stand noch 1917 fest, dass Russland trotz aller Widersprüche ein im Wesentlichen, wenn auch rückständiger kapitalistischer Staat sei. Im Oktober 1921 schrieb Lenin hingegen, dass die „unmittelbare und nächste Aufgabe“ der siegreichen proletarischen Revolution in Russland „die bürgerlich-demokratische Aufgabe“ sei, „die Reste des Mittelalters zu beseitigen“ (Lenin 1977: 31). Dies bedeutete das indirekte Eingeständnis, dass Sowjetrussland noch keineswegs den Reifegrad erreicht hatte, den die sozialistische Revolution als eine Vorbedingung ihres Erfolgs ansah, dass somit die Kritik der Menschewiki und Karl Kautskys, ungeachtet der von beiden Seiten harschen Polemik, einen Kern an Wahrheit enthielt. Dies war so deutlich in der DDR nicht zu drucken; gleichwohl forderte Küttler, indem er seine Leserschaft auf das Problem stieß, sie zum selbstständigen Denken jenseits der verordneten Lehrsätze auf (so habe ich es damals empfunden).

Dies war Teil einer, in den Worten Walter Schmidts, „zunehmende[n] Entdogmatisierung und Verwissenschaftlichung“ der DDR-Geschichtswissenschaft, deren politisch gewollte wie auch verinnerlichte Grenzziehung er dennoch anerkannte und auch mit definieren half. Doch zog

Schmidt, hierbei sich ausdrücklich auch auf Küttler berufend, das Fazit: „Die DDR-Geschichtswissenschaft führte seit den siebziger Jahren im Rahmen des Systems zunehmend auch ein – gewiss bescheidenes – relatives Eigenleben“ (Schmidt 1995: 17).

Vorbereitet wurde nach Schmidt,

die neue Herangehensweise wesentlich durch methodologische Diskussionen seit Ende der sechziger Jahre. Sie führten zu einem flexibilisierten Verständnis von Grundkategorien des historischen Materialismus wie Gesellschaftsformation, Klassenkampf, Revolution und Reform. Es wurde wesentlich mehr Augenmerk auf die progressiven Funktionen von herrschenden Klassen gelenkt und vor allem den Alternativen im Geschichtsprozess, namentlich in Umbruchperioden nachgegangen. Die Debatten auf dem Gebiet der vergleichenden Revolutionsgeschichte in Leipzig unter Walter Markov und Manfred Kossok, die in hohem Maße mit den Methodologieforschungen und -debatten am Berliner Akademie-Geschichtsinstitut unter Ernst Engelberg und Wolfgang Küttler verflochten waren, zielten in die gleiche Richtung. (Schmidt 1995: 18-19)

Wolfgang Küttler wurde sich der darin liegenden, doch öffentlich nicht diskutierten Widersprüche mehr und mehr bewusst. Denn der Ausbruchversuch der Politik Michail Gorbatschows aus der spätstalinistischen Stagnation der Sowjetgesellschaft blieb nicht ohne Auswirkung auf das Denken des kritischeren Teils der Historiker und Sozialwissenschaftler in der DDR. Der zwar wissenschaftlich etablierte, wohl aber um die Risiken politischen Widerspruchs in einer Diktatur wissende Küttler suchte alte Gewissheiten und neue Zweifel in ein Buch einfließen zu lassen, das er 1988 mit dem Philosophen Wolfgang Eichhorn schrieb und das kurz vor den Weltumbrüchen 1989 erschien, damit aber auch von der neuen Wirklichkeit geradezu „verschluckt“ wurde.

Ihr Gemeinschaftswerk war mit dem Zitat aus Hegels 1830 erschienener *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse* „... daß Vernunft in der Geschichte sei“ (Hegel 1975: 430) betitelt; es beschwor also eher den marxistisch aufgefassten Gang der Geschichte, statt ihn als Gewissheit darzustellen. Der Zusammenhang von Kapitalismus, proletarischer Bewegung und sozialer Revolution sei nicht als unmittelbar zu verstehen, sondern als Ergebnis hochabstrakten Denkens im Verlauf eines langanhaltenden weltgeschichtlichen Prozesses. Die Geschichte, schreiben die Autoren, sei

bisher so verlaufen – und sie wird aller Voraussicht nach noch für längere Zeit weiter so verlaufen – dass Kapitalismus und Sozialismus koexistieren. Ihre historische Nähe ist nicht nur eine Nähe des Nacheinander, das

durch die Dynamik der Übergangs- und Revolutionsprozesse gegeben ist, sondern auch durch eine Nähe des Nebeneinander, die dazu zwingt, die Konflikte der Gesellschaftssysteme auszutragen, ohne den gemeinsamen Untergang heraufzubeschwören. (Eichhorn/Küttler 1989: 154)

Eichhorn und Küttler beriefen sich auf Lenins *Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution* von 1905. Inmitten des revolutionären Aufruhrs hatte Lenin geschrieben, das Proletariat dürfe sich keineswegs der liberalen Bourgeoisie unterordnen, müsse vielmehr durch den Kampf um allgemein-demokratische Rechte die Masse der nichtproletarischen Werktätigen im Bündnis gewinnen, da die liberale Bourgeoisie (und in ihrem Gefolge die sogenannten „legalen“ Marxisten) nicht imstande seien, diesen Kampf durchzuführen.

In der konkreten historischen Situation“, so Küttler und Eichhorn, „verflechten sich freilich die Elemente der Vergangenheit und der Zukunft, der eine Weg geht in den anderen über. [...] Das hindert uns jedoch keineswegs, die großen Entwicklungsperioden logisch und historisch voneinander zu scheiden. Wir alle stellen ja die bürgerliche Revolution der sozialistischen gegenüber, wir alle bestehen unbedingt auf der Notwendigkeit, strengstens zwischen ihnen zu unterscheiden, aber kann man denn leugnen, dass sich in der Geschichte einzelne Teilelemente der einen und der anderen Umwälzung miteinander verflechten? Kennt denn die Epoche der demokratischen Revolutionen in Europa nicht eine Reihe sozialistischer Bewegungen und sozialistischer Versuche? Und ist denn der künftigen sozialistischen Revolution in Europa nicht noch vieles, sehr vieles im Sinne des Demokratismus nachzuholen geblieben? (Eichhorn/Küttler 1989: 155)

Hier gab es freilich unterschiedliche Meinungen auch unter revolutionären Marxisten. Küttler und Eichhorn vermieden es, den auch in der DDR hoch geschätzten Franz Mehring zu zitieren, der, hier im Einklang mit den Menschewiki, Lenin – und Trotzki – vor dem Versuch gewarnt hatte, „die historischen Entwicklungsstufen zu überspringen und aus dem zaristischen Zwangsstaat im Handumdrehen ein sozialistisches Gemeinwesen zu schaffen“. Sie sollten, so Mehring weiter, dennoch versuchen, ihre errungene Macht „immer von neuem ein[zu]setzen, um die historische, das will sagen die revolutionäre Entwicklung zu beschleunigen“ (Mehring 1905-1906: 169-170).

Das Dilemma war freilich nicht lösbar. Die Bolschewiki hofften auf die europäische Revolution, die das Kraftzentrum des revolutionären Sozialismus wieder in den fortgeschrittenen Westen verschieben würde. Hierin lag die Ursache für das Hasardspiel Lenins, die Revolution 1920

nach Polen zu exportieren, und auch seine Idee, der Kommunistischen Internationale, entgegen den Warnungen von Rosa Luxemburg und Giacinto Menotti Serrati, eine rigide Struktur zu verordnen, die viele revolutionäre Kräfte ausschloss. Dies als Lenins beide Kardinalfehler zu bezeichnen, war in der DDR nicht möglich.

Doch suchten Küttler und Eichhorn 1989 mit Lenins Autorität zu zeigen, dass die Einlösung allgemein-demokratischer Forderungen eine notwendige Bedingung, kein bloßes Beiwerk der sozialistischen Revolution sei; eine Forderung, die die Bolschewiki im Kampf um ihre Selbstbehauptung nach 1917 indes nicht einzulösen vermochten. Dass genau deshalb der Sieg der Bolschewiki sich welthistorisch in eine Niederlage verwandelte, nachdem alle Reformversuche innerhalb des Kommunismus gescheitert waren, zwang auch Wolfgang Küttler, wie Millionen Menschen, die sich dem sowjetischen Lager zuordneten, zur Neubesinnung und Neubewertung eigenen Tuns. Welche Grundsätze und Erkenntnisse waren nach kritischer Prüfung zu verteidigen, von welchen musste man sich trennen?

2 **Kontinuitäten und Brüche. Lenin und der russische Oktober im Lichte der Weltenwende 1989**

In einer frühen Wortmeldung nach der Implosion der DDR warnte Küttler vor der These einer „Instrumentalisierung“ oder „Magd-Funktion“ der ostdeutschen Geschichtswissenschaft vor 1989: Denn diese These delegiere die Verantwortung der Historiker „nach oben und außen – auf die Partei, den Staat, die jeweils höheren Leitungen und nicht selten überhaupt von der DDR [weg] auf deren Fremdbestimmung durch die Sowjetunion“ (Küttler 1992: 6). Zum anderen aber sei die Bereitschaft des übergroßen Teils der DDR-Historiker, im Sinne sozialistischer Vorstellungen zu wirken, keineswegs von niederen Beweggründen diktiert gewesen (Küttler 1992: 6). Hierin schloss er sich selbst ein.

Von einem sozialistischen Wertehorizont aus, den er nicht aus den Augen verlor, rang Wolfgang Küttler um eine Neubewertung der russischen Oktoberrevolution und ihrer Hauptgestalt. Auf dem internationalen Lenin-Symposium an der Universität Wuppertal sah er im März 1993 Lenins Schaffen, Manfred Kossok (2016) folgend, im Spannungsfeld zwischen dem klassischen Marxismus und dessen „Auswanderung“ als revolutionäre Ideologie an die „Peripherie“ der Weltgesellschaft (Küttler 1994: 187).

Aus dieser Schwerpunktverlagerung gegenüber Marx entwickelte Lenin, anknüpfend an seine Imperialismus-Studien, die Sichtweise eines komplexen, doch einheitlichen weltrevolutionären Prozesses mit einem großen Potenzial in den kolonialen und halbkolonialen Ländern. Seine Arbeiten zur nationalen und kolonialen Frage sowie zur Strategie des antikolonialen Kampfes und zu Bündnisfragen mit nichtproletarischen revolutionären Kräften gehört, wie Küttler hervorhob, wenngleich er darüber nicht detailliert forschte, zum bemerkenswertesten und wirkungsmächtigsten Teil des Leninschen Erbes (vgl. Piazza 1974; Gupta 1980; Drachewytsch 2024). In dieser neuen weltgeschichtlichen Epoche mit

der Bündelung aller Widersprüche in den Mutterländern, in den Kolonien und zwischen Zentrum und Peripherie, war nach Lenins Auffassung dadurch die Formationsreife des Kapitalismus für den Sozialismus und Kommunismus gegeben, unabhängig davon, dass der Kapitalismus nur in wenigen hochentwickelten Ländern seine volle ökonomische Ausprägung erreicht hatte. (Küttler 1994: 189-190)

Somit sei auch Russland unter Verschärfung aller im Weltkrieg zutage getretenen Widersprüche reif für die sozialistische Revolution.

Doch erkannte Lenin, dass seine Theorie hier der Wirklichkeit nicht standhielt. Nachdem die blutige Niederschlagung des Kronstädter Aufstand ihm Anfang 1921 gezeigt hatte, wie schwach seine Basis selbst unter der ihm einst ergebenen Avantgarde der Revolution war, und auch die innerparteiliche Opposition gegen ihn immer stärker wurde, reagierte er in zweifacher Weise – repressiv und undogmatisch: Er setzte das Fraktionsverbot innerhalb der Kommunistischen Partei durch (und glaubte, dies sei eine temporäre Maßnahme), und er schwenkte in der Neuen Ökonomischen Politik vom Kriegskommunismus auf eine gemischtwirtschaftliche Ordnung um, die den kleineren und mittleren Kapitalismus förderte. Dabei gelte es, und dies wurde und blieb das leitender Prinzip Leninscher Innenpolitik, die Überwindung der Barbarei auch mit barbarischen Mitteln durchzusetzen. Durch, so Küttler,

erziehungsdiktatorische Aufklärung, Industrialisierung und Technisierung“ solle die ursprüngliche Akkumulation des Kapitalismus von oben, im Schnelldurchgang vollzogen werden, wonach sich ein sozialistischer kultureller und institutioneller Überbau entfalten könne. Im Westen mit seinen reichen kulturellen Traditionen sei es umgekehrt möglich, die sozialistische Revolution in rascherer und weitaus gründlicherer Weise zum Reifestadium zu führen als in Russland. (Küttler 1994: 191).

Lenin machte für die mangelnde Revolutionsbereitschaft der westlichen Arbeiter aber einseitig die verräterische Rolle der sozialdemokratischen Führer und ihrer zentristischen Nachläufer verantwortlich. Dass das bolschewistische Russland mitsamt seiner Praxis der Machtausübung auch auf breite Teile der revolutionären Linken eher abschreckend denn stimulierend wirkte, war er nicht bereit zu akzeptieren.

Zehn Jahre nach ihrem gemeinsam verfassten Buch mussten Wolfgang Eichhorn und Wolfgang Küttler mit Lenin eine negative Bilanz einstiger Hoffnungen ziehen. Die revolutionären Erschütterungen in Mittel- und Südosteuropa, besonders in Deutschland, hatten zwar die Beendigung des Krieges erzwungen und marode und verkrustete Strukturen hinweggefegt.

Aber sie vermochten den Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nicht zu sprengen, wenngleich es bis 1923 starke Vorstöße in dieser Richtung gab. Die westlichen Hauptmächte blieben trotz der auch bei ihnen, vor allem in den Kolonien, spürbaren Krisenfolgen des Krieges im Wesentlichen stabil. (Eichhorn/Küttler 1999: 22)

Die russische Revolution blieb isoliert. Damit drohte zum einen

die äußere Gefahr der Überwältigung (auf welchem Wege auch immer) der peripher gebliebenen Revolution durch die kapitalistischen Zentralmächte, der Lenin durch seine zunächst hauptsächlich auf Zeitgewinn eingestellte Koexistenzpolitik zu begegnen suchte. Zum anderen zeichnete sich im Innern sehr klar die Möglichkeit des Scheiterns an der kulturellen und ökonomischen Rückständigkeit Russlands, vor allem an deren negativen Konsequenzen für die Mentalität der Masse der unmittelbaren Produzenten in Stadt und Land, aber ebenso auch an den damit zusammenhängenden Unzulänglichkeiten der eigenen und vom alten Apparat als „Spezialisten“ übernommenen Bürokratie ab. (Eichhorn/Küttler 1999: 22-23)

Somit verfolgte Lenin mit der Neuen Ökonomischen Politik nunmehr eine Strategie,

die als erstes Konzept einer auf die Entwicklung der Produktivkräfte für soziale und sozialistische Zielsetzungen gerichteten Marktwirtschaft mit einer Pluralität von Eigentumsstrukturen, darunter auch privat- und staatskapitalistischen Wirtschaftsformen, betrachtet werden kann. Hier fand sich erstmals die Idee einer Gesellschaftstransformation, die sich auf sozialistische und bürgerliche Organisationsprinzipien unter Führung der Arbeiterklasse gründete. Lenin war klar geworden, dass sich die ganze Auffassung vom Sozialismus ändern musste, und in seinem letzten

Artikel vermerkte er, für den Anfang solle eine wirklich bürgerliche Kultur genügen (wobei Lenin unter Kultur das gesamte Herangehen an den Staats- und Gesellschaftsaufbau und insbesondere die ständige Hebung des zivilisatorischen Niveaus der gesamten politischen Arbeit verstand). Er betonte zwar damals den zeitweiligen Charakter dieser Übergangsstrategie. Aber niemand vermag zu sagen, wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn sich diese Linie des Nachdenkens über Inhalte, Erfordernisse und Perspektiven der sozialen Transformation längerfristig durchgesetzt hätte. (Eichhorn/Küttler 1999: 23)

„Nehmen wir alles in allem“, so Eichhorn und Küttlers Fazit, dann

ähnelte auch in marxistischer Sicht eine Weltdiagnose Ende des 20. Jahrhunderts einem umfassenden Krisenbericht. Ihm ist vorerst wenig Trostreiches über wirksame Gegenkräfte und korrektive Tendenzen im Sinne der erweiterten Existenzsicherung und Entfaltung der menschlichen Zivilisation entgegenzusetzen.

An Versuchen und Konzepten dazu fehlt es nicht, aber sie alle leiden an einer gemeinsamen Schwäche, die angesichts der Tiefe des Umbruchs insgesamt und der einschneidenden Niederlage der Linken im Besonderen zwar erklärlich, zugleich aber auch das eigentliche Dilemma möglichen Wandels ist: Die alten und wieder neuen Macht- und Herrschaftsverhältnisse erscheinen im Wesentlichen als tabu, oder sie werden durch Appelle zu einem immanenten Umbau auf ihren eigenen Grundlagen berührt. Im Klartext: der Kapitalismus wird im Prinzip als unantastbare Konstante akzeptiert. Er verschwindet hinter jener Welt der künstlichen Intelligenz, der neuen Medien und ihrer individuellen Möglichkeiten, auf die sich die etablierten Geistes- und Kulturwissenschaften mit immer schneller wechselnden Modekonzepten kaprizieren. (Eichhorn/Küttler 1999: 46)

Die „alten Machtkonzentrationen“ sind nach 1989 noch stärker und mächtiger geworden,

und die zweifellos ebenfalls gewachsene Kritik hat die geistige Macht der alten, nunmehr allein der westlichen Groß Erzählungen nicht brechen können, unter denen die liberalen und konservativen wieder den Ton angeben, von Fukuyama bis zur selektiv machtpolitischen Interpretation der Menschenrechte und zu Huntingtons These vom unvermeidlichen Kampf der Kulturen. Gerade auch die dazu ursprünglich erklärtermaßen radikalkritisch angelegte postmoderne Polemik gegen die Herrschaftsideologien der Moderne hat hier wenig geändert, und die Epigonen dekonstruieren heute weniger diese als jede Art ernstzunehmender Gesellschaftskritik. (Eichhorn/Küttler 1999: 24-25)

Doch solange die Integrationskraft des alle alternativen Versuche absorbierenden Kapitalismus

nicht erschöpft ist, ist auch die finale Überwindung der auf kapitalistischer Produktionsweise beruhenden Formationsentwicklung kein reales Ziel. Indem aber mit jeder Innovation durch Wissenschaft, Technik und unternehmerische Initiativen auch die Schranken immer deutlicher werden, durch die der Kapitalismus humane Lösungen der Existenzprobleme der Menschheit als Ganzes be- und verhindert, wächst auch der Transformationsdruck im Sinne grundlegender Systemveränderungen. (Küttler 2016: 29)

Was war die Sowjetunion und wohin trieb sie? Wohin sie trieb, konnte er noch sehen. Anders als Wolfgang Ruge in seiner großen Lenin-Biographie (Ruge 2010) aber suchte Wolfgang Küttler keine empirisch abgesicherte Antwort mehr auf diese Frage. Seine Verlagerung auf das Werk Max Webers, die intensive Mitarbeit am *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* und zuletzt sein schwindender Gesundheitszustand setzten ihm Grenzen. Dabei sind die von ihm genannten alten und neuen Machtkonzentrationen in Russland wie auch den USA in sehr verschiedener Weise dabei, die Welt auf zerstörerische Art zu ändern – in einem Ausmaß, wie dies nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion unvorstellbar schien. Von Putin bis Trump gewinnen Versuche an Einfluss, nicht nur jeden Gedanken an den Sozialismus, sondern auch das Projekt der bürgerlichen Aufklärung aus den Annalen der historischen Erinnerung zu streichen. Auch in Deutschland könnten, so weit entfernt dies noch scheinen mag, jene Stimmen zunehmen, die nicht nur Wolfgang Küttler, sondern auch Hans-Ulrich Wehler den Aussätzigen der Geschichte zurechnen. Bekämen sie in Politik und Wissenschaft Oberwasser, dann wäre, in einem ganz anderen Sinn als 1989 verkündet, das Ende der Geschichte wirklich gekommen. Werden neue, auch von Wolfgang Küttler erhoffte und ersehnte Koalitionen der Vernunft dem Einhalt gebieten können? Sie sind nötiger, denn je, denn die Schrift an der Wand wird sichtbar.

Bibliographie

Drachewych, Oleksa (2024): „The Comintern and the National and Colonial Question: Reconsidering the Roots of Soviet Anti-Imperialism and Anti-Racism“. *Russian History* 50/3-4, 218-241.

- Eichhorn, Wolfgang; Küttler, Wolfgang (1989): „... daß Vernunft in der Geschichte sei“. *Formationsgeschichte und revolutionärer Aufbruch der Menschheit*. Berlin: Dietz Verlag.
- Eichhorn, Wolfgang; Küttler, Wolfgang (1999): „Geschichte in möglichen Perspektiven denken. Formationsentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert“. *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät e. V.* 34, 7-52.
- Engelberg, Ernst; Wolfgang Küttler (Hrsg.) (1977): *Probleme der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis*. Berlin: Akademie Verlag.
- Engelberg, Ernst; Wolfgang Küttler (Hrsg.) (1978): *Formationstheorie und Geschichte*. Berlin: Akademie Verlag.
- Gupta, Sobhanlal Datta (1980): *Comintern, India and the Colonial Question, 1920-37*. Calcutta: K. P. Bracchi & Company.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1975): *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Heitzer, Heinz; Wolfgang Küttler (1983): *Eine Revolution im Geschichtsdenken. Marx, Engels, Lenin und die Geschichtswissenschaft*. Berlin: Dietz Verlag.
- Kossok, Manfred (2016): *Sozialismus an der Peripherie. Späte Schriften*, hrsg. von Jörn Schütrumpf. Berlin: Dietz Berlin.
- Küttler, Wolfgang (1966): *Patriziat, Bürgeropposition und Volksbewegung in Riga in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts*. Phil. Diss. Leipzig: Karl-Marx-Universität.
- Küttler, Wolfgang (1976/1978): *Lenins Formationsanalyse der bürgerlichen Gesellschaft in Russland vor 1905. Ein Beitrag zur Theorie und Methode historischer Untersuchungen von Gesellschaftsformationen*. Phil. Diss. B: Akademie der Wissenschaften der DDR. Berlin. Buchausgabe: Berlin: Akademie-Verlag. Lizenzausgabe: Vaduz/Liechtenstein: Topos-Verlag.
- Küttler, Wolfgang (1992): „Neubeginn in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft. Bilanz nach dem Zusammenbruch der DDR“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 17-18, 17. April, 3-13.
- Küttler, Wolfgang (1994): „Lenin und die Marxsche Formationstheorie. Ein Problem kritischer Reflexion marxistischer Geschichtswissenschaft“. *Lenin – Theorie und Praxis in historischer Perspektive*, hrsg. von Theodor Bergmann. Mainz: Decaton, 186-195.
- Küttler, Wolfgang (2016): „Dilemma, Chance oder Illusion? Vernunft als Möglichkeit in der Geschichte“. *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V.* 128, 21-33.
- Lenin, W. I. (1977): „Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution“. W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 33. Berlin: Dietz Verlag: 31-39.

- Mehring, Franz (1905/06): „Die Revolution in Permanenz“. *Die Neue Zeit* 24/1, 169-172.
- Piazza, Hans (1974): „Die Kommunistische Internationale und die nationale Befreiungsbewegung. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale“, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin: Dietz Verlag, 181-230.
- Ruge, Wolfgang (2010): Lenin – Vorgänger Stalins. Eine politische Biografie, hrsg. von Eugen Ruge und Wladislaw Hedeler. Berlin: Matthes & Seitz.
- Schmidt, Walter (1995): Die Erbedebatte in der DDR-Historiographie. Versuch einer kritischen Bilanz. Mitteilungen des Rosa-Luxemburg-Vereins, Heft 16, Leipzig: Rosa-Luxemburg-Verein e. V.
- Wehler-Hans, Ulrich (1969): Bismarck und der Imperialismus. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Wehler, Hans-Ulrich (1992): „Tonnen von Literatur überflüssig“. *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 18. September 1992: 10.

Der Begriff des Revolutionszyklus, die historische Einordnung der russischen Revolution von 1917 und der Aufbruch in der DDR im Herbst 1989

Dieter Segert

(MLS, Universität Wien)

Abstract

Wolfgang Küttler was part of the second generation of critical Marxists in the GDR, becoming professionally active in the late 1950s. The subsequent generation of committed and critical academics, who played a crucial role in the autumn of 1989, were significantly influenced by their doubts, research and insights. This article uses the “Modern Socialism” project at Humboldt University as an example to illustrate this relationship. Their assessment of the Russian Revolution of 1917 as an early socialist revolution that produced some of the socio-economic and cultural prerequisites of socialism only after the successful political uprising was particularly important. Küttler’s research, alongside that of other historians of comparative revolutionary history, on the cycle of bourgeois revolutions, provided important impetus for a critique of the prevailing historical contextualisation of Eastern European state socialism, and the resulting reflections on the tasks of modern socialism.

Zusammenfassung

Wolfgang Küttler gehört zur zweiten Generation kritischer Marxisten in der DDR, die ab Ende der 1950er Jahre beruflich aktiv wurden. Ihr Zweifeln, ihr Forschen, ihre Einsichten hatten einen großen Einfluss auf die nachfolgende Generation von engagierten und kritischen Akademikern, die im Herbst 1989 eine wichtige Rolle spielten. Diese Beziehung wird im Beitrag exemplarisch anhand des Projekts „Moderner Sozialismus“ an der Humboldt Universität dargestellt. Besonders wichtig war die Einschätzung der russischen Revolution von 1917 als frühe sozialistische

Revolution, die die sozialökonomischen und kulturellen Voraussetzungen des Sozialismus teilweise erst nach dem erfolgreichen politischen Aufstand hervorbringen musste. Die Forschungen Küttlers und anderer Historiker der Vergleichenden Revolutionsgeschichte zum Zyklus der bürgerlichen Revolutionen gaben wichtige Anstöße für eine Kritik der bisherigen historischen Verortung des osteuropäischen Staatssozialismus und die daraus folgenden Überlegungen zu den Aufgaben eines modernen Sozialismus.

Keywords/Schlüsselwörter:

Comparative revolutionary history, place of the Russian Revolution, Wolfgang Küttler's thought-provoking ideas across generational boundaries, research group "Modern Socialism" within the third generation of critical Marxists in the GDR, potential for knowledge and limits of the notion "early socialist revolution".

Vergleichende Revolutionsgeschichte, Platz der Russischen Revolution, Wolfgang Küttlers Denkanstöße über Generationengrenzen hinweg, die Forschergruppe „Moderner Sozialismus“ als Teil der dritten Generation kritischer Marxisten in der DDR, Erkenntnispotential und Grenzen des Begriffs „frühe sozialistische Revolution“.

1 Zur Einführung: Eine Generationsfolge von kritischen Marxisten in der DDR

In der Krise des Staatssozialismus in den 1980er Jahren lebte eine Diskussion wieder auf, die es schon früh gegeben hatte. Es ging um die Frage nach dem historischen Platz der russischen Revolution von 1917¹ und dem des osteuropäischen Staatssozialismus. Dabei waren die Antworten, die gegeben wurden, häufig keine rein wissenschaftlichen Statements, sondern verwiesen auch auf die jeweilige politische Positionsbestimmung der Autoren. Sie waren in diesem Sinne immanent ideologiekritisch. Das war eine Reaktion darauf, dass in der DDR die offizielle Darstellung der russischen Revolution in hohem Maße von Herrschaftsideologie getragen war, wie sich bereits an ihrer Bezeichnung als *Große Sozialistische*

¹ Mit dem Historiker Michael Reiman (1967) betrachte ich die Revolutionsereignisse in Russland des Jahres 1917 als einen durchgängigen Prozess.

Oktoberrevolution zeigte. Damit wurde sie begrifflich der „Großen Revolution der Franzosen“ von 1789 zugeordnet.²

Im Folgenden werde ich eine Skizze einer kollektiven Biografie einer Generationsgruppe aus der akademischen Dienstklasse³ der DDR entwerfen, wobei es mir darum geht, welche Anstöße die Mitglieder jener aus der vorangegangenen Generationsgruppe erfahren haben.⁴ Jener vorangegangenen Gruppe wird von mir Wolfgang Küttler zugeordnet. Es wird die These formuliert, dass die Handlungsenergie der Gruppe aus der SED-Mitgliedschaft, die 1989 im Herbst, zu spät aber doch, gegen die Erstarrung der Herrschaft ihrer Parteispitze rebellierte, sich nicht ohne die Erkenntnisse und Entscheidungen der vorangegangenen Generation von kritischen marxistischen Wissenschaftlern erklären lässt.

Diese geistigen Impulse über die Generationsgrenzen hinweg sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie den Angehörigen der letzten DDR-Akademikergeneration erleichterten, aus der geistigen Enge des dogmatischen Marxismus-Leninismus auszubrechen, was wegen ihrer relativen Isolierung von der internationalen Forschungsgemeinschaft schwierig war. Die Mitglieder der älteren Gruppe, zu denen Küttler gehörte, waren hingegen besser eingebunden in die internationalen wissenschaftlichen Debatten.

2 Eigene wissenschaftliche Reifeprozesse

Mein geistiger Weg in jene rebellierende Gruppe hinein vollzog sich über zwei Forschungszusammenhänge in den 1980er Jahren. Zum einen ko-

² Der Titel des Buchs von Walter Markov und Albert Soboul (1975) lautet *1789. Die Große Revolution der Franzosen*. Es handelt sich um eine Bezeichnung, die auch von den russischen Revolutionären verwendet wurde. Sie sahen sich als Jakobiner, schlüpften in diese historischen Kostüme, um sich selbst über ihre triste eigene Gegenwart zu erheben.

³ Es handelt sich um Absolventen von verschiedenen Universitäten der DDR, die u.a. im Forschungszusammenhang des Sozialismusprojekts an der Humboldt-Universität Berlin aber auch in eigenständigen Gruppen während der 1980er Jahre interagierten. Diese Netzwerke wurden im DFG-Projekt „SED-Reformdiskurs der Achtziger Jahre“ unter Leitung von Sigrid Meuschel analysiert (Erhard Crome et. al. 1999).

⁴ Hans-Peter Krüger (1992) hat diese Beziehung über Generationsgrenzen hinweg für die DDR-Philosophie dargestellt. Von ihm werden Wolfgang Heise, Gerd Irlitz, Horst Wessel oder Lothar Kühne für die Humboldt-Universität, Peter Ruben und Camilla Warnke für die Akademie der Wissenschaften, Siegfried Wollgast für Dresden, Helmut Seidel für die Leipziger Universität und Hans-Martin Gerlach sowie Reinhard Mocek für die Universität Halle genannt.

operierte ich eng mit dem Rechtswissenschaftler Uwe-Jens Heuer, welcher für eine andere Einordnung des „Sozialismus“ plädierte, als die meisten anderen Wissenschaftler seiner Zunft. Er wollte den Sozialismus nicht als kurze Übergangsperiode zum Kommunismus verstanden wissen, sondern als „relativ eigenständige Gesellschaftsformation“. Diese Position, die mir durch seine Stellungnahme erstmals bewusst wurde, stammte bereits aus den 1960er Jahren und war damals von Walter Ulbricht vertreten worden.⁵ In diesem Punkt zweifelte ich allerdings an Heuer. Mir war es wichtig, den Sozialismus als Vorstufe des Kommunismus zu begreifen, so wie es Marx in der „Kritik des Gothaer Programms“ beschrieben hatte.⁶

Heuer vertrat damals auch eine abweichende Position zum sozialistischen Staat. Er begriff ihn nicht nach dem Modell der Pariser Kommune als absterbend, sondern als einen stabilen Apparat, der in dieser relativ selbständigen Gesellschaftsformation Sozialismus unentbehrliche Aufgaben zu erfüllen hatte. Allerdings gehörte für ihn zu diesen Aufgaben auch, dass der sozialistische Staat durch eine eigenständige Justiz kontrolliert wurde, welche die Rechte seiner Bürger gegen willkürliche Entscheidungen seiner Amtsträger verteidigen konnte. Das überzeugte mich und in diesem Sinne versuchte ich in meiner Dissertation B die technischen und sozialen Ursachen der Bürokratie im Sozialismus zu verstehen (Segert 1985). Mit Heuer arbeitete ich seit 1985 eng zusammen, vor allem im von ihm geleiteten Forschungsprojekt „Vergleich der Reformen von Wirtschaft und Recht“.⁷ Er bezog mich auch in die Erarbeitung seines Buches „Marxismus und Demokratie“ (Heuer 1989) durch intensive Gespräche über Teile des Textes ein.

Mein zweiter Forschungszusammenhang jener Jahre war das von Michael Brie 1987 initiierte „Sozialismusprojekt“. Mit dem Machtantritt von Michael Gorbatschow wurde in vielen verbündeten Parteien eine Politik der Reformen angestoßen, die aber aus Sicht der Projektgruppe,

⁵ Daran erinnert Horst Groschopp: „Ulbricht hatte kurz vor der zweiten DDR-Verfassung den Sozialismus als ‚relativ selbständige Gesellschaftsformation‘ auf dem Weg zum Kommunismus charakterisiert und damit einen Bruch mit gültigen Dogmen vollzogen“ (Groschopp 2024).

⁶ Siehe das Zitat zum Sozialismus: „Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.“ Zitiert aus <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1875/kritik/randglos.htm>

⁷ Siehe dazu die folgenden Arbeiten: Heuer et. al 1988a, Heuer et. al 1988b.

die sich um Brie formierte, einer stärkeren wissenschaftlichen Reflexion bedurfte. Die sowjetischen Reformer knüpften an die Politik Chruschtschows und der Gruppe seiner wissenschaftlichen Berater an, welche in der Literatur als „Schestidesjatniki“ bezeichnet werden, und führten die abgebrochene Politik der Rehabilitierung der von Stalin umgebrachten kommunistischen Führer weiter. Dabei ging es nicht vor allem um die Wiederherstellung historischer Gerechtigkeit, sondern auch um die gewollte Wiederaufnahme von strategischen Positionen jener Kampfgefährten Wladimir Lenins. Nikolai Bucharin etwa hatte sich Ende der 1920er Jahre gegen die Beendigung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) durch Stalin ausgesprochen und war von jenem zuerst beiseitegedrängt und später ermordet worden. Die Wiederaufnahme von Positionen der NÖP durch Gorbatschow zeigte sich etwa darin, dass er ein Gesetz zur Wiederzulassung von privatem Produktivvermögen in der Wirtschaft initiierte.⁸

Dazu kam eine Revision der Sicht der sowjetischen Reformer auf die eigene Geschichte. Anlässlich des 70. Jubiläums der „Oktoberrevolution“ im November 1987 wurde erneut über die unreifen Ausgangsbedingungen des russischen Weges zum Sozialismus diskutiert (Gorbatschow 1987). Damit wurde eine ältere Debatte unter Marxisten über die russische Revolution wieder aufgenommen.⁹

3 Revolutionszyklus und historischer Platz des aus der russischen Revolution entstandenen Staatssozialismus

Marx hatte Mitte des 19. Jahrhunderts angenommen, dass die erwartete sozialistische Revolution in den entwickelten Staaten Westeuropas beginnen würde, zuerst in England oder Frankreich oder Deutschland, aber nicht an der osteuropäischen Peripherie.¹⁰ Russland war ein Land, in dem

⁸ Es wurde damals zwar als „Genossenschaftsgesetz“ bezeichnet, ließ aber faktisch Privateigentum an den Produktionsmitteln wieder zu.

⁹ Zum Zeitpunkt der russischen Revolution hatte etwa Karl Kautsky angenommen, dass Russland nicht reif für die sozialistische Revolution sei, sondern eine bürgerlich - demokratische Umwälzung auf der Tagesordnung der russischen Geschichte stand. Diese Position wurde auch durch die russischen Menschewiki, etwa durch Julius Martow, vertreten.

¹⁰ Schon früh, in der Einleitung zu seiner Arbeit „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ hatte er angenommen, dass die Umwälzung in Deutschland durch die Revolution in Frankreich angestoßen wird: „Wenn alle innern Bedingungen erfüllt sind, wird der deutsche Auferstehungstag verkündet werden durch das Schmettern des

die kapitalistische Wirtschaftsweise im Verhältnis zu ihrem Stand in West- und Mitteleuropa, erst begonnen hatte, sich herauszubilden. Die Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 war eine wichtige Voraussetzung für die Herausbildung des Kapitalismus in Russland. Die kapitalistische Wirtschaftsweise entwickelte sich in den Jahrzehnten danach in einigen Zentren des russischen Reichs, ohne die gesamte Gesellschaft prägen zu können. Diese prekären Voraussetzungen einer sozialistischen Revolution in Russland wurden von Wolfgang Küttler in seiner Arbeit „Lenins Formationsanalyse der bürgerlichen Gesellschaft in Rußland vor 1905“ in die These gegossen, dass sich in Russland die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise noch parallel mit dem erst begonnenen Übergang von Feudalismus zum Kapitalismus vollzog (Küttler 1978).

In den Texten des „Sozialismusprojekts an der Humboldt-Universität“ wurde aufbauend auf diese und andere Arbeiten v.a. aus der Leipziger Schule der Vergleichenden Geschichtswissenschaft angenommen, dass der Aufbau des Sozialismus nach 1917 unter ungünstigen Verhältnissen vor sich ging, in einem wenig entwickelten kapitalistischen Land, in dem wichtige *Voraussetzungen* des Sozialismus erst *nach* der politischen Machtergreifung geschaffen werden mussten. Diese Situation, so unsere damalige Annahme, führte dazu, dass die Charakteristika der russischen Revolution von 1917 und der in ihrem Ergebnis entstehenden Gesellschaft gerade nicht den Merkmalen des von uns angestrebten modernen Sozialismus entsprechen konnten. Der Realsozialismus, so unsere damals formulierte Einsicht, hatte gegenüber dem modernen Kapitalismus auf wichtigen Gebieten Nachholbedarf¹¹. Das betraf sowohl die Innovationsfähigkeit seiner Wirtschaft als auch besonders den Zustand von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

gallischen Hahns“ (Marx 1843-44, hier aus den Marx/Engels Werken Band 1, 1976: 391). In den 1850er Jahren zog er nach England, in dem die wirtschaftlichen Bedingungen aus seiner Sicht reif für den Sozialismus waren, in seine Vorstellung vom europäischen Revolutionsreigen ein. Russland geriet erst nach der Abschaffung der Leibeigenschaft 1861 in seinen Blick. Als Beleg für seine Beschäftigung mit Russland und dessen Revolution gilt der Antwortbrief an die russische Teilnehmerin der Narodniki-Bewegung, Vera Sassulitsch, die ihn 1881 nach der Zukunft der russischen Dorfgemeinde fragte.

¹¹ Das betraf nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Bildung, die Öffentlichkeit und die Demokratie generell. Für diese Einsicht war der Beitrag von Hans-Peter Krüger über den Kapitalismus als erste moderne Gesellschaft zentral (Krüger 1988). In den Materialien der Eröffnungsberatung des Sozialismusprojekts wurde an verschiedenen Stellen dieses Zurückbleiben hinter dem modernen Kapitalismus und seine historischen Ursachen dargestellt (Materialien 1988: 25 -26, 39-40, 75-77).

In der ersten wissenschaftlichen Tagung unseres Sozialismusprojektes formulierten wir, dass die aktuellen Defizite des Realsozialismus in den ungünstigen Ausgangsbedingungen der Oktoberrevolution begründet waren (Materialien 1988). Im Beitrag von Brie ist zu lesen, dass „vor der Sowjetunion [...] gesellschaftliche Aufgaben standen, die im Wesentlichen der ‚Vorgeschichte‘ des Sozialismus angehören“ (Materialien 1988: 37). In meinem Vortrag auf dieser Tagung stellte ich zu dem in der Sowjetunion entwickelten Politiktyp fest, dass er „eine Variante zur Lösung der Probleme einer frühen sozialistischen Revolution“ darstellte (Materialien 1988: 78).

Unser Verständnis der Oktoberrevolution als einer „frühen sozialistischen Revolution“ konnte sich auch auf den Ansatz der tschechoslowakischen Reformen um Alexander Dubček stützen, welche konstatiert hatten, dass es in ihrem Land darauf ankäme, die Merkmale eines Sozialismus auf Grundlage einer entwickelten Industriegesellschaft *erstmal*s herauszubilden, eines Sozialismus, der sich natürlich von dem in der Sowjetunion herausgebildeten unterscheiden musste (Segert 2008: 27). Eine weitere Quelle unserer Einschätzung war die Debatte über den im Verhältnis zur sowjetischen Geschichte andersartigen Weg zum Sozialismus in den industriellen Gesellschaften Westeuropas und Japans, die unter dem Stichwort „Eurokommunismus“ lief.

Um die Energie unseres damaligen Suchprozesses zu verstehen, muss noch an die Besonderheit des damaligen Verhältnisses von Politik und Gesellschaftstheorie erinnert werden: Ausgehend von der Annahme, dass die Politik des sozialistischen Aufbaus auf Grundlage wissenschaftlicher Einsichten formuliert werden musste, wurden Debatten über theoretische Grundfragen mit einem großen politischen Ernst geführt. Wir, im „Sozialismusprojekt an der Humboldt-Universität“, waren der Erwartung, dass unsere theoretischen Positionen eine andere Politik würden begründen helfen. Uns schien, dass es den praktischen Reformen in einigen sozialistischen Ländern wie Polen, Ungarn und der Sowjetunion bisher an einem wissenschaftlichen Leitfaden fehlte, und den wollten wir, wohl ein wenig überheblich, wie wir als junge Wissenschaftler waren, in unserem Projekt entwickeln.

4 Das Erkenntnispotential des Begriffs „früher Sozialismus“ und seine Grenzen

Unser Begriff des „frühen Sozialismus“ hatte zwei Bezugspunkte. Einen zur Sprache der Politik kommunistischer Staatsparteien, sowie einen

zweiten zur von Historikern der DDR, etwa von Wolfgang Küttler und Manfred Kossok, entwickelten Konzeption der etappenweisen Ablösung von Gesellschaftsformationen im Verlaufe von Revolutionszyklen. Der erste Aspekt diente einer Abgrenzung von der politisch gebräuchlichen Definition der aktuellen Entwicklungsetappe des Sozialismus als einer Gesellschaft, die auf eigenen Grundlagen entstanden, angeblich ab den 1960er Jahren in die Phase ihrer „reifen“ Entwicklung eingetreten sei. In der Sowjetunion habe man bereits einen „entwickelten Sozialismus“ aufgebaut, der an der Schwelle zum Kommunismus stünde.¹²

Der Begriff „früher“ Sozialismus polemisiert also zum einen gegen diese falsche historische Einordnung des Gegebenen durch die Parteilösungen des sowjetischen Sozialismus. Der zweite Aspekt des Begriffs „früh“ bezieht sich auf die von Historikern der DDR entwickelte These, dass die kapitalistische Gesellschaft in einem Zyklus von Revolutionen entstanden ist (Markov 1969; Engelberg/Küttler 1978; Küttler 1973 und 1978; Kossok 1988).

Frühe bürgerliche Revolutionen seien etwa Reformation und Bauernkrieg in Deutschland und die niederländischen Aufstände im 16. Jahrhundert sowie Bürgerkrieg und „Glorious Revolution“ im 17. Jahrhundert in England. Die weitere Ausbildung des Kapitalismus erfolgte in den nächsten Jahrhunderten ebenfalls durch politische, aber auch wirtschaftliche Revolutionen, so in mehreren Dekaden in Frankreich seit 1789, in denen Revolutionen, Konterrevolutionen und Reformen einander ablösen oder durch die deutsche Reichseinigung von 1871, die als „Revolution von oben“ (Engels) bezeichnet wurde. Die für uns auf der Hand liegende Schlussfolgerung war: Auch die auf den Kapitalismus folgende Gesellschaftsformation, der Sozialismus-Kommunismus, würde sich nicht anders denn über eine Abfolge von mehreren Revolutionen herausbilden. Und zur damaligen Zeit sahen wir die neue Gesellschaft erst am Anfang dieses Zyklus sozialistischer Revolutionen stehen.

Anfangs war das auch von Lenin und seinen Mitstreitern so eingeschätzt worden, aber sie hatten erwartet, dass die russische Revolution die Revolutionen in den entwickelten bürgerlichen Gesellschaften Westeuropas anstoßen würde. Durch diese Kette von Revolutionen, genannt „Weltrevolution“, würde die kapitalistische Gesellschaftsformation erst

¹² Diese Position wurde mit dem Parteiprogramm der KPdSU 1961 offiziell begründet, welches auf ihrem XXII. Parteitag beschlossen wurde.

abgelöst werden können.¹³ In dieser Erwartung gründeten sie eine weitere internationale Organisation der Arbeiterparteien, die Dritte, Kommunistische, Internationale (KI). Nach dem Ende der revolutionären Unruhen in Westeuropa, die dem Ersten Weltkrieg folgten, im Jahr 1923, und nach dem Tod Lenins setzte sich aber in Moskau die Auffassung durch, dass es lange dauern würde, bis andere Länder dem Weg Russlands folgen würden und dass bis dahin die Aufgabe der Kommunistischen Mitgliedsparteien der KI darin bestehen würde, den Sozialismus in einem Land, in der Sowjetunion, zu verteidigen. Als dann nach 1945 in Ländern Osteuropas Kommunisten mit Unterstützung der sowjetischen Armeen im Land an die Macht gelangten, galten die Merkmale von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Sowjetunion als beispielgebend. Wenn aber die russische Revolution im Sinne des Revolutionszyklus eine *frühe* proletarische Revolution gewesen war, dann konnten in der Gesellschaft, die sich daraus entwickelte, auch keine für weiter entwickelte Gesellschaften auf dem Weg zum Sozialismus beispielhaften Erfahrungen gesammelt werden.

Der theoretische Begriff eines „frühen Sozialismus“ barg in sich jedoch auch eine politische Hoffnung. Die Hoffnung, dass es gerade in der Krise des Staatssozialismus am Ende der 1980er Jahre eine Chance auf die Herausbildung einen anderen Sozialismus geben könnte. Wir begriffen jenen, wie schon formuliert, als „modernen Sozialismus“. Das sollte eine sozialistische Gesellschaft sein, in der die Errungenschaften der Moderne auf Grundlage einer durch Gemeineigentum und gleichzeitig privater Initiative geprägten Wirtschaft in eigener Art und Weise verwirklicht werden sollten. Damit sollte in der DDR ein „Dritter Weg“ zwischen Monopolkapitalismus und bürokratischem Staatssozialismus eingeschlagen werden.¹⁴

¹³ Diese Thesen waren in der Führung der SDAPR (B) weit verbreitet. Heinz Brahm, ein führender Wissenschaftler des westdeutschen „Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien“ (BiOst) schreibt über die Überzeugung der bolschewistischen Führer: „Sie hatten sich in die Revolution gestürzt in der festen Erwartung, daß das Proletariat Westeuropas und vor allem des hochindustrialisierten Deutschlands dem Beispiel der Bolschewisten folgen würde. Ihre Begeisterung und Zuversicht in den ersten Revolutionsjahren nährten sich zum Teil von der Hoffnung, daß ihnen das Proletariat des ‚Westens‘ bald zeigen würde, ‚wie man’s macht‘“ (Brahm 1967).

¹⁴ So war auch unser Thesenpapier vom 25.11.1989 überschrieben. Unser Manifest wurde allerdings in den Wirren der Wende nur wenig öffentlich wahrgenommen. Siehe zum Einfluss von Dritte-Wegs-Konzepten auf die Akteure des Herbstes 1989 den Text von Martin Sabrow (2020).

Diese Hoffnung stellte sich bekanntlich innerhalb kürzester Frist als Illusion heraus. Zwar wurden in vielen staatlichen Betrieben die Direktoren durch die Belegschaft gewählt, die von der Zensur befreiten Journalisten in Fernsehen und Presse konnten in kurzer Zeit eine echte Öffentlichkeit schaffen, am Runden Tisch wurde eine Verfassung entworfen, in der auch soziale Rechte der Bürger der DDR verankert waren – damit wurden Schritte in Richtung auf einen „Sozialismus, der des Namens wert ist“ (Heym 1989) gegangen – aber dieser Fortschritt war nicht von Dauer. Er scheiterte an dem verbreiteten Wunsch, endlich „so gut zu leben“ wie im benachbarten anderen Deutschland.

Und damit ist auch das Problem benannt, welches die Kehrseite dieser Hoffnung war: Wir waren damals noch im Irrtum befangen, dass ein einmal errungener gesellschaftlicher Fortschritt sich nicht zurückdrehen lässt. Die wissenschaftlichen Einsichten daraus wurden später gewonnen. In einer Publikation, die vierundzwanzig Jahre nach 1989 erschien, hat Wolfgang Küttler den sowjetischen Staatssozialismus ebenso wie den im Interesse der Arbeiter regulierten Kapitalismus Westeuropas vor seinem Übergang zum globalisierten Finanzkapitalismus¹⁵ als gleichermaßen vergängliche Formen der transitorischen Entwicklung des Kapitalismus als Gesellschaftsformation begriffen (Küttler 2013: 42).

5 **Der Wert wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritte ungeachtet des politischen Scheiterns**

Trotz der begrenzten Einsichten ermöglichte uns dieses Verständnis des Realsozialismus als Ergebnis einer frühen Revolution Ende der 1980er Jahre den Ausbruch aus dem Gehäuse der dogmatischen Hörigkeit. Das Konzept eines modernen Sozialismus erlaubte einen klaren Blick auf die Konstruktionsfehler des Staatssozialismus: seine monolithische Eigentumsstruktur, seine Lernblockaden, die in ihm nur schwach ausgebildete Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Zusätzlich gab uns dieses theoretische Konzept die Kraft, die nötig war, um uns im Herbst und Winter 1989 in den praktischen Kampf für die Überwindung der zentralistischen Machtstruktur der SED zu stürzen.

Im Rückblick noch wichtiger ist die Einsicht, dass die 1989 aufbegehrende Generation in der SED, deren Akteure damals zwischen 30 und

¹⁵ Dieser Phase kapitalistischer Entwicklung, die sich in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg herausbildete und bis Ende der 1970er Jahre existierte, wird von Ulrich Busch und Rainer Land als „Teilhabekapitalismus“ beschrieben (Busch/Land 2013).

40 Jahre alt waren, deshalb zu ihren wissenschaftlichen Einsichten und politischen Entscheidungen kommen konnte, weil sie sich auf die Ergebnisse des Zweifels, des Nachdenkens und die Einsichten der vorangegangenen Generation von kritischen Sozialisten in der DDR stützen konnten, zu denen u.a. Wolfgang Heise, Manfred Kossok, Peter Ruben, Hans Wagner, Uwe-Jens Heuer und eben Wolfgang Küttler gehörten.

Bibliografie

- Brahm, Heinz (1967): „Russische Revolution und Weltrevolution“ *Aus Politik und Zeitgeschichte*.
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/527840/russische-revolution-und-weltrevolution/> (aufgerufen am 26.04.2026).
- Busch, Ulrich; Land, Rainer (2013): *Teilhabekapitalismus. Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950 bis 2010*. Berlin: Verlag der Berliner Debatte Initial.
- Crome, Erhard; Lutz Kirschner; Rainer Land (1999): Abschlussbericht zum DFG-Projekt CR 93/1-1. *Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre*.
<https://www.rla-texte.de/gallery/Bericht%20SED-Reformdiskurs.pdf> (aufgerufen am 25.04.2026)
- Engelberg, Ernst; Küttler, Wolfgang (Hrsg.) (1978): *Formationstheorie und Geschichte: Studien zur historischen Untersuchung von Gesellschaftsformationen im Werk von Marx, Engels und Lenin*. Berlin: Akademie Verlag.
- Gorbatschow, Michail (1987): *Oktober und Umgestaltung: die Revolution geht weiter: Referat des Generalsekretärs des ZK der KPdSU auf der gemeinsamen Festsitzung des Zentralkomitees der KPdSU, des Obersten Sowjets der UdSSR und des Obersten Sowjets der RSFSR anlässlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution*. Moskau: APN.
- Groschopp, Horst (2024): „Humanismus als Verfassungsgebot in der DDR“. *humanismus aktuell*, veröffentlicht am 21.11.2024. Link: <https://humanismus-aktuell.de/humanismus-als-verfassungsgebot-in-der-ddr/> (aufgerufen am 25.04.2026)
- Heuer, Uwe-Jens, Dieter Segert, Gerd Quielitsch (1988a): „Wirtschaft, Staat, Recht sozialistischer Länder - ausgewählte Probleme und Entwicklungstendenzen“. *Informationsbulletin Ökonomie und Politik sozialistischer Länder* 1, 5-23.

- Heuer, Uwe-Jens, Dieter Segert, Gerd Quielitsch (1988b): „Sozialistische Politik als Gegenstand vergleichender Wissenschaft“. *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 10, 900-908.
- Heuer, Uwe-Jens (1989): *Marxismus und Demokratie*. Berlin: Staatsverlag. (Erschien gleichzeitig im Nomos Verlag Baden-Baden).
- Heym, Stefan (1989): Rede auf der Demonstration am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz in Berlin.
<https://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/4november1989/heyms.html> (aufgerufen am 27.04.2026)
- Kossok, Manfred (Hrsg.) (1988): *Vergleichende Revolutionsgeschichte – Probleme der Theorie und Methode*. Berlin: Akademie Verlag.
- Kossok, Manfred (2016): *Sozialismus an der Peripherie. Späte Schriften*. Hrsg. durch Jörn Schüttrumpf. Berlin: Karl Dietz.
- Krüger, Hans-Peter (1988): „Die kapitalistische Gesellschaft als die erste moderne Gesellschaft“. *Materialien der Eröffnungsberatung*. Berlin: Eigenverlag der HU, 94-123.
- Krüger, Hans-Peter (1992): „Rückblick auf die DDR-Philosophie der 70er und 80er Jahre“. *Demission der Helden. Kritiken von innen 1983-1992*. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag, S. 79-103.
- Küttler, Wolfgang (1973): *Rußland vor 1917 im marxistisch-leninistischen Geschichtsbild: Zu den historischen Voraussetzungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und des Sowjetstaates*. Referat, bearb. u. ergänzt. durch Wolfgang Küttler. Berlin: Urania.
- Küttler, Wolfgang (1978): *Lenins Formationsanalyse der bürgerlichen Gesellschaft in Rußland vor 1905: Ein Beitrag zur Theorie und Methode historischer Untersuchung von Gesellschaftsformationen*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Küttler, Wolfgang (2013): „Der Kapitalismus als transitorische Formation. Historisch-kritische Bemerkungen zur Revolutionsperspektive von Marx und im Marxismus“. *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 93 (März 2013), 28-47.
- Markov, Walter (1969): „Revolutionen beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus: eine vergleichende revolutionsgeschichtliche Betrachtung“. *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 17/5, 592-592.
- Markov, Walter; Soboul, Albert (1975): *1789. Die Große Revolution der Franzosen*. Berlin. Akademie-Verlag.
- Materialien (1988): *Forschungsprojekt: Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus*. Materialien der Eröffnungsberatung November 1988. Berlin: Eigenverlag der Humboldt-Universität.

- Reiman, Michal (1967): *Ruská revoluce : 23. únor - 25. říjen 1917* [dt.: Die russische Revolution: 23. Februar bis 25. Oktober 1917], Praha: Naše Vojsko.
- Sabrow, Martin (2020): „Der vergessene ‚Dritte Weg‘“. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ).
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32883/der-vergessene-dritte-weg/> (aufgerufen am 26.04.2026)
- Segert, Dieter (1985): „Kap. 1.4. Bürokratisierung – ein technisches Problem der Organisationsentwicklung?“ *Staatliche und gesellschaftliche Organisationsformen der politischen Macht der Arbeiterklasse (Zu einigen theoretisch-methodischen Fragestellungen)* Diss. B., Berlin: Humboldt-Universität, 46-58.
- Segert, Dieter (2008): *Prager Frühling. Gespräche über eine europäische Erfahrung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Die Entwürfe von Karl Marx für eine Antwort an Vera Sassulitsch aus dem Jahr 1881 und die aktuelle Diskussion über den Kommunismus

Ulrich Busch

(Berlin, MLS)

Abstract

In 1881, the Russian Social Democrat Vera Zasulich asked Karl Marx to share his views on the perspective of Russia and the fate of the Russian village community. The answer to this question also affected the universality of Marx's theory, according to which all countries of the world must go through all phases of capitalist production. Marx initially wrote four drafts of an answer and finally did not provide it with clear information intended for the public. Wolfgang Küttler spent four decades studying Marx's draft letters, initially to theoretically legitimize the non-capitalist path of development to socialism, but later to broaden and deepen the historical understanding of Marx's theory of formation, capitalism and communism.

Zusammenfassung

Die russische Sozialdemokratin Vera Sassulitsch wandte sich 1881 mit der Bitte an Karl Marx, ihr seine Ansichten über die Perspektive Russlands und das Schicksal der russischen Dorfgemeinde mitzuteilen. Die Antwort hierauf tangierte zugleich die Allgemeingültigkeit der Marx'schen Theorie, der zufolge alle Länder der Welt sämtliche Phasen der kapitalistischen Produktion durchlaufen müssen. Marx verfasste zunächst vier Entwürfe einer Antwort und erteilte ihr schließlich keine eindeutige und für die Öffentlichkeit bestimmte Auskunft. Wolfgang Küttler beschäftigte sich vier Jahrzehnte lang mit den Briefentwürfen von Marx. Anfangs, um den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zum Sozialismus theoretisch zu legitimieren, später aber, um das historische

Verständnis der Marx'schen Formationstheorie, des Kapitalismus und des Kommunismus zu erweitern und zu vertiefen.

Keywords/Schlüsselwörter

Vera Sassulitsch, Wolfgang Küttler, Karl Marx, V. I. Lenin, Narodniki, village community, capitalism, socialism, communism

Vera Sassulitsch, Wolfgang Küttler, Karl Marx, V. I. Lenin, Narodniki, Dorfgemeinde, Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus.

1.

Die russische Sozialdemokratin, Mitglied der Volkstümpler-Organisation (Narodniki) und spätere Mitbegründerin der marxistischen Gruppe „Befreiung der Arbeit“ *Vera Ivanovna Sassulitsch* (1851-1919) wandte sich im Februar 1881 mit der Bitte an Karl Marx, ihr seine Ansichten über die historische Perspektive Russlands und dabei insbesondere über das Schicksal der russischen Dorfgemeinde (Obščina) mitzuteilen.¹ Sie thematisierte in ihrem Brief vor allem die „Agrarfrage“, welche von Marx im Ersten Band des „Kapital“ (1867)² nicht explizit erörtert worden sei, die für Russland aber „eine Frage von Leben und Tod“ war.

Die Beantwortung dieser Frage war für die russischen Revolutionäre von allergrößter Bedeutung. Im Grunde gab es hier nur *zwei* Möglichkeiten: Entweder die Dorfgemeinschaft ist, sofern sie von Steuern und Zahlungen an den Adel und die Verwaltung befreit wird, ökonomisch in der Lage, „sich in eine sozialistische Richtung zu entwickeln, also nach und nach ihre Produktion und ihre Verteilung der Produkte auf kollektiver Grundlage zu organisieren“, oder sie ist „dem Untergang geweiht“. In diesem Fall müssten die

¹ Das französische Original sowie eine deutsche Übersetzung des Briefes vom 16. Februar 1881 finden sich auf den Seiten 26-27 unter: http://marxherbstschule.net/10/wp-content/uploads/2015/09/Reader-Herbstschule-VIII-2015-Geschichte-und-Notwendigkeit_screen3.pdf (Abruf: 9.2.2026). Vgl. auch MEW 19: 572 und MEW 35: 494. Die Zitation der Schriften von Marx und Engels erfolgt hier als MEW bzw. MEGA.

² Eine erste russische Übersetzung des Ersten Bandes des „Kapital“ war 1872 in St. Petersburg erschienen.

Revolutionäre viele Jahrzehnte warten, bis „der Boden der russischen Bauern in die Hände der Bourgeoisie übergegangen sein wird“ und „der Kapitalismus in Russland vielleicht eine ähnliche Entwicklung wie in Westeuropa“ erreicht hat (Sassulitsch 2015: 27). Dies könnte in Anbetracht der Rückständigkeit des Landes sehr lange dauern. Durch die Auflösung der Dorfgemeinde würden die Bauernmassen auf die Straßen der großen Städte geworfen und zu Lohnarbeitern degradiert werden. Eine solche Perspektive hätte, so die Autorin, gravierende Konsequenzen für die politische Arbeit der russischen Revolutionäre.

An die Frage nach dem historischen Schicksal der archaischen Dorfgemeinde in Russland schloss sich eine zweite, noch wichtigere Frage an, die nach der Allgemeingültigkeit der Marx'schen Theorie, der zufolge „alle Länder der Welt mit historischer Notwendigkeit sämtliche Phasen der kapitalistischen Produktion durchlaufen müssen“ (Sassulitsch 2015: 27).

Die Antwort auf diese Frage war nicht nur für die russischen Revolutionäre in den 1880er Jahren von größter Bedeutung, sondern auch noch für die kommunistische Bewegung nach 1917. Auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale (1920) wurde sie von W. I. Lenin aufgegriffen und mit einem klaren „nein“ beantwortet, indem er die unter Marxisten verbreitete Annahme, dass „das kapitalistische Entwicklungsstadium für die zurückgebliebenen Völker unvermeidlich sei“, als „falsch“ zurückwies (Lenin 1964: 232). Er forderte dazu auf, die von ihm vertretene Position als „Leitsatz“ in die kommunistische Agenda aufzunehmen und „theoretisch zu begründen“, dass

die zurückgebliebenen Länder mit Unterstützung des Proletariats der fortgeschrittensten Länder zur Sowjetordnung und über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus gelangen können, ohne das kapitalistische Entwicklungsstadium durchmachen zu müssen. (Lenin 1964: 232)

Bei der Umsetzung dieser Konzeption, die eine nicht unbeachtliche Korrektur der Marx'schen Theorie beinhaltete, fiel der russischen Dorfgemeinde, der *Obščina*, eine Schlüsselrolle zu. Die Einschätzungen hierzu waren jedoch widersprüchlich und wechselten im Zeitverlauf: So galten Lenin um die Jahrhundertwende – im

Unterschied zu den Narodniki – die Reste der bäuerlichen Dorfgemeinde als bloße „Überbleibsel“ vorkapitalistischer Produktionsweisen und als „gewaltiger Hemmschuh der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung“ (Lenin 1960: 328-329). Dies änderte sich aber im Zeitverlauf: Einerseits hatte der Kapitalismus in Russland die alten Dorfgemeinden bis 1917 bereits weitgehend ruiniert. Andererseits erschienen sie den Bolschewiki nunmehr institutionell durchaus als mögliche Ansatz- und Ausgangspunkte für eine kommunistische Umgestaltung ökonomisch zurückgebliebener Länder und Regionen.

Diese Ansicht gewann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts enorm an Bedeutung als eine Reihe ehemaliger Kolonien, Halbkolonien und ökonomisch unterentwickelter Länder einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg einschlug. Damit gelangte auch die von Lenin 1920 geforderte „theoretische Begründung“ eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges zum Kommunismus wieder auf die Tagesordnung. Da sich Lenins Position von 1920, wonach auch ökonomisch „zurückgebliebene Länder“ zum Kommunismus gelangen können, „ohne das kapitalistische Entwicklungsstadium durchmachen zu müssen“, nicht ohne Weiteres mit der Marx'schen Theorie und noch viel weniger mit den Dogmen des Historischen Materialismus (Stalin 1951: 666-679) vereinbaren ließ, gewann die Behandlung dieser Frage durch Marx im Jahre 1881 erneut an Aktualität. Dies hat unter marxistischen Historikern bis zuletzt zu kontroversen Diskussionen geführt. Wolfgang Küttler hat sich hieran konstruktiv mit zahlreichen Beiträgen beteiligt. Seine Texte berührten insbesondere Fragen der Theorie der Gesellschaftsformation, das Verständnis von Kapitalismus und Kommunismus sowie die theoretische Begründung des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges.³

Die Bedeutung der von Vera Sassulitsch in ihrem Brief an Karl Marx aufgeworfenen Fragen für die Allgemeingültigkeit der

³ Wolfgang Küttler hat sich lange mit dem Wortlaut dieses Schreibens auseinandergesetzt und versucht, ihm, dabei dem jeweils herrschenden Zeitgeist folgend, theoretisch gerecht zu werden. Davon zeugen eine Reihe von Aufsätzen (Küttler 1976; 1993; 1996; 2000; 2011; 2016) sowie Gespräche, die er in seinen letzten Lebensjahren dazu geführt hat. Einen abschließenden Text hierzu gibt es aber offenbar nicht.

Formationstheorie und der hierin implizierte Widerspruch zwischen historischer Analyse und normativer Perspektive waren auch Marx bewusst gewesen. Es ist daher nur allzu verständlich, dass er sich mit seiner brieflichen Antwort ungewöhnlich schwer tat, diese zeitlich hinauszögerte und zunächst vier Entwürfe eines Antwortschreibens verfasst hat (MEW 19: 384-406), bevor er am 8. März seine endgültige Antwort formulierte.⁴ Diese bestand schließlich aus nur wenigen Zeilen und enthielt neben Bekanntem „keine bündige, für die Öffentlichkeit bestimmte Auskunft“ (MEW 19: 242-243). Marx betonte hierin vielmehr, dass seine im „Kapital“ gegebene Analyse „*ausdrücklich* auf die *Länder Westeuropas* beschränkt“ sei und folglich „keinerlei Beweise“ – „weder für noch gegen die Lebensfähigkeit der Dorfgemeinde“ (MEW 19: 243) – enthalte.

Marx begründete seine Zurückhaltung damit, dass es sich bei der russischen Agrar- und Eigentumsfrage um einen gänzlich anders gelagerten Fall handle als bei der kapitalistischen Transformation in Westeuropa: Ging es bei dieser um „die *Verwandlung einer Form des Privateigentums in eine andere Form des Privateigentums*“, so würde man bei jener, „bei den russischen Bauern [...] im Gegenteil *ihr Gemeineigentum in Privateigentum umwandeln*“ (MEW 19: 242). Diese Besonderheit erklärt sich daraus, dass Russland damals das einzige Land in Europa war, in dem die auf uraltem Gemeineigentum beruhende Dorfgemeinde nicht nur in Gestalt sporadischer Überreste, sondern faktisch im nationalen Maßstab fortexistiert hat. Im Übrigen, so Marx, sei er davon überzeugt, dass die Dorfgemeinde „der Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Rußlands“ sein könne, sofern man zuvor „die zerstörenden Einflüsse, die von allen Seiten auf sie einstürmten, beseitigen und ihr sodann die normalen Bedingungen einer natürlichen Entwicklung“ – was immer das heißen mag – sichern würde (MEW 19: 243). Diese sehr knapp gehaltene und in den Konsequenzen zudem ambivalent formulierte Antwort ließ Spielraum für unterschiedlichste Interpretationen. Sie wird daher die Erwartungen der russischen Revolutionäre um Vera Sassulitsch vermutlich eher enttäuscht haben.

⁴ Siehe auch MEGA I/25, S. 217-242 und 823-920).

2.

Der endgültige Antwortbrief (MEW 19: 242-243; 35: 166-167) stellte faktisch die vorläufige Version eines nicht fertig gewordenen Forschungsprojekts von Marx dar. Friedrich Engels wies im Vorwort zu seiner Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ von 1884 darauf hin, dass er dafür in „Vollführung eines Vermächtnisses“ Vorarbeiten von Marx genutzt habe, die dieser nicht mehr zu Ende geführt hat (MEW 21: 27). Insofern enthalten die Entwürfe einer Antwort auf den Brief von Vera Sassulitsch möglicherweise Überlegungen zur Präzisierung der Marx'schen Geschichtsauffassung, die weit über ihren konkreten historischen Bezug hinaus von Relevanz sind.

Die Entwicklung in Russland seit Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahr 1861 hat gezeigt, dass es in der Geschichte der Menschheit „diachron aufeinanderfolgende und sich auch synchron überlagernde Entwicklungsreihen urgemeinschaftlicher und klassengesellschaftlicher Grundtypen“ gesellschaftlicher Existenz gibt (Küttler 2016: 22), die es lohnt, genauer zu analysieren. Der Autor leitete hieraus die weitreichende Hypothese ab, den Kapitalismus nicht nur als „Übergangsformation“ und „Vorstufe des Sozialismus“ aufzufassen, sondern ihn als „eigenständige Formationsgruppe“ oder als „Großformation“ zu begreifen, das heißt, als „Entwicklungsreihe“ mit einer Vielzahl unterschiedlichster Entwicklungsformen. In einer solchen methodischen „Erweiterung des formationsgeschichtlichen Bezugsrahmens“ erkannte er eine Möglichkeit, für die heterogene Ausprägung des modernen Kapitalismus auf der Grundlage der Marx'schen Theorie einen „tragfähigen Lösungsansatz“ zu finden (Küttler 2016: 44).

Marx hatte die politische und sozialökonomische Entwicklung in Russland in den 1860er und 1870er Jahren anhand zahlreicher Originalquellen genauestens studiert und ging Anfang der 1880er Jahre von der Erwartung aus, dass der Sturz des Zarismus unmittelbar bevorstehe. Diese Einschätzung aber war weniger ökonomisch denn politisch motiviert. Was den ökonomischen Entwicklungsstand Russlands anbetraf, so vertrat Marx die Auffassung, dass die Industrialisierung und die Herausbildung des Proletariats

hier noch ganz in den Anfängen steckten und dass das überwiegend agrarische Land für eine sozialistische Revolution, wie sie im Westen erwartet wurde, noch längst nicht reif sei. Trotzdem hielt er es für möglich, dass Russland aufgrund seiner besonderen Lage und seines enormen Ressourcenreichtums im Falle einer erfolgreichen Revolution den langwierigen Entwicklungsweg, wie ihn die westeuropäischen Staaten durchlaufen hatten, *mit Hilfe des siegreichen westeuropäischen Proletariats* zeitlich abkürzen könnte.

Ein Jahr nach Abfassung des Briefes an Vera Sassulitsch, im Januar 1882, bekräftigte Marx seine Position noch einmal, indem er auf die Frage, ob „die russische Obschtschina“ im Falle einer siegreichen Revolution in Russland „unmittelbar“ in die höhere Form des kommunistischen Gemeinbesitzes übergehen könne, seine Antwort vom Vorjahr, einschließlich der daran geknüpften Bedingung, wiederholte. Er schrieb:

Wird die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen, so daß beide einander ergänzen, so kann das jetzige russische Gemeineigentum am Boden zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen. (MEW 19: 296)

Durch die Verknüpfung der Revolution in Russland mit dem Sieg des Proletariats im Westen unterschied sich seine Konzeption signifikant von den Vorstellungen der Volkstümpler, welche glaubten, ausgehend von der Dorfgemeinde, auch ohne Unterstützung aus dem Westen, in Russland *sofort* und *direkt* zu einer kommunistischen Ordnung übergehen zu können (vgl. Dlubek/Merkel 1981: 417-422.). Marx hielt demgegenüber grundsätzlich an seiner Theorie der „ökonomischen Gesellschaftsformation“ fest (MEW 13: 9) und sah den Schlüssel für den Übergang von der archaischen zur modernen kollektiven Produktion nicht allein in den Eigentumsverhältnissen, sondern gleichermaßen im Entwicklungsstand der Produktivkräfte.

Hiervon ausgehend aber waren die Überlebenschancen der archaischen Dorfgemeinde in Russland eher gering. Im November 1877 hatte Marx in einem Brief an die Redaktion der *Otečestvennyje Sapiski* geschrieben, dass seine „historische Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa“ keine „geschichtsphiloso-

phische Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges“ sei, sondern es auf das jeweilige „historische Milieu“ ankomme, welche Richtung die Entwicklung nehmen werde (MEW 19: 107-112). Hierin eingeschlossen aber war die Produktivkraftentwicklung als das letztlich den Ausschlag gebende Kriterium! Eine siegreiche Bauernrevolution in Russland bedurfte deshalb unbedingt der Unterstützung durch das westeuropäische Proletariat, um den Weg zum Kommunismus einschlagen zu können.

Bevor Marx seine endgültige Antwort an Vera Sassulitsch zu Papier brachte, rekapitulierte er die Besonderheiten der russischen Situation zu Beginn der 1880er Jahre und diskutierte die Argumente eines Für und Wider der Überführung der russischen Dorfgemeinde in eine neue Gesellschaft. Dabei unterstellte er, dass sich der Kapitalismus seit Mitte der 1870er Jahre weltweit in einer finalen Krise befinde und die proletarische Revolution deshalb nicht nur in Russland, sondern ebenso in West- und Mitteleuropa unmittelbar bevorstehe. Hiervon zeugen seine vier umfangreichen, letztlich aber nicht abgeschickten, sondern verworfenen (!) und erstmals 1924 aus dem Nachlass publizierten Briefentwürfe. Diese waren deshalb in der Debatte über die Allgemeingültigkeit der Marx'schen Theorie und deren Anwendung auf die gesellschaftliche Entwicklung nicht nur für das vorrevolutionäre Russland von Interesse, sondern auch nach der Revolution für einige Teilrepubliken der Sowjetunion, für Turkestan, Armenien, Aserbaidschan, Dagestan, Kirgisien, Baschkirien usw. Darüber hinaus erhoffte man sich theoretische Aufschlüsse für die Entwicklungsperspektiven in der Mongolei, in China, in Vietnam, Indien, Laos, Kambodscha, Nordkorea, Albanien, Ägypten, Äthiopien, Libyen, Jemen, Afghanistan, Angola, Kongo, Mosambik, Guinea, Ghana, Mali, Madagaskar, Somalia, Kuba, Nicaragua, Venezuela und anderen Staaten.

Seit den 1950er und 1960er Jahren galt der nichtkapitalistische Weg (zum Sozialismus bzw. Kommunismus) für eine Anzahl von Schwellen- und Entwicklungsländern als mögliches Szenario, um aus kolonialer Abhängigkeit, Armut und ökonomischer Unterentwicklung herauszufinden und den Anschluss an die entwickelte Welt, insbesondere an die Länder des realen Sozialismus, ohne

kapitalistisches Intermezzo zu schaffen. In den staatssozialistischen Ländern war man davon überzeugt, dass der Übergang zum Sozialismus „über bestimmte Etappen der revolutionären Umgestaltung der halbfeudalen, halbkolonialen und kolonialen sozialökonomischen Verhältnisse“ *möglich* sei und unterstützte diesen Entwicklungsweg deshalb mit allen zur Verfügung stehenden Kräften (Autorenkollektiv 1972: 88).

Inzwischen gibt es mit diesem Entwicklungsszenario mannigfache Erfahrungen. In der Hauptsache negative. Das heißt, die Länder, die diesen Weg beschritten haben, haben es in der Regel trotz solidarischer Unterstützung durch die staatssozialistischen Länder und durch internationale Organisationen wie der Weltbank und der UNO nicht vermocht, ihre wirtschaftliche und soziale Lage spürbar und nachhaltig zu verbessern. Die Errungenschaften der postkolonialen Umgestaltung erwiesen sich vielfach als instabil und reversibel. Soweit sie inzwischen nicht gänzlich zurückgenommen worden sind, wurden sie in einen kruden Kapitalismus reintegriert.⁵ Beachtliche Erfolge verzeichnen hingegen China und Vietnam, aber erst, *nachdem* sie einen marktwirtschaftlich-kapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben und diesen konsequent verfolgen (vgl. Land 2025).

Nach dem Ende des realsozialistischen Experiments in der Sowjetunion und den Staaten Mittel- und Osteuropas hat der nichtkapitalistische Entwicklungsweg als Szenario des historischen Fortschritts ein rasches Ende gefunden, sofern er nicht zuvor schon erodiert war, in ruinöse Bürgerkriege mündete oder erneut in neokoloniale Abhängigkeiten geführt hat. Es ist deshalb zu konstatieren, dass hier nicht nur die historische Frist für den Übergang zum Kommunismus falsch eingeschätzt worden ist, sondern dass offenbar der nichtkapitalistische Entwicklungsweg als solcher ein historischer Irrweg war.

Nicht unerheblich dazu beigetragen haben dürfte die der Marx'schen Theorie eigentlich widersprechende, in den Briefentwürfen an V. Sassulitsch aber durchaus partiell vorhandene Über-

⁵ Eine Ausnahme bildet hier bisher Kuba.

schätzung der Eigentumsverhältnisse und *Unterschätzung* des Produktivkraftniveaus als unabdingbarer Voraussetzung für die Erreichung einer höheren Entwicklungsstufe. So ist hier zum Beispiel von einer „Rückkehr der modernen Gesellschaft zu einer höheren Form des ‚archaischen‘ Typus des kollektiven Eigentums“ (MEW 19: 390) die Rede. Und an anderer Stelle davon, dass „das kapitalistische Eigentum durch eine *höhere Form* des archaischen Eigentumstypus, d. h. durch das kommunistische Eigentum, ersetzt wird“ (MEW 19: 398). Da das Niveau der Produktivkräfte in diesem Kontext *keine* Rolle zu spielen scheint, ließen diese Aussagen den Schluss zu, dass die archaische altrussische Dorfgemeinde „der *unmittelbare Ausgangspunkt* des ökonomischen Systems werden (kann), zu dem die moderne Gesellschaft tendiert [...]“ (MEW 19: 405). – Diese Überlegung aber erwies sich als gefährliche Illusion und war letztlich mit den Grundlagen der Marx’schen Gesellschaftstheorie unvereinbar!

Wie die vorliegenden Texte belegen, war auch Wolfgang Küttler – zumindest zeitweilig – nicht gänzlich frei von der Illusion eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges zum Kommunismus. So zum Beispiel, wenn er argumentiert, dass die von Marx in den Briefentwürfen skizzierte „Sehweise“ es erlaube zu klären, „*unter welchen historischen Bedingungen* weniger entwickelte, rückständige Völker“ in den revolutionären Prozess der Überwindung der privaten Eigentumsordnung einbezogen werden können, „ohne dass sie den gesamten qualvollen, antagonistischen Prozeß des Fortschritts nachvollziehen müssen, der notwendig war, um diese Revolution überhaupt möglich und reif zu machen“ (Küttler 1976: 234).

Die dialektische Formel, mit der das historische Überleben der russischen Dorfgemeinde – und damit die prinzipielle Möglichkeit des Anknüpfens an archaische Produktionsformen im Transformationsprozess – beschrieben und theoretisch legitimiert werden sollte, war die der *Negation der Negation*. „Sie erscheint hier“, so Küttler, „in folgender Entwicklungsreihe: primäre oder archaische – sekundäre – archaische Formation auf höherer Stufenleiter (oder in zweiter Negation)“ (Küttler 1976: 235). Bei Berücksichtigung

der Produktivkraftentwicklung, welche über die Jahrtausende hinweg mehr als einen qualitativen Sprung aufwies, erscheint die sich an die Hegel'sche Dialektik anlehrende „Figur“ jedoch politisch konstruiert und historisch verfehlt.

3.

Die Überlegungen, die Marx in den Briefentwürfen formuliert hat, müssen heute im Lichte der Erfahrungen mit dem Staatsozialismus und dem Scheitern des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges gewertet werden. Im Einzelnen geht es dabei um folgende Aspekte:

Erstens verwies Marx darauf, dass das sich in den Händen der russischen Bauern als Gemeineigentum befindliche Land niemals ihr Privateigentum gewesen sei. Da das „Gemeineigentum am Boden“ aber „die natürliche Grundlage für die kollektive Produktion und Aneignung“ ist, sei es, so Marx, prinzipiell vorstellbar, dieses Land im Verlaufe einer Volksrevolution nicht zu privatisieren, sondern es in „kollektives Eigentum“ zu überführen und anschließend „kollektiv“ zu bewirtschaften (MEW 19: 390).

Diese im ersten Briefentwurf geäußerte Idee wurde bekanntlich in der Oktoberrevolution nicht umgesetzt. Um die Bauern *politisch* als Bündnispartner zu gewinnen, wurde das Land am 8. November 1917 gemäß dem „Dekret über den Boden“ an sie verteilt. Die später, im Jahr 1929, eingeleitete Kollektivierung erhielt damit den Charakter einer zwangsweisen bäuerlichen Enteignung. Die ursprüngliche Idee der Überführung der russischen Dorfgemeinde und des archaisch-kollektiven Eigentums in die neue Gesellschaft wurde auf diese Weise praktisch *ad absurdum* geführt.

Zweitens zeigte sich, dass eine moderne Wirtschaft auf der Basis traditioneller agrarischer Produktionsmethoden, wie sie in der russischen Dorfgemeinde bestanden, nicht funktioniert. Die Industrialisierung aber, die Marx für unverzichtbar hielt, eine „mit Hilfe von Maschinen betriebene Landwirtschaft“ (MEW 19: 405) und maschinelle Bearbeitung des Bodens „in großem Maßstabe“ (MEW 19: 389), hätte die archaisch-idyllische Welt der Obščina

zerstört. Dieser Widerspruch ließ sich historisch nur durch die Liquidierung der Dorfgemeinde lösen.

Ein *dritter* Punkt betrifft die Tatsache, dass Russland „nicht isoliert von der modernen Welt“ (MEW 19: 385) existierte. Marx glaubte deshalb, dass es unter Umständen möglich sei, „durch die *Gleichzeitigkeit* mit der westlichen Welt [...] der Gemeinde alle positiven Errungenschaften, die durch das kapitalistische System geschaffen worden sind, einzuverleiben, ohne durch das Kaudinische Joch gehen zu müssen“ (MEW 19: 389). – Dies erwies sich jedoch nach 1918 als illusionär, denn durch das Ausbleiben der Revolution in Westeuropa war Russland politisch und ökonomisch mehr denn je isoliert. Dadurch verstärkte sich die überkommene Isolierung der Dorfgemeinden, ihre „fehlende Verbindung zwischen dem Leben der einen Gemeinde mit dem der anderen, dieser *lokal gebundene Mikrokosmos* [...]“ (MEW 19: 389) zusätzlich, was sich als großes Hindernis für ihre ökonomische und kulturelle Modernisierung herausstellte.

Ein *vierter* Aspekt gilt der ökonomischen Lebensfähigkeit der russischen Bauern. Marx sah diese in großer Gefahr, sofern der Staat mittels Steuern und Abgaben „über ein gewisses Maß hinaus“ in die Reproduktionsbedingungen der Dorfgemeinde eingreift. „Entkräftet durch die fiskalischen Erpressungen“ würde sie so „zu einem widerstandslosen Objekt der Ausbeutung durch Handel, Grundbesitz und Wucher“ werden (MEW 19: 393). Der hier beschriebene, bereits 1881 aber kaum mehr aufzuhaltende Prozess würde, so die Befürchtung von Marx, im Zusammenwirken mit anderen zerstörerischen Einflüssen unweigerlich zum Untergang der Dorfgemeinde führen.

„Um die russische Gemeinde zu retten“, sei deshalb, so der *fünfte* Aspekt, „eine russische Revolution nötig [...]. Wenn die Revolution zur rechten Zeit erfolgt, wenn sie alle ihre Kräfte konzentriert, um den freien Aufschwung der Dorfgemeinde zu sichern“, könnte diese sich als ein „Element der Regeneration der russischen Gesellschaft und als ein Element der Überlegenheit über die vom kapitalistischen Regime versklavten Länder entwickeln“ (MEW 19: 395). – Soweit die von Marx geteilte Erwartung.

Einerseits aber kam die „mächtige Gegenbewegung“ der Revolution viel zu spät, um den Niedergang der Dorfgemeinde noch aufzuhalten. Andererseits führte sie nicht zu einer Beendigung der Ausplünderung der Bauern, sondern eher zu deren Verschlimmerung. Das reale Schicksal der russischen Bauern nach der Oktoberrevolution kontrastierte also ganz erheblich mit der von Marx optimistisch in Aussicht gestellten Perspektive für das russische Landvolk.

Marx ahnte dies vielleicht bereits 1881 und zögerte deshalb seine Antwort hinaus. Im zweiten und dritten Briefentwurf wiederholte er seine Gedanken über die russische Dorfgemeinde aus dem ersten Entwurf, präzisierte und straffte sie aber auch zugleich. Auffällig dabei ist aber, dass er jetzt statt von „Gemeineigentum“ oder „kollektivem Eigentum“ von „kommunistischem Eigentum“ spricht – und das sowohl in Bezug auf die archaische Dorfgemeinde als auch in Bezug auf die angestrebte postkapitalistische Ordnung. So ist davon die Rede, dass im Falle einer kapitalistischen Entwicklung Russlands „das kapitalistische Eigentum an Stelle des kommunistischen Eigentums“ treten würde, während die Völker in den entwickelten Ländern Europas und Amerikas danach strebten „die kapitalistische Produktion durch die genossenschaftliche Produktion und das kapitalistische Eigentum durch eine *höhere Form* des archaischen Eigentumstyps, d. h. durch das kommunistische Eigentum, ersetzen wollen“ (MEW 19: 397-398). Hiervon ausgehend wird dann die besondere Situation Russlands ins Feld geführt: Russland sei „das einzige europäische Land, in dem sich die ‚Ackerbaugemeinde‘ im nationalen Maßstabe bis auf den heutigen Tag behauptet“ habe (MEW 19: 389). Daher habe sich in Russland mit der archaischen Form der Dorfgemeinde „eine Form des kommunistischen Eigentums“ erhalten, die es nun gelte „zu entwickeln und umzuformen, statt sie zu zerstören“ (MEW 19: 398). Modernisiert und in „eine normale Lage versetzt“, so wird argumentiert, könne sie „der *unmittelbare Ausgangspunkt* des ökonomischen Systems werden, zu dem die moderne Gesellschaft tendiert“ (MEW 19: 405).

In dieser Argumentation sind insbesondere zwei Punkte bemerkenswert: *Erstens* der Verzicht auf die sonst üblichen Präfixe

und Attribute wie „ur“ und „roh“, um die *archaischen* Formen des gemeinschaftlichen Eigentums von den *entwickelteren* Formen desselben, vom gesellschaftlichen Eigentum als Produktionsverhältnis der kommunistischen Gesellschaft, zu unterscheiden. Statt dessen ist hier gänzlich undifferenziert und den historischen Unterschied ignorierend von „kommunistischem Eigentum“ die Rede.

Zweitens die Außerachtlassung der dialektischen *Einheit* von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Danach ist es prinzipiell ausgeschlossen, bei derart niveaueverschiedenen Produktivkräften, wie sie einerseits in der russischen Dorfgemeinde bestanden und andererseits für ein kommunistisches Gemeinwesen, wie es Marx in den Randglossen zum Gothaer Programm (1875) umrissen hat (MEW 19: 21), anzunehmen sind, *qualitativ gleiche* Produktionsverhältnisse zu unterstellen. Der Marx'schen Theorie zufolge bedingt ein Holzpflug, wie er für die russische Dorfgemeinde typisch war, archaisches kollektives Eigentum urkommunistischen Typs.⁶ Im Unterschied dazu aber verlangt ein kompliziertes, kybernetisch gesteuertes automatisches Produktionssystem, wie es für eine kommunistische Gesellschaft typisch sein wird, eine adäquat entwickelte Form des gesellschaftlichen Eigentums.⁷ Zwischen beiden Formen, dem archaischen Gemeineigentum und dem hochentwickelten gesellschaftlichen Eigentum, gibt es zwar Gemeinsamkeiten, aber eben auch beachtenswerte Unterschiede, weshalb von einer „Rückkehr [...] zu einer höheren Form des ‚archaischen‘ Typus des kollektiven Eigentums und der kollektiven Produktion“ (MEW 19: 390) beim kommunistischen Aufbau eher *nicht* gesprochen werden kann.

Die hier erkennbare Vernachlässigung der Produktivkräfte bot Anlass für eine Fehldeutung der postkapitalistischen Transformation als einer zivilisatorischen Regression, für eine Unterschätzung der Dauer des Übergangs und des sozialistischen Aufbaus sowie

⁶ Es sei hier auf die Gegenüberstellung von „Handmühle“ und „Dampfmühle“ bei Marx verwiesen, wobei erstere mit dem Feudalismus und letztere mit dem Industriekapitalismus assoziiert wird (MEW 4: 130).

⁷ Vgl. Brynjolfsson/McAfee 2015: 299-309 sowie andere Texte, die sich mit Zukunftstechnologien beschäftigen.

für die populistische Fehlinterpretation des Staatssozialismus als „Kommunismus“ (vgl. Busch 2013; 2022; 2023; Tosel 2010). Die Korrektur dieses Fehlers verlangt eine Klarstellung dessen, was sozialökonomisch unter „Kommunismus“ bzw. unter einer „kommunistischen Gesellschaft“ zu verstehen ist.

4.

Der Philosoph und Philologe Umberto Eco (1932-2016) warnte eindringlich davor, „die Vergangenheit“, einschließlich der hierin implementierten Zukunftsvisionen, als „Figur der Gegenwart“ oder als „Leitbild“ für die Zukunft aufzufassen (Eco 1995: 51). Dies könne, so der Autor, leicht zu Illusionen, Täuschungen und Irrtümern führen.

Bezogen auf den *Kommunismus* bedeutet dies, dass dieser möglicherweise die Zukunft der Menschheit sein wird; seine Konturen sind aber *nicht* in der Vergangenheit zu finden. Sie dort zu suchen, führe, wie noch zu zeigen sein wird, zu illusionär-romantischen Visionen, Fiktionen und Fehlannahmen, kaum aber zu realistischen und belastbaren Aussagen.

Dies gilt für den historischen Ausgangspunkt, den *Urkommunismus*, ebenso wie für alle späteren, nostalgisch darauf bezogenen Vorstellungen eines kommunistischen Gemeinwesens, für die Ideen Platons, als der „ersten philosophischen, systematischen Verteidigung des Kommunismus“ (Kautsky 1991: 26), wie für die chiliastischen Erwartungen der urchristlichen Gemeinden, welche im 19. Jahrhundert als „praktischer Kommunismus“ (Kautsky 1991: 43) galten. Nicht viel anders die egalitären Phantasien des Mittelalters und der frühen Neuzeit, der klösterliche und mönchische Kommunismus (der Franziskaner), der ketzerische Kommunismus (der Waldenser, Begharden, Lollharden, Taboriten und Hussiten), die theologischen Reformideen von John Wycliffe, Thomas Müntzer und der Wiedertäufer. Ähnliches gilt für die Sozialutopien von Thomas Morus und dessen „Utopia“ (1516) als dem „ersten neueren Gemälde demokratisch-kommunistischer Wunschträume“ (Bloch 1990: 603), für Gerrard Winstanley,

Francis Bacon und Thomas Campanella sowie für die revolutionären Ideen von Jean-Jacques Rousseau und der Aufklärer des 18. Jahrhunderts, für die Gesellschaftsentwürfe der utopischen Sozialisten Claude-Henry de Saint-Simon, Charles Fourier, Robert Owen und Wilhelm Weitling sowie der französischen Kommunisten François-Noël Babeuf, Étienne-Gabriel Morelly, Luis-Auguste Blanqui und Étienne Cabet.

Friedrich Engels nannte sie „Stifter des Sozialismus“, merkte dazu aber an, dass ihre Entwürfe „zur Utopie verdammt“ seien und, „je weiter sie in ihren Einzelheiten ausgearbeitet wurden, desto mehr [...] in reine Phantastereien verlaufen“ würden (MEW 19: 193-194). Dies betrifft auch Aussagen, die in den Frühschriften von Marx und Engels (MEW 40: 530-567 und MEW 3: 20-23, 424-426) enthalten sind, erst recht aber die bildhaften Utopien von William Morris (1891), Edward Bellamy (1888) und August Bebel (1879).

All diese ideenreichen und phantasievollen Arbeiten stimmen darin überein, dass ihre Autoren eine positive Beschreibung *künftiger* Gesellschaftszustände liefern wollten. Was dabei letztlich herausgekommen ist, war aber nichts anderes als das mehr oder weniger getreue Abbild der Zustände *ihrer Zeit*, sei es in Gestalt einer Idealisierung derselben gemäß den normativen Vorstellungen und Wünschen des Zeitgeistes oder aber in Form ihres Gegenteils, als Entwurf einer besseren, gänzlich anderen Ordnung als der vorgefundenen. Mit der wirklichen Zukunft aber, über die man keine realistische Vorstellung hatte und auch nicht haben konnte, haben die utopischen Entwürfe vergangener Zeiten kaum etwas zu tun. Im Übrigen gleicht jeder, auch der klügste und weitsichtigste Versuch einer teleologischen Deutung des historischen Verlaufs ohnehin nur einer, wie Theodor Lessing meinte, „Sinnggebung des Sinnlosen“ (Lessing 1911). Als solche aber ist er nur *retrospektiv* möglich. Ihn *prospektiv*, also als Vorschau, zu versuchen, indem der historischen Entwicklung eine bestimmte Richtung vorgegeben wird, unterstellt entweder ein mechanisch-deterministisches Weltbild oder ist Ausdruck einer eschatologischen Sicht. Beides entspricht aber nicht dem Marx'schen Geschichtsverständnis. Gleichwohl muss konstatiert werden, dass die Umsetzung des Marx'schen

Formationskonzepts „einen teleologischen Zuschnitt“ erhielt und die von Lenin und Stalin geprägte Fixierung auf das sowjetische Gesellschaftsmodell bis 1989/90 praktisch als „Transformationsmuster“ einer postkapitalistischen Entwicklung galt (Küttler 1993: 153).

Andererseits ist es unstrittig, dass es objektive Entwicklungstendenzen der Technik, der Produktivkräfte, der Lebensweise usw. gibt, ebenso wie Regeln des Denkens, Fühlens und Handelns, denen das Leben folgt. Danach erscheint der Kommunismus als *mögliche* Perspektive der Menschheit, als Option für die Lösung anstehender globaler Probleme und damit als Zukunftsentwurf für eine postkapitalistische Gesellschaft. Dies politisch nicht zur Kenntnis zu nehmen und angesichts des grassierenden Unbehagens, der massenhaften Empörung und nicht aufhörenden Kritik alternativlos am Kapitalismus festzuhalten, lässt auf ein Unvermögen schließen, „über das Bestehende hinauszudenken und einen gesellschaftlichen Zustand jenseits des Kapitalismus zu imaginieren“ (Honneth 2015: 15). – Die Welt braucht Visionen einer neuen Gesellschaft, alternative Entwürfe und Utopien. Auch solche des Kommunismus.

5.

Vom Kommunismus als einer Idee, Vision oder Utopie sind die Versuche seiner *praktischen* Verwirklichung zu unterscheiden. Dies beginnt mit dem *Urkommunismus* als der frühesten Form menschlichen Zusammenlebens, welche übereinstimmender Auffassung nach durch den kollektiven Besitz lebensnotwendiger Güter und Ressourcen sowie durch das friedliche, harmonische und glückliche Miteinander der Menschen im Einklang mit der Natur und mit sich selbst gekennzeichnet sein soll: „Am Anfang war der Kommunismus!“ (Brie 2016: 12).

Alttestamentliche und andere Mythen über den Naturzustand der Menschheit und über das „Paradies“ als einen Ort ungetrübten Glücks bieten Anhaltspunkte für die Annahme einer urkommunistischen Vergangenheit. Indes belegen ethnologische Untersuchungen über das Leben indigener Völker (Morgan 1877; Engels 1884;

Eildermann 1921; Lévi-Strauss 1955), dass die urzeitliche Wirklichkeit überwiegend *anders* aussah, nämlich primitiv, brutal und barbarisch. Die frühen Menschen waren den Naturgewalten ausgeliefert; ihre Reproduktion hing von den Launen der Natur ab sowie von ihrer Kraft, Ausdauer, List und Geschicklichkeit beim Jagen, beim Sammeln und im Kampf. Freilich gab es auch Kooperation (Graeber/Wengrow 2022), aber Gleichheit und Solidarität existierten nur *innerhalb* einer Gemeinschaft (Horde, Familie, Gens, Clan usw.); außerhalb derselben herrschten Raub, Unterwerfung und Gewalt. Stammesfehden, Blutrache, Notzucht, Totschlag, Kindstötung, Menschenopfer usw. waren an der Tageordnung.

Auch wenn mit der Gleichheit (in der Armut) und dem kollektiven Besitz in der Urgemeinschaft Elemente des Kommunismus existiert haben, so unterschieden sich die Zustände hier doch gravierend von denen einer zukünftigen kommunistischen Gesellschaft. Es erscheint deshalb problematisch, die frühesten Formen des menschlichen Zusammenlebens als Ur- oder Frühformen des Kommunismus aufzufassen und diesen mithin als historischen Rekurs archaischer Gemeinschaften in entwickelter Gestalt. Und doch wird genau dies immer wieder versucht (vgl. Brangsch/Brie 2016). Einen Erklärungsansatz dafür bietet die in der marxistischen Historiographie verbreitete Einseitigkeit der Rezeption der Frühformen menschlicher Existenz. Indem diese sich nämlich vor allem auf die Produktions- und Besitzverhältnisse stützt und die Analyse der Produktivkräfte vernachlässigt, kommt es bei der Beurteilung formationsspezifischer Merkmale häufig zu einer Überbewertung solcher Charakteristika wie Gleichheit und Zusammenhalt bei gleichzeitiger Unterschätzung des Produktions- und Lebensniveaus. Nicht zuletzt verdankt sich diese Sicht der Tatsache, dass es in den frühen Gemeinwesen kein Privateigentum an Produktionsmitteln gab. Stattdessen dominierten hier (neben der individuellen Habe an Gegenständen des persönlichen Gebrauchs wie Schmuck, Kleidung und Waffen) naturwüchsige Formen von *Gemeinbesitz* (Leibiger 2022: 59-62). Dies aber reicht nicht hin, um ein Gemeinwesen als „kommunistisch“ zu begründen.

Es verstößt methodologisch gegen den Grundsatz der Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, führt zudem

aber auch zu einer Fehlinterpretation der primitivsten Formen des menschlichen Zusammenlebens als „Paradies“, „goldenes Zeitalter“ oder „Urkommunismus“. Da spätestens seit dem 18. Jahrhundert das Privateigentum als die eigentliche Ursache allen Übels galt, lag es auf der Hand, die „Eigentumsfrage“ als soziale „Grundfrage“ anzusehen und folglich die „Aufhebung des Privateigentums“ (MEW 4: 475) als Konsequenz der Theorie des Kommunismus. Nicht selten wurde dies zudem im Sinne einer „Negation der Negation“ mit einem Rekurs auf den Urkommunismus verbunden. Ein solches Vorgehen hatte aber schon Friedrich Engels 1883 kritisiert, indem er bemerkte, dass das „altursprüngliche Gemeineigentum“ *nicht identisch* sei mit der „weit höhern, entwickeltern Form von Gemeinbesitz“, wie sie für eine künftige kommunistische Ordnung gelten würde (MEW 20: 129).

So wie der „edle Wilde“ eine romantische Konstruktion des 18. Jahrhunderts war (Rousseau 1989: 183-332), kann der Urkommunismus als eine Erfindung des 19. Jahrhunderts angesehen werden: Beide Konstrukte dienten der Vergangenheitsverklärung als Vehikel für eine Gegenwarts kritik. Als Projektionen der Zukunft aber sind sie denkbar ungeeignet.

Dies gilt gleichermaßen für die historischen Versuche, kommunistische Gemeinwesen zu begründen, ohne dass dafür die notwendigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen gegeben waren. Im Grunde genommen gilt es *für alle* diesbezüglich bisher unternommenen Versuche, einschließlich des realsozialistischen Experiments zwischen 1917 und 1991. Dies zwingt dazu, die oftmals wenig präzise Verwendung des Begriffs „Kommunismus“ kritisch zu überdenken: Dieser steht für eine *Idee*, eine *Vision* oder *Utopie*, für einen *Theorieansatz*. Ebenso aber auch für eine soziale *Bewegung*, *Organisation* und *Partei* sowie für deren *Protagonisten* (Tosel 2010: 1298-1332). Darüber hinaus steht er für bestimmte *Institutionen*, *Gemeinwesen*, *Regime* und *Staaten*. Folglich gibt es kommunistische Parteien, Ideale, Ideen, Ideologien und Utopien, kommunistische Zeitungen, Programme, Regierungen, Führer und Regime, kommunistisch geführte Staaten, Koalitionen u. a. m. Was es bisher aber *nicht* gibt, ist eine *kommunistische Produk-*

tionsweise, eine *kommunistische Gesellschaft* oder eben *den* Kommunismus als sozioökonomische Ordnung oder Formation, als wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen „Zustand“, als „gesellschaftliche Totalität“, als Pendant zum Feudalismus und Kapitalismus.

Dies schließt freilich nicht aus, dass bestimmte „Gebilde“ im Verlaufe der Geschichte unter der Bezeichnung „kommunistisch“ firmierten oder von Historikern ein solches Etikett angeheftet bekamen. Beispiele dafür finden sich bei Courtois et al. (1998). Indem hier der Kommunismus „philosophisch“ auf Platon und Thomas Morus zurückgeführt wird, „real“ aber auf Marx, Lenin, Stalin, Mao, Ho Chi Minh, Castro, Hoxha und Pol Pot, wird die Ebene wissenschaftlicher Analyse verlassen. Eine derart undifferenzierte Subsumierung diverser Konzepte, Ansätze, Staatsformen und Regime unter ein und denselben Begriff hält einer wissenschaftlichen Prüfung nicht stand: Entweder die genannten Regime weisen lediglich ein *einziges* kommunistisches Merkmal auf, etwa *Gleichheit* oder *Gemeinschaftlichkeit*, oder aber es handelt sich hierbei um Staaten, die während der Blockkonfrontation von 1945 bis 1990 ideologisch, militärisch und politisch mit der Sowjetunion verbündet waren und einem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg folgten, weshalb sie *en bloc* als „kommunistisch“ klassifiziert wurden. Tatsächlich handelte es sich hier um *Übergangsgesellschaften*, die ihrem sozioökonomischen Status nach *vorkapitalistisch* und ihrer politischen Orientierung nach *antikapitalistisch* waren, mehr aber nicht.

Die Fehlklassifizierung, die überall in der Literatur zu finden ist, beginnt bereits bei der legendären urchristlichen Sekte der *Essäer*, deren Mitglieder vor rund 2000 Jahren in abgelegenen Dörfern lebten, gemeinschaftlich ihre Felder bestellten und einfachen Handwerken nachgingen. Da sie ohne Privateigentum und ohne Geld auskamen, wurde unterstellt, sie lebten im „vollen Kommunismus“ (Meyer o.J.: 267-268). Tatsächlich aber fristeten sie das elende Dasein einer religiösen Notgemeinschaft auf der Stufe einer präzivilisatorischen Subsistenzwirtschaft.

Nicht viel anders verhielt sich dies mit dem „kommunistischen Regiment“ Thomas Müntzers 1524/25 in Mühlhausen und dem

„Reich Zion“ der Täufer 1534/35 in Münster. Müntzers Kommune beruhte auf einer für alle gleichen Teilhabe an dem Wenigen, worüber man verfügte. Sie war Ausdruck einer „überschwänglichen kommunistischen Schwärmerei“ (Kautsky 1991: 280), aber *keine* kommunistische Sozietät. Demgegenüber trat in Münster, wo die radikalreformatorisch-christliche Bewegung der Wiedertäufer ein auf Gütergemeinschaft und Polygamie beruhendes „Täuferreich“ errichtet hatte, Karl Kautsky zufolge „der Kommunismus“ erstmals „als selbständige, herrschende, revolutionäre Macht“ auf (Kautsky 1991: 394). Dies mag politisch zutreffen, sozioökonomisch aber fehlten dem „Täuferreich“ bis auf die „Gütergemeinschaft“ und das strikte Verbot, privat Gold und Silber zu besitzen, sämtliche Voraussetzungen für eine „kommunistische Gesellschaft“.

Die Mühlhäuser „Kommune“ wie das Münsteraner „Täuferreich“ stellten frühe Versuche dar, anknüpfend an urchristliche Traditionen eine gegenüber dem System der feudalen und frühkapitalistischen Ausbeutung radikal-alternative, partiell kommunistische Wirtschafts- und Lebensweise zu installieren. Dies misslang zwangsläufig, denn Kommunismus bedeutet wesentlich *mehr* als Gütergemeinschaft und Vielweiberei!

Demgegenüber bot sich für die „Pariser Kommune“ von 1871 eine bereits viel günstigere Situation, denn inzwischen existierte mit der „großen Industrie“ eine gegenüber früheren Jahrhunderten wesentlich entwickeltere ökonomische Basis. In den Krisen von 1847, 1857 und 1866 waren die Widersprüche und Grenzen des Kapitalismus für alle sichtbar geworden: Das System schien „reif“ für eine Ablösung, für eine proletarische Revolution. Mithin erblickte Marx in der „Kommune“ eine Chance, „der beständigen Anarchie und den periodisch wiederkehrenden Konvulsionen“, welche das unvermeidliche Schicksal der kapitalistischen Produktion sind, „ein Ende [zu] machen“. Er warf die Frage auf: „Was wäre das andres [...] als der Kommunismus?“ (MEW 17: 343). – Er war es aber noch nicht! Für den Historiker Eric Hobsbawm war der „Kommuneraufstand“ bestenfalls „eine *sozialistische* Revolution“, wobei der angestrebte Sozialismus „noch auf die Träume

von Selbstverwaltungskooperativen oder Produktivgenossenschaften aus der Zeit vor 1848 hinauslief“ (Hobsbawm 2017: 209).

Als letztes Beispiel sei der „Kriegskommunismus“ von 1918 bis 1921 in Sowjetrussland angeführt. Obwohl im Bürgerkrieg als zeitlich begrenzte Notmaßnahme eingeführt, war er konzeptionell von strategischer Bedeutung, denn ein Großteil der Revolutionäre verfolgte das Ziel, unmittelbar nach der politischen Machtübernahme zum Kommunismus überzugehen. Der Kriegskommunismus war folglich „nicht nur eine Entscheidung aus Not, sondern wurde durchaus als eine Verwirklichung kommunistischer Ideale angesehen“ (Brangsch 2016: 99).

Demgegenüber erschien die Neue Ökonomische Politik (NÖP), die Wiedereinführung von Warenproduktion und Geld, überhaupt alles, was diesem Ziel zunächst entgegenstand, den Revolutionären als „Verrat“ oder als ein äußerlich erzwungener „Rückzug“ (Lenin 1963: 77), keineswegs aber als notwendiger Schritt beim Aufbau des Sozialismus. Noch bis zum Ende des historischen Großexperiments 1991 waren maßgebende Stimmen in der UdSSR davon überzeugt, dem kommunistischen Ziel nie näher gewesen zu sein als während des Kriegskommunismus. Das Gegenteil davon aber trifft zu (Busch 2020: 319-332).

6.

Eine originelle, an Marx und Engels, mehr aber noch an Wilhelm Weitling, Karl Rodbertus und Lorenz Stein anknüpfende Kommunismus-Auffassung findet sich bei *Peter Ruben* (1933-2024). Seiner Meinung nach ist der Kommunismus *kein* Zukunftsprojekt, sondern ein „recht alter Geselle“, der „überall dort zu identifizieren (sei), wo menschliche Gemeinschaften das Gemeineigentum unter Ausschluss des persönlichen Produktivvermögens zur Bedingung und Voraussetzung ihrer ökonomischen Reproduktion machen“ (Ruben 2023: 112). Danach verkörperte bereits Sparta, wie von Platon (1987) beschrieben, das „Original“ einer kommunistischen Staatsorganisation. Es folgten religiöse Gemeinschaften, Mönchsorden, die Waldenser, Tabor, das Täuferreich u. a. m. Mit

François Noël Babeuf begann 1795 der *moderne Kommunismus* (Höppner/Seidel-Höppner 1975/II: 49-83), welcher schließlich 1871 in der Pariser Kommune (MEW 17: 313-365) und 1917 im bolschewistischen Kommunismus (Bucharin/Preobraschenskij 1985) realisiert worden sei.

Marx und Engels knüpften zunächst an die Ideen von Babeuf, Proudhon und Blanqui an, wollten unter „Kommunismus“ aber nicht einen „Zustand“ verstanden wissen, kein „Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]“, sondern „die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt“ (MEW 3: 35). Auch lehnte Marx es wiederholt ab, detaillierte Angaben über die angestrebte Gesellschaft zu machen, also „Rezepte [...] für die Garküche der Zukunft zu verschreiben“ (MEW 23: 25). In einigen seiner Texte finden sich dennoch konkrete Aussagen über die „kommunistische Gesellschaft“ (MEW 4: 476), ihre Funktionsweise und Struktur (MEW 23: 92-93, 618; 24: 316, 358) sowie über deren Bestimmungskriterien (MEW 19: 15-32). Hervorzuheben ist der Hinweis auf „eine Reihe materieller Existenzbedingungen“, die als „Produkt einer langen und qualvollen Entwicklungsgeschichte“ der Menschheit die „materielle Grundlage“ der neuen Gesellschaft bilden und daher für deren Verwirklichung *unabdingbar* seien (MEW 23: 94). Sie zu schaffen sei, so Marx, „die historische Aufgabe und Berechtigung des Kapitals“ (MEW 25: 269), woraus folgt, dass der Kapitalismus, formationstheoretisch betrachtet, eine *notwendige* Stufe der Menschheitsentwicklung ist, die weder ausgelassen noch umgangen werden kann.

Hiervon ausgehend erscheint es geboten, zwischen Sozialismus und Kommunismus nicht nur begrifflich zu differenzieren,⁸ sondern beide Formen sozialökonomischer Entwicklung auch *historisch* voneinander abzugrenzen, das heißt, sie als zwei Phasen einer postkapitalistischen Formation oder als zwei relativ selbständige Gesellschaftsordnungen zu definieren. Letztere Auffassung galt in der DDR während der Reformperiode als offizielle Lehrmeinung;⁹

⁸ Eine solche Differenzierung findet sich zuerst bei Lorenz Stein (1842). Vgl. Ruben 2023: 115-116.

⁹ Die Auffassung, wonach der Sozialismus „eine relativ selbständige sozialökonomische Formation“ sei, findet sich bei Walter Ulbricht (vgl. Ulbricht 1967: 38). Der Ökonom

erstere wird üblicherweise mit dem Verweis auf Marx' als persönliche Notizen unveröffentlicht hinterlassene „Randglossen zum Gothaer Programm“ (1875) gerechtfertigt.¹⁰ Dazu ist anzumerken, dass in diesen „Notizen“ der Sozialismus zwar als „erste Phase der kommunistischen Gesellschaft“ behandelt wird (MEW 19: 21), der Text aber auch eine Interpretation zulässt, die an das *Nichtkommunistische* im Sozialismus anknüpft, an die Tatsache also, dass dieser „eine kommunistische Gesellschaft“ sei, „nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt“ (MEW 19: 20). Damit rückte Marx die sozialistische Gesellschaft in die Nähe der Übergangsperiode, welche *zwischen* kapitalistischer und kommunistischer Ordnung liege und mithin *kein* Kommunismus sei (MEW 19: 28). Dem entspricht auch Lenins Auffassung vom Sozialismus als einer Gesellschaft, „die unmittelbar aus dem Kapitalismus hervorst wächst [...], während der Kommunismus eine höhere Form der Gesellschaft ist, die sich erst dann entwickeln kann, wenn sich der Sozialismus vollständig gefestigt hat“ (Lenin 1969: 274).

Hiervon ausgehend erscheint es nicht abwegig, den Sozialismus als *Übergangsgesellschaft* zu begreifen.¹¹ Zumal die Übergänge fließend sind und eine strikte Abgrenzung ohnehin kaum möglich. Dies ist zunächst nur eine *theoretische* Überlegung. Sie gewinnt aber sofort an Relevanz, wenn man sie auf den real existierenden *Staatssozialismus* bezieht, wo die Übergänge viel länger dauerten, als ursprünglich angenommen und das Ganze historisch in einer Sackgasse endete. Die Konsequenz wäre, den Umbruch von 1989/1991 als das „Ende eines Experiments“ (Reißig/Gläßner 1991) und als einen radikalen Richtungswechsel in einem steckengebliebenen

Otto Reinhold betonte ausdrücklich, dass diese Lesart „im Marxschen Sinne“ zu verstehen sei (Reinhold 1967: 819).

¹⁰ Die „Randglossen“ wurden erstmals 1891 mit einem Vorwort von Engels publiziert (MEW 19: 523-524).

¹¹ Es sei auf das Theaterstück „Die Übergangsgesellschaft“ von Volker Braun aus dem Jahre 1982 verwiesen.

Übergangsprozess zu begreifen, nicht aber als „das Ende einer realisierten Art des Kommunismus“, wie Ruben (1998: 13) meint.

Die Betonung des Übergangscharakters des Sozialismus impliziert, dass nur die höhere Phase der „neuen Gesellschaft“ als (eigentlicher) Kommunismus anzusehen ist. Diese Lesart stimmt nicht nur mit Marx und Lenin überein; sie entsprach auch der Wahrnehmung der Menschen im Staatssozialismus, indem diese ihre Gesellschaft als „Sozialismus“ begriffen, während die Ausmalung einer kommunistischen Zukunft der Science-Fiction-Literatur vorbehalten blieb (vgl. Schlemm 2005). Mit der Betonung der sozioökonomischen Eigenheit des Sozialismus wurde diesem praktisch eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Nähe zum Kapitalismus zugestanden, während der Kommunismus – theoretisch wie realpolitisch – in die ferne Zukunft projiziert wurde. Den Staatssozialismus in der UdSSR, der DDR, in Polen, Ungarn, Bulgarien usw. als eine kommunistische Gesellschaft aufzufassen, erscheint ebenso absurd wie die Behauptung, in der Bundesrepublik Deutschland hätte sich gegenwärtig mit dem „Woke-Mind-Virus“ eine „neue Form des Kommunismus“ etabliert (Musk 2023) und Adolf Hitler sei ein „Kommunist“ gewesen (Weidel/Musk 2025).

Das gegenwärtige Kommunismus-Verständnis weist aber auch darüber hinaus eine Reihe von Unzulänglichkeiten auf. Dazu zählt die Fokussierung auf das *Politische*, das *Soziale* und das *Kulturelle*, während die *Produktionsweise*, also der Kernbereich einer ökonomischen Gesellschaftsformation, vernachlässigt wird. Aber selbst, wenn die Wirtschaft im Zentrum steht, wird deren Analyse oft einseitig auf die Produktionsverhältnisse bezogen, während der Entwicklungsstand der Produktivkräfte unterbelichtet bleibt. Vermutlich hat die provokante These im „Manifest“, wonach die Kommunisten ihre Theorie „in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums“ (MEW 4: 475) zusammenfassen können, manchen Autor dazu verleitet, in der Liquidierung des Privateigentums das Hauptziel des kommunistischen Umbaus zu sehen. Andere wiederum erklären die Etablierung „neuer Werte“ bzw. einer alternativen Konsumtions- und Lebensweise, einer neuen Ästhetik und

„kommunistischen Kultur“ zum Hauptanliegen der Gesellschaftstransformation (Kühne 1985). Hier wird übersehen, dass die maßgebende Voraussetzung für die neue Gesellschaft in der Schaffung entsprechender *materieller* Grundlagen besteht, in der Hervorbringung einer neuen Produktionsweise, in der Revolutionierung der Art und Weise der Sicherung der materiellen Existenz und Entwicklung der Menschen.

Nicht zugestimmt werden kann in dieser Frage auch Ruben, der die Ansicht vertrat, der „Staatssozialismus“ sei *kein* Sozialismus, sondern eine bloße Fortschreibung der bisherigen Kommunismus-Versuche gewesen. Er lasse sich daher mit dem Marx’schen Begriff des „rohen Kommunismus“, den er mit „der fortwährenden Niederhaltung der Person als eines Wirtschaftssubjekts“ identifiziert, erfassen (Ruben 1990: 116-117). Nun war für Marx der „rohe Kommunismus“ seiner sozialökonomischen Bestimmung nach aber gerade *kein* Kommunismus, sondern, „indem er die *Persönlichkeit* des Menschen überall negiert [...], nur der konsequente Ausdruck des Privateigentums, welches diese Negation ist“ (MEW 40: 534)!

7.

Eric Hobsbawm titelte vor einiger Zeit: „Der Sozialismus ist gescheitert, der Kapitalismus ist bankrott. Was kommt als Nächstes?“ Die Antwort, die hierauf von Slavoj Žižek gegeben wurde, lautet: „Der Kommunismus“ (Žižek 2011:307). – Dies klingt provokativ und vielleicht auch etwas vorschnell, denn „gegenwärtig sind überlegene Alternativen *zum* Kapitalismus nicht erkennbar“ (Kocka 2013: 128). Auch sind derzeit andere Lösungen wahrscheinlicher, etwa ein demokratischer Sozialismus, eine Übergangsgesellschaft mit hybriden Wirtschafts- und Lebensformen oder eine autoritär „gelenkte Marktwirtschaft“ wie in China (Land 2025). Auch ist die Frage, ob der Kapitalismus als Gesellschaftsmodell tatsächlich an sein Limit gekommen ist, noch längst nicht entschieden: Es wäre durchaus ein autoritärer und/oder ökologischer Kapitalismus denkbar (Nida-Rümelin 2026: 75-85). Selbst

Rückschläge und ein faschistisches Regime sind keineswegs ausgeschlossen. Ebenso wenig wie Kriege, kosmische Katastrophen oder die Selbstvernichtung der Menschheit. Setzt sich indes die aufgezeigte Entwicklung fort, so tendiert die menschliche Zivilisation langfristig vielleicht aber doch in Richtung Kommunismus. Dies wäre aber nur *global* möglich, getragen vom demokratischen Willen und Handeln der *gesamten* Menschheit, nicht aber in einem Land oder einer Region, während der „Rest“ der Welt einem anderen Entwicklungsweg folgt. Ferner wäre eine solche Perspektive nur auf der Basis einer hochentwickelten und effizienten Produktion denkbar, welche die Verwirklichung des Prinzips „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ (MEW 19: 21) *für alle* erfordert und erlaubt.

War der Kommunismus nach dem Ende des Staatssozialismus in den 1990er und 2000er Jahren kaum mehr ein Thema, so ist er heute als Vision, Utopie und Zukunftskonzept wieder im Gespräch. Dies aber weder im Sinne eines Rekurses auf den „Urkommunismus“ noch in Erinnerung an das „Gespenst“ der 1840er Jahre, das Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ einst beschworen hatten, noch in Erwartung einer proletarischen Revolution wie 1871 in Frankreich oder 1917 in Russland. Und schon gar nicht im Sinne einer Neuauflage des historisch gescheiterten Staatssozialismus. Es ginge hier vielmehr um etwas gänzlich Neues, um die Transformation der Menschheit in eine humane Gesellschaft auf der Grundlage einer hochentwickelten Wirtschaft, Zivilisation und Kultur.

8.

Wolfgang Küttler hat in seinen Schriften versucht, in Marx' Briefentwürfen an Vera Sassulitsch Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der marxistischen Geschichtsauffassung zu finden. Zugleich dienten ihm diese Bemühungen zur wissenschaftlichen Legitimation staatssozialistischer Politik. Die dabei von ihm praktizierte „neue Sehweise“ sollte klären,

unter welchen historischen Bedingungen weniger entwickelte, rückständige Völker in den revolutionären Prozeß, der das Privateigentum nicht mehr schafft und weiterentwickelt, sondern seine höchste (bürgerliche) Stufe überwindet, einbezogen werden können, ohne dass sie den gesamten qualvollen, antagonistischen Prozeß des Fortschritts nachvollziehen müssen, der notwendig war, um diese Revolution überhaupt möglich und reif zu machen (Küttler 1976: 234).

Eine Schlüsselfrage bildete dabei die sozialhistorische Bestimmung des archaischen Gemeineigentums der russischen Obščina als (prä)kommunistisches Produktionsverhältnis. Das politische Ziel dieser Überlegungen bestand darin, den seit den 1960er Jahren von einigen Ländern beschrittenen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zum Kommunismus mit der Marx'schen Theorie in Einklang zu bringen und ihn dadurch *theoretisch* zu legitimieren (vgl. Dlubek/Merkel 1981: 417-427). Die Argumentation konnte jedoch nicht überzeugen. Auch deshalb nicht, weil Marx die Briefentwürfe nicht abgeschickt, sondern verworfen hat und seine Auffassung in den veröffentlichten Texten an strenge Bedingungen knüpfte, die im historischen Prozess nicht eingelöst worden sind. Marx blieb seiner Theorie, wonach die durch das Kapital bewirkte Entwicklung der Produktivkräfte für den Übergang zum Kommunismus unabdingbar sei, treu. Mit dem Scheitern des Staatssozialismus und der Aufgabe des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges Ende der 1980er Jahre wurde die Richtigkeit dieser Position bestätigt. Wolfgang Küttler stellte hierzu später fest:

Mit dem Wegfall der Systemperspektive auf den Sozialismus vom EPOCHENTYP 1917 verändert sich die Projektion einer universalen kommunistischen Formationsentwicklung auch in Bezug auf den transitorischen Charakter des Kapitalismus. Der Ansatz, den Marx im Spätwerk im Vergleich der Urgesellschaften und der klassengesellschaftlichen Formationen entwickelte, legt unter diesem Gesichtspunkt nahe, den von ihm aufgezeigten Dualismus Territorialgemeinde - Kapitalismus nicht mehr linear und diachron in ein Abfolgeschema Kapitalismus (Imperialismus) - (Sozialismus) Kommunismus aufzulösen. Vielmehr sollte der Marxsche Gedanke der beiderseitigen parallelen Übergangstendenz auf die Alternative Kapitalismus - Sozialismus im 20. Jahrhundert angewandt werden. Sie markiert Symptome eines beginnenden Übergangsprozesses, dessen gesamte Dimension wir als neue formative Entwicklungsreihe betrachten können, die mit der ‚primären‘ urgesellschaftlichen und ‚sekundären‘ klassengesellschaftlichen Reihe vergleichbar ist. (Küttler 2000: 100-101)

Bestätigt wurde damit die Auffassung vom Kapitalismus als einer „Großformation“, was „neben der räumlichen und zeitlichen Dimension kapitalistischer Entwicklung“ auch die „langfristige Tendenz zu einer ‚anderen‘ Gesellschaft“ einschließt (Küttler 2016: 48). Dies bedeutet *zum einen*, dass sich auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise eine Vielzahl verschiedenartiger Formen sozialer Entwicklung entfalten könne. *Zum anderen* aber auch, dass sich im Rahmen der kapitalistischen Formation durchaus Elemente einer postkapitalistischen Entwicklung herausbilden können. Damit ist das Schema einer starren Sequenz ökonomischer Gesellschaftsformationen *endgültig* als obsolet anzusehen.

Wolfgang Küttler hat dies zuletzt geahnt und deshalb beabsichtigt, sich die Briefentwürfe von Marx an Vera Sassulitsch erneut vorzunehmen. – Er ist nicht mehr dazu gekommen.

Bibliographie

- Autorenkollektiv (Leitung: N. A. Zagolow) (1972): *Lehrbuch Politische Ökonomie Sozialismus* [1970]. Berlin: Die Wirtschaft.
- Bellamy, Edward (1980): *Ein Rückblick aus dem Jahr 2000* [1888]. Leipzig: Reclam.
- Bloch, Ernst (1990): *Das Prinzip Hoffnung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brangsch, Lutz (2016): „Sowjetrussland: der große kommunistische Aufbruch“. *Das Kommunistische. Oder: Ein Gespenst kommt nicht zur Ruhe*, hrsg. von Lutz Brangsch, Michael Brie. Hamburg: VSA-Verlag, 93-111.
- Braun, Volker (1989): *Stücke 2*. Berlin: Henschel Verlag, 119-146.
- Brie, Michael (2016): „Urkommunismus und menschliche Natur“. *Das Kommunistische. Oder: Ein Gespenst kommt nicht zu Ruhe*, hrsg. von Lutz Brangsch, Michael Brie. Hamburg: VSA-Verlag, 12-30.
- Brynjolfsson, Erik/McAfee, Andrew (2015): *The Second Machine Age*. Kulmbach: Plassen.
- Bucharin, Nikolaj I./Preobraschenskij, Jewgenij A. (1985): *Das ABC des Kommunismus* [1920]. Zürich: Manesse.

- Busch, Ulrich (2013): „Zur Differenz zwischen marxsscher Theorie und Wirtschaftspolitik in der DDR“. *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 2013/II, 5-31.
- Busch, Ulrich (2020): *Geldkritik. Theorien - Motive – Irrtümer*. Berlin: trafo.
- Busch, Ulrich (2022): „Kommunismus – Zukunftsentwurf oder vergangene Realität?“ *Berliner Debatte Initial* 33/4, 77-89.
- Busch, Ulrich (2023): „Kommunismus – Zukunftskonzept, alternative Utopie oder überwundene Realität?“ *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (BzG) 65/1, 139-158.
- Courtois, Stéphane et al. (1998): *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*. München und Zürich: Piper.
- Dlubek, Rolf/Merkel, Renate (1981): *Marx und Engels über die sozialistische und kommunistische Gesellschaft*. Berlin: Dietz.
- Eco, Umberto (1995): *Die Insel des vorigen Tages*. München und Wien: Hanser.
- Eildermann, Heinrich (1950): *Die Urgesellschaft. ihre Verwandtschaftsorganisationen und ihre Religion* [1921]. Berlin: Dietz.
- Graeber, David/Wengrow, David (2022): *Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Hobsbawm, Eric (2017): *Die Blütezeit des Kapitals 1848-1875. Das lange 19. Jahrhundert*, Bd. 2 [1975]. Darmstadt: Theiss-Verlag.
- Höppner, Joachim/Seidel-Höppner, Waltraud (1975): *Von Babeuf bis Blanqui. Band II: Texte*. Leipzig: Reclam.
- Honneth, Axel (2015): *Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung*. Berlin: Suhrkamp.
- Kautsky, Karl (1991): *Vorläufer des neueren Sozialismus* [1923]. Berlin: Dietz.
- Kocka, Jürgen (2013): *Geschichte des Kapitalismus*. München: C.H. Beck.
- Kühne, Lothar (1985): *Haus und Landschaft*. Dresden: Verlag der Kunst.
- Kumkar, Nils C. (2024): „Kritik und Selbstkritik. Zum blinden Fleck der Zeitdiagnose“. *Mittelweg* 36, 33, Heft 4-5, 87-106.
- Küttler, Wolfgang (1976): „Inhaltsbestimmung und Periodisierung von Gesellschaftsformationen in Marx‘ Briefentwürfen an Vera

- Zasulič (1881)“. *Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag*, Bd. I, hrsg. v. Horst Bartel et al. , Berlin: Akademie-Verlag, 217-246.
- Küttler, Wolfgang (1993): „Lenins Geschichtsdenken und die Marxsche Theorie der Gesellschaftsformation. Kontinuität und Widersprüche“. *kreativ* 33/34, 146-155.
- Küttler, Wolfgang (1996): „Formationstheorie zwischen Dogma und Wissenschaft“. *Utopie kreativ* 73/74, 65-81.
- Küttler, Wolfgang (2000): „Der Formationsgedanke im Spätwerk von Kark Marx und die Perspektiven gesellschaftlichen Wandels“. *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften* 37. Berlin: trafo, 87-103.
- Küttler, Wolfgang (2011): „Perspektiven und Grenzen des Kapitalismus als Gesellschaftsformation. Historisch-kritische Bemerkungen zur Kapitalismuskritik von Marx“. *Kapitalismus und Krisen heute – Herausforderung für Transformationen*, hrsg. v. Günter Krause. *Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften* 28, Berlin: trafo, 11-26.
- Küttler, Wolfgang (2016): „Karl Marx und das Transformationsproblem: Das modifizierte Transformationskonzept im Spätwerk“. *Reform – Revolution – Transformation. Zur Theoriegeschichte des sozialen Wandels*, hrsg. v. Ulrich Busch. *Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften* 45. Berlin: trafo, 21-50.
- Land, Rainer (2025): *Chinas gelenkte Marktwirtschaft. Hintergründe eines Booms*. Wien: Promedia.
- Leibiger, Jürgen (2022): *Eigentum im 21. Jahrhundert. Metamorphosen, Transformationen, Revolutionen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Lenin, W. I. (1960): *Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland [1899]*, *Werke*, Bd. 3. Berlin: Dietz, 7-692.
- Lenin, W. I. (1963): „Über die Neue ökonomische Politik [1921]“. *Werke*, Bd. 33. Berlin: Dietz.
- Lenin, W. I. (1964): „II. Kongress der Kommunistischen Internationale [1921]“. *Werke*, Bd. 31. Berlin: Dietz, 201-261.
- Lenin, W. I. (1969): „Referat über die Subbotniks auf der Moskauer Stadtkonferenz der KPR (B) 20. Dezember 1919 [1927]“. *Werke*, Bd. 30. Berlin: Dietz: 273-278.

- Lessing, Theodor (1983): *Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen* [1919]. München: Matthes & Seitz.
- Lévi-Strauss, Claude (1988): *Traurige Tropen* [1955]. Leipzig: Reclam.
- MEGA (1975-2025): Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Gesamtausgabe*, Abt. I-IV. Berlin: Dietz.
- MEW (1956-1992): Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Werke*, Bd. 1-42. Berlin: Dietz.
- Meyer, Eduard (o.J.): *Urgeschichte des Christentums. Ursprünge und Anfänge*, Bd. I. Essen: Phaidon.
- Morgan, Lewin H. (1891): *Die Urgesellschaft. Untersuchungen über den Fortschritt der Menschheit aus der Wildheit durch die Barbarei zur Zivilisation* [1877]. Stuttgart: Dietz.
- Morris, William (1991): *Kunde von Nirgendwo oder Ein Zeitalter der Ruhe* [1891]. Berlin: Aufbau.
- Musk, Elon (2023) in: „The Lex Friedman Podcast“, Nr. 400, 1:55:26, 29.11.2023.
- Nida-Rümelin, Julian (2026): *Der Epochenbruch. Auf dem Weg in eine neue Weltordnung*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Platon (1987): „Der Staat“. *Werke*. Bd. III, in der Übersetzung von F. D. E. Schleiermacher. Berlin: Akademie-Verlag.
- Plessner, Helmut (2019): *Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Realismus* [1924]. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reinhold, Otto (1967): „Die weltverändernde Bedeutung des Marxschen Werkes *Das Kapital*“ *Einheit* 22/7, 807-820.
- Reißig, Rolf; Glaebner, Gert-Joachim (Hrsg.) (1991): *Das Ende eines Experiments*. Berlin: Dietz.
- Rindlisbacher, Stephan (Hrsg.) (2026): *Wera Sassulitsch oder: Die Poesie der Revolution*. Berlin: Dietz.
- Rousseau, Jean-Jacques (1989): „Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen“ [1755]. *Kulturkritische und politische Schriften*, Bd. 1. Berlin: Rütten & Loening, 183-330.
- Ruben, Peter (1990): „Was ist Sozialismus? Zum Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum an Produktionsmitteln“. *Initial* 1/2, 115-126.

- Ruben, Peter (1998): „Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage“. *Berliner Debatte Initial* 9/1, 5-18.
- Ruben, Peter (2023): *Gesammelte philosophische Schriften*, hrsg. von Camilla Warnke und Ulrich Hedke, Bd. 4. Berlin: Verlag am Park.
- Sassulitsch, Vera (2015): „Brief an Marx vom 16. Februar 1881“: http://marxherbstschule.net/10/wp-content/uploads/2015/09/Reader-Herbstschule-VIII-2015-Geschichte-und-Notwendigkeit_screen3.pdf (Abruf: 9.2.2026).
- Schlemm, Annette (2005): „Vom Mars zur Erde. Ein Plädoyer für die Aktualisierung des Utopischen“. *Berliner Debatte Initial* 16/1, 20-28.
- Stalin, Josef W. (1951): „Über den dialektischen und historischen Materialismus“ [1938]. *Fragen des Leninismus*. Berlin: Dietz, 647-679.
- Stein, Lorenz (1842): *Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte*. Leipzig: Otto Wigand.
- Tönnies, Ferdinand (1920): *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie* [1887]. Berlin: Curtius.
- Tosel, André (2010): „Kommunismus“. *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 7 II, hrsg. v. Wolfgang F. Haug. Hamburg: Argument, 1298-1332.
- Ulbricht, Walter (1967): *Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland*. Berlin: Dietz.
- Weidel, Alice und Elon Musk (2025): XSpace-Conversation, c.com, 16:20, 9.1.2025.
- Žižek, Slavoj (2011): *Die bösen Geister des himmlischen Bereichs. Der linke Kampf um das 21. Jahrhundert*. Frankfurt a. M.: S. Fischer.

Wolfgang Küttler – Als dankbare Erinnerung an langjährige Zusammenarbeit und Aufnahme einer nicht mehr behandelten gemeinsamen Frage

Michael Thomas
(*Berlin, MLS*)

Abstract

This contribution is a personal account of my long-standing collaboration with Wolfgang Küttler. His death brought an abrupt end to our collaboration and left a stimulating discussion unfinished. This text attempts to convey some of the ideas that emerged from our deliberations within the Leibniz Sozietät's working group on social analysis. The exchange of ideas is illustrated using a specific example from the history of philosophy.

Zusammenfassung

Der Beitrag ist eine persönliche Erinnerung an eine langjährige Zusammenarbeit mit Wolfgang Küttler. Mit dessen Tod hatte nicht nur diese Zusammenarbeit ein abruptes Ende, sondern mehr noch blieb eine angeregte Diskussion in dieser Anregung stecken. Mit dem Text soll nunmehr der Versuch unternommen werden, sowohl einige Erfahrungen aus dem gemeinsamen Wirken im Arbeitskreis „Gesellschaftsanalyse“ der Sozietät zu vermitteln als auch die Anregung mit einem kleinen Diskussionsbeispiel wenigstens aufzunehmen.

Keywords / Schlüsselwörter

Personal recollection of my collaboration with Wolfgang Küttler, joint experiences in the working group on social analysis, specific example from the field of the history of philosophy

Erinnerungen an eine Zusammenarbeit mit Wolfgang Küttler, Erfahrungen aus einem Arbeitskreis, Präsentation eines philosophiehistorischen Beispiels

1 Einleitung

Meine Zeit in der Leibniz-Sozietät war zugleich eine Zeit der permanenten Zusammenarbeit mit Wolfgang Küttler, immerhin über 15 Jahre. Vielfach ging es um Absprachen zu Positionspapieren, zu gemeinsamen Sitzungen – sowohl mit Bezug auf den Wissenschaftlichen Beirat, dessen Vorsitzender Wolfgang Küttler einige Jahre war, als auch hinsichtlich unserer Zusammenarbeit im Arbeitskreis „Gesellschaftsanalyse und Klassen“. Aus beidem haben sich zahlreiche Anregungen ergeben. Zugleich aber, und nur darum wird es letztlich gehen, blieb mit dem plötzlichen Tod von Wolfgang Küttler eine abschließende Fragestellung offen, konnte eine angestrebte Diskussion nicht mehr geführt werden.

Der Beitrag wird in einem ersten Teil einige Erinnerungen an gemeinsame Arbeit und die Persönlichkeit von Wolfgang Küttler liefern. Nachfolgend soll dann die offen gebliebene Fragestellung bzw. Diskussion mit Rückgriff auf ein nicht ganz zufällig zum Thema genommenes philosophisch-historisches Beispiel zu einer eigenständigen Reflexion anregen.

2 Arbeitskreis – ein wichtiges Feld Wolfgang Küttlers in der Leibniz-Sozietät

Mein Eintritt in die Sozietät, zu dem ich von meinem alten Soziologiekollegen Helmut Steiner veranlasst worden war, führte kurze Zeit danach zu einer prägenden Begegnung. Die unheilbare Erkrankung von Helmut Steiner stand schon länger fest. Mit dem sich rasch abzeichnenden Ende bat er uns – Michael Vester, Wolfgang Küttler und mich – nochmals zu sich ins Hospiz. Er wollte vor allem seine Nachfolge im Arbeitskreis verpflichtend regeln. Ich sollte diese im Sinne unserer langjährigen soziologischen Zusammenarbeit übernehmen. Dem war schwerlich zu widersprechen. Wolfgang Küttler, und darum geht es, sagte mir sofort seine Unterstützung zu.¹

Ein solches Versprechen ist nicht ungewöhnlich, zumal nicht in einer solchen existenziellen Situation. Eher ungewöhnlich ist, dass ein solches Versprechen dann auch über einen längeren Zeitraum eingehalten wird. Wolfgang Küttler tat das, gleichsam in einem „Modus der Selbstverständlichkeit“, ohne daraus irgendwie Besonderes abzuleiten oder dies

¹ Für Michael Vester, auch ein enger Kollege von uns, war das nicht möglich. Er war nicht Mitglied der Sozietät und hatte zudem seinen Lebens- und Arbeitsmittelpunkt in Hannover.

hervorzuheben. Weder hinsichtlich seiner Person noch „seiner“ Disziplin. Andere Beschreibungen und Erinnerungen betonen ähnlich immer wieder eine solche kooperative Selbstverständlichkeit für Wolfgang: eine (nicht unbedingt immer mit Blick auf Termine oder bürokratische Pflichten) normale Verlässlichkeit. Es war ebenso normal, in den jeweiligen Vorbereitungen der Sitzungen auch seinen aktiven Rat einzubeziehen, und schließlich war es völlig normal, dass er bis kurz vor seinem Tod an fast allen Sitzungen des Arbeitskreises teilgenommen hat. Also auch kein einziger Gedanke an einen plötzlichen Tod.

Da Wolfgang Küttler im Arbeitskreis überaus aktiv war, sich in jede Problemstellung einbringen wollte und konnte, wusste man für die zum Teil ausufernden, kontroversen Diskussionen, dass es so richtig schief nicht gehen konnte. Er war eine Art Orientierungspunkt. In seinem Nachfragen war er hartnäckig, konnte insistieren und war durchaus sehr kritisch. Aber nie war er verletzend, wollte er jemanden bloßstellen oder sich besonders herausstellen. Immer ging es um „die Sache“. Darin zeigte sich die Souveränität Küttlers, das hat ihm viel Anerkennung eingebracht. Für den Arbeitskreis war damit eine wichtige Konstante (eben ein Orientierungspunkt) gesetzt, auch wenn in der Regel nicht „seine“ Themen im engeren wissenschaftlichen Sinn behandelt wurden. Ich möchte hier Hans-Otto Dill zitieren, der anlässlich des 80. Geburtstages von Wolfgang Küttler formuliert hatte:

Der Arbeitskreis „Gesellschaftsanalyse und Klassen“ hat[te] das große Glück, mit Wolfgang Küttler über einen unbequem-undogmatischen Marx-Erben zu verfügen, der als *advocatus diaboli*, *agent provocateur* und Pfahl im Fleische ihn daran hindert, ungestört im eigenen Saft zu schmoren. (Dill 2016: 20).

Das ist treffend, wenngleich Geschichte oder Probleme geschichtswissenschaftlicher Arbeit und Forschung bei der Suche nach Gestaltungsmöglichkeiten von Zukunft aus verschiedenen Gründen in den ersten Jahren kaum eine Rolle spielten. Es dominierten Auseinandersetzungen mit aktuellen Gestaltungsansätzen, beispielsweise der Energiewende, den sozialen Verwerfungen in Ostdeutschland oder den damit verbundenen sozialen Konflikten.

Nur eine Sitzung wurde von ihm und zu seinem tragenden Forschungsthema, der Formationstheorie von Karl Marx, bestritten. Das war eine sehr gut besuchte Veranstaltung, die mit der Teilnahme auch den Einfluss Küttlers auf einige jüngere Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen aus der DDR zeigte. Seine Überlegungen, produk-

tiv den „alten Marx“ in die „jüngere Transformationsdebatte“ einzubringen – worauf Dill hingewiesen hatte –, blieb eine dann zu wenig verfolgte Anregung. Für bedauerlich halte ich einen Aspekt, der mir erst mit seinem Tod, und damit freilich als endgültig, richtig deutlich wurde: Wolfgang Küttler war in allen unseren konkreten Projekten zur Transformation – Kolloquien wie auch den einzelnen Publikationsvorhaben – involviert, war aktiv beteiligt, brachte sich immer wieder ein, einen eigenständigen Beitrag von ihm finden wir in unseren Bänden der Abhandlungen zum Transformationsthema jedoch nicht. Es blieb bei begonnenen, letztlich dann aber aus unterschiedlichen Gründen (vielfach gesundheitlichen) abgebrochenen Anläufen. Seiner engagierten, produktiv-eingreifenden Diskussion hat das keinen Abbruch getan (zum Glück). Es bleibt aber die Lücke.

Nun ließen sich auch aus der Soziologie einige vergleichbare „Fälle“ anführen; anerkannte, schulbildende Personen mit einer beträchtlichen Wirkung, aber mit eher bescheidenem „Output“ an Publikationen. Für Wolfgang Küttler ist genau das nicht der Fall, er hat eine umfassende Anzahl von Publikationen verfasst. Und darunter sind auch einige, die den Weg gesucht haben von der Formationstheorie zur Transformationstheorie. Vielleicht war die damalige Arbeitskreisdiskussion 2011 einer der ersten Versuche dazu. Das Problem hat ihn, wie er meint, mindestens seit seiner Arbeit am *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* (1994) beschäftigt. In seinem Beitrag zum 80. Geburtstag hat er die Herausforderung nochmals benannt:

Bei diesen Studien und Diskussionen zeigte es sich, dass eine wesentliche Schwierigkeit kritischer Anknüpfung für aktuelle Forschungen nicht nur im Abstand der Problemsituation und der seitherigen Wissenschaftsentwicklung, sondern auch im traditionellen marxistischen Verständnis des Kapitalismus als Übergangsformation und unmittelbare Vorstufe des Sozialismus besteht, wie langfristig dieser Übergang auch immer gedacht wird. (Küttler 2016: 21 - 22.)

Küttler weist auf eine besondere theoretisch-konzeptionelle Problemstellung hin: „Das Kernproblem besteht folglich darin zu prüfen, ob und wie in der Marxschen Tradition emanzipatorischer gesellschaftlicher Fortschritt ohne das Junktim mit der sozialen Revolution des modernen Industrieproletariats zu denken ist“ (Küttler 2016: 44). Das ist nur ein gewichtiges Problem, zeigt aber den methodischen Weg Küttlers an: Konsequenter ausgehend von der Tradition, wird diese zugleich nochmals neu gelesen und mit den veränderten Bedingungen konfrontiert. Dazu hat er viel geschrieben, damit verbunden war bzw. ist aber auch eine hohe

Messlatte. Hier hätten wir ihn noch mehr als „Pfahl im Fleische“ annehmen müssen. Er selbst hat sich gründlich und selbstkritisch den Herausforderungen gestellt, ohne dann noch die erforderliche Zeit dafür zu haben. Denn diese forderten seine diszipliniert eingehaltenen Verpflichtungen, insbesondere wohl die verantwortungsbewusste Mitwirkung am angeführten *Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus*. Da konnte es auch zur fehlenden Präsenz in den Bänden des Arbeitskreises kommen.

Wolfgang Küttler hatte sich ab 2022 noch an der neuen Profilierungsrunde des Arbeitskreises zu Fragen der Zeitanalyse beteiligt und in die ersten Diskussionsrunden eingebracht. Kurz vor seiner vorletzten Teilnahme am Arbeitskreis war er im Eingangsbereich des Sitzungsgebäudes gestürzt, hatte sich sichtbar am Kopf verletzt. Nach kurzer ärztlicher Behandlung war das kein Grund für ihn, nicht an der Sitzung teilzunehmen (wenngleich er diese dann etwas früher verlassen musste).

Zum Teil waren wir mit der Zeitanalyse wie mit den letzten thematischen Bänden der Abhandlungen der Sozietät zur Transformation (die Bände 58 und 72) stärker zu Fragen der Geschichte allgemein und speziell der Zeitgeschichte gekommen.² Letzteres war mit der Tatsache verbunden, dass die von uns untersuchten Transformationsprozesse mittlerweile selbst ihre Geschichte besitzen, Soziologie also gewissermaßen zur Zeitgeschichte übergeht (vgl. dazu Thomas 2021).

Bereits damit zeigen sich nicht einfach einzulösende Herausforderungen. Mehr noch gilt das für die längere Gesellschaftsgeschichte, wo sich Berührungen und Bezüge mit aktuellen Problemstellungen ergeben können. Das ist zwar nicht neu,³ für die Transformationstheorie wurde es aber – wie bereits für den Arbeitskreis betont – kaum berücksichtigt. Eine eigenständige Betrachtung hatte ich dazu in einem Beitrag auf der Jahrestagung der Sozietät 2022 (Thomas 2023) unternommen. Wolfgang Küttler, für den das gewissermaßen „auf den Leib geschnitten“ war, der dazu unzählige systematische Ausarbeitungen verfasst hat, sah sich davon direkt angesprochen. Ich hatte ihm den Text einige Zeit nach der Jahrestagung geschickt. Sehr rasch kam per Telefon seine nachdrückliche Aufforderung, „darüber müssten wir unbedingt einmal intensiv reden“.

Dazu ist es nicht mehr gekommen. Auf einer längeren Auslandsreise erhielt ich die Nachricht von seinem plötzlichen Ableben. Insofern

² Die Sitzungen der Arbeitskreise sind auf der Webseite der Leibniz-Sozietät dokumentiert und archiviert. Darin finden sich viele Hinweise auf Wolfgang Küttler.

³ Vgl. dazu auch Eichhorn / Küttler 2008; Busch (2016), mit einem Verzeichnis der Schriften von Wolfgang Küttler, in denen sich ein Großteil der relevanten Literatur findet.

möchte ich die nicht mehr aufgenommene gemeinsame Diskussion als einen nachträglichen Dank an meinen Kollegen mit einer – nunmehr notwendigerweise monologisch erfolgenden – thematischen Meinungsäußerung kompensieren. Ich will dabei der Intention unseres letzten Gesprächs folgen. Eine Brücke sehe ich in den abschließenden Diskussionen des Arbeitskreises zur Zeitanalyse und dem Kolloquium im November 2025 (vgl. Thomas / Hobohm / Busch 2026). Jeweils ging es auch um eine kurz zuvor erschienene Studie von Hans Joas „Universalismus. Weltherrschaft und Menschheitsethos“ (Joas 2025). Diese Studie sowie der Vortrag und das Gespräch mit Joas wären für Küttler Ansatzpunkte *par excellence* gewesen, „Futter“ für seine breit gefächerten historischen und systematischen Überlegungen. Die Studie ist somit sowohl Anlass als auch Brücke für den philosophiehistorischen Exkurs. Damit hängt zudem eine weitere Erinnerung zusammen. Dazu nachfolgend mehr.

Den Teil zur gemeinsamen Arbeit in der Leibniz-Sozietät möchte ich mit einem kleinen Zusatz abschließen, der einen zweiten Bereich – neben dem Arbeitskreis – betrifft, den Wissenschaftlichen Beirat. Die Leitung des Wissenschaftlichen Beirats war für Wolfgang Küttler zunehmend eine eher schwierige, kaum hinreichend zu bewältigende Last, also keine einfach auszufüllende Verantwortung. Entziehen konnte er sich dieser Last der Verantwortung freilich nicht. Das lag nicht in seiner Mentalität. Wie ich das in Erinnerung habe und so nur höchst subjektiv einschätzen möchte, war weder die erforderliche Auseinandersetzung mit aufkommenden Konflikten, etwa solchen in der Zusammenarbeit der einzelnen Gremien der Sozietät, noch die Einhaltung formaler Standards „sein Ding“. Beides verlangte ihm viel ab, war nicht selten frustrierend. Umso anerkennenswerter ist, wie er sich dem gestellt hat. Insofern steht eine Einschätzung „nicht sein Ding“ im krassen Gegensatz zu den beachtlichen Anstrengungen.

3 Thematische Begründung und ein nicht unwichtiger Nachtrag

Hans Joas hatte als Abschluss einer dreibändigen thematischen Ausarbeitung Anfang 2025 das Buch *Universalismus. Weltherrschaft und Menschheitsethos* veröffentlicht. Auf über 900 Seiten bietet er ein historisch-detailliertes und hochaktuelles Lehrstück zur Genealogie dieses zentralen Prinzips menschlichen Zusammenlebens. Auf beides kam es uns für den Arbeitskreis und das Kolloquium an. Auf eine ersichtliche Aktualität und

somit Relevanz für unsere Transformationsthematik, und auf die Herausarbeitung eines zentralen Prinzips menschlichen Zusammenlebens.

Bereits mit dem Titel des Buches macht Joas die grundlegende Spannung deutlich, die zum durchgängigen Motiv für die Analyse wird: Welt-herrschaft und Menschheitsethos oder, wie es dann konzeptualisiert wird, politischer Universalismus und moralischer Universalismus. Es ist das „Schicksal“ eines solchen wichtigen Ethos gegenseitiger Verantwortung der Menschheit, dass diesem rasch im historischen Prozess eine ebenso universale imperiale Tendenz entgegentritt. „Eine theoretische Schlüsselthese der folgenden Ausführungen wird [...] sein, daß wir die Geschichte des *moralischen Universalismus* nur verstehen können, wenn wir sie in ständiger Wechselwirkung mit dem [...] *politischen Universalismus*“ betrachten. (Joas 2025: 24-25.)

Der moralische Universalismus, etwa die gleichwertige Anerkennung anderer Kulturen, Rassen, Religionen etc., ist zugleich ein umfassender Anspruch zukunftsfähiger menschlicher Weltgestaltung. Dem muss die historische Betrachtung entsprechen. Insofern ist die Studie zugleich eine kritische Auseinandersetzung mit den gewichtigen konzeptionellen Vorbildern, Max Weber und Ernst Troeltsch, die selbst auf unterschiedliche Weise solche Ansprüche nicht einlösen können. Da sich der moralische Universalismus immer nur in partikularistischen Formen niederschlägt, ergeben sich eine grundlegende Ambivalenz oder Kontingenz historischer Prozesse. Darin liegt die Relevanz für aktuelle Transformationsprozesse. Gefährdungen (ob Relativierung oder Vereinnahmung) des moralischen Universalismus können niemals ausgeschlossen werden, Prognosen über ein positives Ende sind als unsicher anzusehen. Gegenwärtige imperiale Tendenzen haben es offensichtlich nicht einmal mehr nötig, sich universalistisch zu geben oder zu „tarnen“.

Es ist klar, dass Joas hiermit vor allem auf die Politik von Donald Trump zielt. Insofern macht diese Konsequenz seiner mehr als 2000 Jahre umfassenden Studie zur Genealogie des moralischen Universalismus auf das Problem intellektueller Verantwortung als „universales“ aufmerksam. Ein moralischer Universalismus ist nicht „eingegeben“, sondern verlangt aktive Auseinandersetzung mit immer hervortretenden Partikularismen. So lassen sich kein linearer Fortschritt, keine Teleologie ausmachen. Sven Beckert betont interessanterweise in seiner Geschichte des modernen Kapitalismus, dass gerade der Neoliberalismus mit seinem Globalisierungstrend eine „Artikulation des Universalismus der Partikularinteressen“ (Beckert 2025: 978) sei. Die Gefahren werden nicht weniger, zumal es – das ist die sehr aktuelle Pointe – noch stärker zu direkter

Gewalt kommen kann. Kriege sind längst keine Ultima Ratio mehr, sondern erscheinen als günstige Gelegenheiten im machtpolitischen Kalkül; es kann immer noch schlimmer werden (vgl. Joas 2025: 859). Was damit neben der verbreiteten Normalität des Krieges ins Auge fällt, sind die zunehmenden Indikatoren einer aufkommenden „Faschisierung“ (vgl. Candeias 2026) oder ähnlich brutale Antworten auf die Krise – ein gefährlicher Aktivismus. Anzeichen dafür gibt es einige.

Für Joas selbst ist neben vielen historischen und aktuellen Beispielen der Faschismus *das* markante historische Beispiel für den Angriff auf jeglichen moralischen Universalismus. Der „faschistische Imperialismus“ erscheint als bewusster, programmatischer Anti-Universalismus. Joas widmet diesem „faschistischen Imperialismus“ in seinen nationalen Formen (Deutschland, Japan, Italien) ein eigenes Kapitel (Kapitel 8). Die Herausbildung dieser Ideologie und Politik verbindet er mit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Zum tonangebenden Narrativ wurde die Verteidigung der Leistungen „der Überlegenen“, denen „niedere Rassen“ ebenso im Wege seien wie „universalistische Ansprüche“. „Dieser Rassismus ist die bewußte Alternative zum moralischen Universalismus“ (Joas 2025: 564). Ins Zentrum rückt die Auseinandersetzung mit Carl Schmitt, der als direkter Ideengeber für die neuen imperialen Attitüden der dominierenden amerikanischen Politik zu sehen ist. Wichtiger im Kontext der hier verfolgten Darstellung ist die folgende Zusammenfassung von Joas:

Der intellektuelle Frontenverlauf im nationalsozialistischen Deutschland zeigt, wie stark jeder Bezug zum moralischen Universalismus selbst unter denen, die sich (wie Schmitt) weiterhin für Christen hielten, zurückgetreten war. Mit ihnen erschien die Epoche der Menschenrechte, wie Max Weber in seinen düsteren Zukunftsvisionen angedeutet hatte, im zwanzigsten Jahrhundert an ihr Ende gekommen zu sein. (Joas 2026: 582 - 583.)

Mehr noch als mit den rechtsphilosophischen Maximen eines Carl Schmitt zeigt sich hier das ideologische Korsett für die Geltungsansprüche der Tech-Milliardäre um Peter Thiel, Elon Musk u.a. Ein moralischer Universalismus im Sinn von Empathie, Mitgefühl etc. gilt als zivilisatorisches Übel. Es geht um einen zu praktizierenden Anti-Universalismus.

Damit sind wir beim Punkt intellektueller Verantwortung. Erforderlich ist eine aktive Verteidigung des moralischen Universalismus, ist die Suche nach einer zukunftsfähigen Art menschlicher Entwicklung – ein ideologischer und vor allem praktischer Gegenentwurf zum Anti-Uni-

versalismus. Die Überlebensfrage der Menschheit *insgesamt* wird zum Kriterium. Es ist deutlich, dass sich hier unsere Sicht auf die Transformationsherausforderung direkt einordnet. Küttler selbst hatte mit den angeführten Überlegungen zur Aktualisierung der Formationstheorie darauf hingewiesen. Priorität hat schlicht Zukunftsfähigkeit, Überleben der Menschheit. Davor haben weltanschauliche Dominanzansprüche zurückzutreten.

Die aktuellen Bezüge sind angeführt. Zugleich liegen hier Inspiration, Motivation für die nachfolgende Studie. Während Joas in seiner langen historischen Genealogie mehrfach die Ambivalenz der Geschichte durch Verweise auf oft als Minoritäten agierende (soziale) Gegenbewegungen zu den sich stärker durchsetzenden imperialen Tendenzen aufdeckt, in solchen Gegenbewegungen Möglichkeiten zur Zurückdrängung solcher Tendenzen sieht, konzentriert sich seine Darstellung zum Faschismus vor allem auf dessen zerstörerische, anti-universalistische Dynamik unter dem Leitmotiv einer umfassenden „Sakralisierung des Politischen“ (Joas 2025: 562). Erst mit dem Ende der II. Weltkriege, dem Sieg über den Faschismus, wird dann die Durchsetzung einer Gegenbewegung aufgezeigt (die Herausbildung einer globalen Menschenrechtsordnung). Das ist offensichtlich für die Logik der Darstellung zwingend und angesichts vorliegender Untersuchungen zum Faschismus ausreichend. Es macht aber auf eine sinnvolle Ergänzung aufmerksam. Darin liegen Inspiration wie Motivation. – Kurz zum angekündigten Nachtrag.

Ich hatte Wolfgang Küttler auf einem am 21. April 1989 in Erfurt durchgeführten Max-Weber-Kolloquium (vgl. Weber 1989) näher kennengelernt. Es gab einige gemeinsame Vorgespräche,⁴ dann die Tagung selbst mit thematischen Diskussionen und Abendgesprächen. Küttler hatte nach einigen kleineren Aufsätzen zu Max Weber kurz vor diesem Kolloquium gemeinsam mit seinem jüngeren Kollegen Friedrich Hauer einen Band mit Arbeiten von Max Weber herausgegeben (Hauer/Weber 1989). Auf dem Kolloquium hielt er das zentrale Referat (Max Webers Idealtypen als historisch-soziologische Forschungskonzeption). Weder auf dieses Referat noch auf andere Beiträge kann eingegangen werden. Zu erwähnen ist eine persönlich-biografische Note. Dieses Kolloquium brachte nämlich nicht nur die erste intensivere Begegnung von mir mit Wolfgang Küttler, es kam auch zur ersten (und in dieser Konstellation einzigen) Begegnung zwischen uns beiden und Hans Joas. Es deuteten

⁴ Die konzeptionelle Vorbereitungsgruppe setzte sich zusammen aus Dietmar Wittich, Horst Taubert und Michael Thomas.

sich interessante Diskussionshorizonte an – mein Versuch der handlungstheoretischen Konfrontation von Max Weber und Alfred Schütz, die von Hans Joas dargestellte pragmatistische Perspektive auf erforderliche Weiterentwicklungen der Handlungstheorie –; aus verschiedenen Gründen wurde keiner dieser Horizonte irgendwie nochmals aufgemacht. Insofern blieb es bei dieser Episode. Die Erinnerung an Wolfgang Küttler ist mit der referierten Studie von Hans Joas eine begrenzte Horizontöffnung.

Ein zweiter Aspekt ist gewichtiger. In seinem Beitrag aus Sicht des Veranstalters wies Rudi Weidig⁵ für Max Weber insbesondere auf dessen Engagement für Frieden und (bürgerliche) Demokratie hin und stellte dieses in den Kontext einer Debatte um Erbe und Tradition. Beides war zweifellos für den Veranstalter – die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED – eine wichtige Begründung, um ein solches Kolloquium zur Erinnerung an einen „Stammvater der bürgerlichen Soziologie“ und großen „Opponenten zu Karl Marx“ überhaupt möglich zu machen. Es geht um den übergreifenden zeithistorischen Kontext, der so oder so von allen geteilt wurde.

Die gesellschaftspolitische und ideologische Situation dieser Zeit hatte das Thema von „Dialog und Auseinandersetzung“ in einem neuen Sinn auf die Agenda gebracht. Insbesondere stehen der Name bzw. die Politik von Michail Gorbatschow dafür. In beiden Problemkreisen, die hier für Rudi Weidig angeführt wurden (Frieden, Erbe) zeigte sich eine eher widersprüchliche, zögerliche, aber dennoch erfolgte Annäherung daran: Die Auseinandersetzungen zwischen marxistischen und nichtmarxistischen Theorien sollten stärker unter die Prämissen eines gemeinsamen Ringens um Frieden und Humanismus gestellt werden. Auch dieses Kolloquium sollte so über den fachlich-theoretischen Extrakt hinaus ein Beispiel praktizierter intellektueller Verantwortung sein.⁶ Insofern lässt es sich in den bisher thematisierten und nachfolgend weiter zu thematisierenden Rahmen einordnen. Dem jeweils anderen seine Friedensfähigkeit zuzugestehen heißt eben, auch den Standpunkt des anderen ernst zu nehmen und nicht von der absoluten Geltung einer eigenen Wahrheit auszugehen.

Die Materialien des Kolloquiums sind zwar bereits im Juni 1989 erschienen, sie sind aber mit der sich beschleunigenden tagespolitischen

⁵ Direktor des Instituts für Soziologie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates für Soziologie der DDR.

⁶ Teilnehmer aus der Bundesrepublik waren neben Hans Joas Rainer M. Lepsius, Wolfgang J. Mommsen und Johannes Weiß.

Realität kaum noch wirksam geworden. Die kurze und späte Phase einer konstruktiven Öffnung der DDR als Schritt heraus aus einem verabsolutierten Partikularismus kam *zu* spät. Große Teile der DDR-Gesellschaftswissenschaften, leider auch der Akademie, wandten sich von eingeschlagenen konstruktiven Ansätzen ab. Es gab zwar noch die eine oder andere diesbezügliche Fortsetzung,⁷ es gab wissenschaftliche Ansätze (Projekt Moderner Sozialismus), insgesamt verkannte die Wissenschaft „die Zeichen der Zeit“. Das ist ausreichend belegt. Für Wissenschaft ist „Verantwortung“ offenbar *immer* eine harte Herausforderung, nicht nur unter den im Realsozialismus gegebenen Bedingungen. Was für Max Weber angesichts seines frühen Todes keine Rolle mehr spielen musste, nämlich die Frage seiner konkreten Positionierung zum aufgezeigten Anti-Universalismus des Faschismus, besitzt angesichts einer hochgradigen ideologischen Gleichschaltung im Faschismus eine ausgezeichnete Bedeutung. Wo zeigen sich Risse, Differenzen im „intellektuellen Frontenverlauf“? Wie lässt sich die historische Suche nach solchen bewerkstelligen? Darauf zielt die nachfolgende Studie.

4 Eine philosophiehistorische Episode und ihre Nachwirkungen

Vor neunzig Jahren begann der exilierte Neukantianer Arthur Liebert mit einer neu gegründeten philosophischen Vereinigung in Belgrad zugleich die Herausgabe einer Zeitschrift als Organ dieser Vereinigung: *Philosophia. Philosophorum nostri temporis vox universa*. Es ging also, wie der Untertitel akzentuiert, um die Stimme der Philosophen unserer Zeit. Bisherige Publikationsorgane standen nicht mehr zur Verfügung – Arthur Liebert musste 1933 seinen Vorsitz der Kant-Gesellschaft niederlegen und hatte sich nach Belgrad begeben.⁸ Dort wollte er mit einer

⁷ Als eine solche möchte ich die Bestrebungen von Soziologen aus verschiedenen europäischen Ländern sehen, im Geiste einer sich abzeichnenden Öffnung eine Vereinigung der europäischen Soziologie zu gründen. Die DDR war dazu bereit. Noch im Dezember 1989 war ich als Vertreter des Nationalkomitees für soziologische Forschung der DDR wie der neu gegründeten alternativen soziologischen Gesellschaft der DDR zu einer Gründungsversammlung in Wien. Eine nächste Sitzung fand im Sommer 1990 am Rande des Weltkongresses für Soziologie in Madrid statt. Da hatte sich ein Beitritt für die DDR schon erledigt.

⁸ Zur Person und zum Wirken von Arthur Liebert und zur Geschichte der Zeitschrift „Philosophia“ gibt es eine Reihe von Untersuchungen, die ein differenziertes Bild liefern. Im Kern konvergieren sie in ihrer Tendenz hinsichtlich der Betonung des humanistischen Engagements (vgl. u.a. Mehring 2006).

philosophischen Gesellschaft sowie Zeitschrift eine möglichst große Zahl von exilierten Philosophen unter der Fahne des Humanismus gegen die irrationale und völkische Ideologie versammeln. Die Zeitschrift war ersichtlich ein politisches Projekt.

Als übergreifende Herausforderung galt die „Krise der europäischen Kultur“, was zunächst ein mehr oder minder allgemeiner Zeitbefund war. Hier aber ging es direkter „zur Sache“. Geschaffen werden sollte eine „[...] Gemeinschaft des Logos, des Ethos und des Eros“, in „Hingabe an diese Dreiheit als Ziel der Zeitschrift und Gesellschaft“. (Mehring 2006: 101) Dies lag ganz im Sinn der politischen und pädagogischen Ambitionen von Liebert, der Formierung und öffentlichen Präsentation einer „philosophischen Gesinnungsgemeinschaft“. Zu einigen der ersten Autoren gehörten neben dem Mitinitiator Emil Utitz etwa Karl Jaspers, Martin Buber und Ernst Cassirer – die Bewegung erfuhr einen raschen Zulauf. Liebert suchte aktiv weitere Kontakte bzw. Querverbindungen (so etwa zu Thomas Mann), musste das Vorhaben der *Philosophia* aber nach drei Jahrgängen aufgeben. Dennoch bringt sie so die Exilphilosophie in den breiten antifaschistischen Humanismus.

Ihre Aufwertung und philosophische Profilierung erfuhr die Zeitschrift mit der Publizierung eines programmatischen Textes von Edmund Husserl in der ersten Ausgabe: „Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie“. Dieser Text, dessen frühe Fassung Husserl auf einem internationalen Philosophiekongress 1935 in Prag vorgetragen hatte, *musste* verstanden werden als umfassender Gegenangriff (oder eine Gegenposition) zur völkischen Ideologie des Nationalsozialismus. Insofern war er im damaligen Kontext, trotz eines politikfreien Vokabulars von Husserl eminent politisch. Die Philosophen müssen, statt in ihren Tagesgeschäften zu verbleiben, privaten oder irgendwelchen beschränkten Kulturzwecken zu folgen, als „Funktionäre der Menschheit“ persönliche Verantwortung übernehmen (Husserl 1976: 15). Die europäische Vernunft steht gegen den völkisch-nationalistischen Irrationalismus. Die Philosophie Husserls steht ausdrücklich außerhalb des Frontenverlaufs in einen faschistischen Anti-Universalismus. Ihr Idealismus ist unhaltbar, ist aber im Kern genau die entgegengesetzte „Sakralisierung“ zu der von Joas für den Faschismus identifizierten.

In dieser Deutlichkeit kann die Interpretation überraschen. Sie begründet sich aus unserem aktuellen Kontext. Es gibt gute Gründe, aus den heutigen Auseinandersetzungen um Universalismus und Humanismus bzw. den zunehmenden Angriffen auf diese im ca. einhundert Jahre früher gelegenen Kontext eines brachialen Anti-Universalismus die Akzente so zu setzen. Insofern werden die Wertmaßstäbe historisiert. „Eine geschichtliche Betrachtung des Humanismuskurses der Emigration blickt über die Werke hinaus auf die allgemeinen zeitgeschichtlichen Umstände, von denen sie sich abstoßen, und das akademischer Netzwerke, denen sie sich verdanken.“ (Mehring 2006: 91) So werden die sehr unterschiedlichen Kämpfe um intellektuelle Verantwortung deutlicher und lassen sich Argumente für einen überzeugenden Humanismus präzisieren. In dem Sinn hat das historische Beispiel systematische Bedeutung.

Husserl selbst war diesbezüglich als Philosoph wie Person nicht eindeutig.⁹ Sich als politische Person hat er weitgehend „rein“ in die Philosophie übertragen („eingeklammert“), bis zu abstruser Realitätsverweigerung. Seine wenigen Äußerungen nach dem I. Weltkrieg und nach der Revolution in Deutschland sind vielfach nationalistisch geprägt. Angesichts seiner jüdischen Herkunft stellte er Nationalismus wie die Opfer seiner Familie für Deutschland heraus. Allerdings hat er nie, wie viele andere Intellektuelle, Kampfschriften verfasst oder unterschrieben (etwa im Kontext der „Ideen von 1914“). Sein verhaltenes, vielleicht auch vorsichtiges Engagement galt allgemeinen menschenrechts- und friedenspolitischen Initiativen.¹⁰ Von seinem starken Nationalismus hatte er sich, wie er betont, unter dem Einfluss von Thomas Masyryk heilen lassen (vgl. Schumann 1988: 23 - 24.)

Auch für Husserl in „seiner Sphäre“ mussten sich die politischen und ideologischen Veränderungen der Zeit, bei aller Verweigerung oder auch Selbsttäuschung (auch hinsichtlich seines Schülers Heidegger), immer stärker bemerkbar machen. Die Zuspitzung lag für ihn zweifellos in seiner Entfernung von der Universität nach dem „Reichsbürgergesetz“, die er als große Kränkung erfahren hat (vgl. Sepp 1988: 100f.). Der Kontrast zu seinem ehemaligen Schüler und Assistenten konnte kaum schärfer

⁹ Das sieht man auch an meiner frühen Spurensuche, die mir hinsichtlich einer differenzierten Bewertung von Edmund Husserl – gegenüber einer weitgehend unterstellten Verfallstendenz bürgerlicher Philosophie – wichtig war. Die eine oder andere subjektive Überzeichnung ließ sich nicht vermeiden (vgl. Thomas 1987).

¹⁰ So war er neben Albert Einstein und Herman Hesse 1919 einer der Unterzeichner einer Deklaration von Romain Rolland für die „Unabhängigkeit des Geistes“.

ausfallen als mit Heideggers „Rektoratsrede“ auf der einen Seite, Husserls Entlassung auf der anderen. Es war aber nicht nur diese formale Regelung (einschließlich einiger weiterer Einschränkungen, die Husserl in seiner letzten Lebensphase hinnehmen musste), auch seine Philosophie selbst geriet in das Fadenkreuz einer sich völkisch-nationalistisch formierenden Philosophie in Deutschland.

Die Herausbildung des Faschismus sollte von einer „[...] arteigenen deutschen Philosophiegeschichte begründet werden, die das Völkische stärken und so zur Einheit der Nation beitragen könne“.¹¹ Nicht nur Alfred Bäumler war maßgebender Ideologe, auch Wilhelm Wundt fasste die Geistesgeschichte des Volkes als Entfaltung von „Volkstum, Rasse und Geschichte“ (zit. nach Tilitzki 2002: 923, Anm. 26). Verfolgt wurde der Primat einer Weltanschauung (eines „nordisch-germanischen Dynamismus“), die sich aus dem „praktischen Verhältnis zur Welt begründet“. Es ging mit der Überhöhung (Sakralisierung) vor allem um ein praktisches Wirken, das so auch institutionell abgesichert werden sollte (Gleichschaltung der Universitäten). Mit der Zurückweisung von Ansprüchen auf „Bewusstsein überhaupt“, „absolute Werte“ oder einer Orientierung auf „die Menschheit“ trat die rassische Begründung der Philosophie ins Zentrum. „Die nationalen Philosophien würden diesen Grundbestand lediglich zur Klarheit des Selbstbewußtseins bringen und damit zur ‚Sicherung des inneren Menschentums‘ der jeweiligen Rasse und ihrer permanent im Kampf gegen andere Rassen zu behauptenden Werte und Sinndeutungen beitragen.“ (Franz Böhm, hier zit. nach Tilitzki 2002: 924.¹²).

Nicht nur hier zeigt sich der terminologische Gegensatz zu Husserls „Krisis-Schrift“. Husserls Person und Philosophie wurden häufig direkt attackiert. Das gilt für ein zunehmendes Agieren gerade gegen die assimilierten Juden (also auch gegen Husserl, der seine bereitwillige Assimilation immer betont hatte), denn in einer solchen Assimilation liege ein weiterer Schritt zur „Auflösung der Völker“ (Tilitzki 2002: 1055). Husserls Phänomenologie gilt als „judaisierter Aristotelismus“, als „jüdisch-antikritische Erkenntnisanalytik“. Er wurde bezichtigt, ein „besonderer Vertreter des jüdischen Rationalismus zu sein“, der so zur „Überfremdung des deutschen durch destruktives Denken“ beitrage (Tilitzki 2002: 1056, 1071). Eine so aggressive Wut muss nicht weiter

¹¹ Die folgenden Einschätzungen sind Tilitzki (2002: 913-1162) entnommen.

¹² Franz Böhm ist Beispiel einer völligen Instrumentalisierung der Philosophie (vgl. dazu Böhm 1938).

ausgeführt werden. Sie steht ebenso für sich, wie sie den Gegenpart heraushebt.

Der übergreifende philosophische Kern der Phänomenologie Husserls begründet sich zweifellos nicht aus solchen Konflikten oder Angriffen – dagegen steht deren hohe Kontinuität unter dem Anspruch „strenger Wissenschaft“ –; sie erhält aber damit schärfere Konturen. Das wirft zugleich ein anderes Licht auf die „unpolitische“ Person Husserls (darauf komme ich zurück).

Husserl leitet den in der *Philosophia* erschienenen Text der „Krisis“ folgendermaßen ein:

Die Schrift, die ich mit der vorliegenden Abhandlung beginne und in einer Kette von weiteren Artikeln¹³ in der „*Philosophia*“ vollenden werde, macht den Versuch, auf dem Wege einer teleologisch-historischen Bestimmung auf die Ursprünge unserer kritischen wissenschaftlichen und philosophischen Situation die unausweichliche Notwendigkeit einer transzendental-phänomenologischen Umwendung der Philosophie zu begründen. (Husserl 1976: XIV, FN. 3).

Der hauptsächliche Gedankengang ist damit umrissen: Die konstatierte Verfallsgeschichte Europas – als Krise der Wissenschaften wie Krise des Menschentums – lässt sich nur durch den Rückgriff auf Anfang bzw. Urstiftung eines „Telos der Vernunft“ in der griechischen Philosophie wieder heilen – als eine letztlich ins Unendliche gehende philosophisch-phänomenologische Arbeit. Konzept und Gang der Interpretation belegen den Stellenwert dieser Schrift entgegen der „Gleichschaltung“ im Geist des faschistischen Anti-Universalismus.

Husserl hatte die erste umfangreiche Skizze zu diesem Text bereits 1935 auf dem Philosophiekongress in Prag vorgetragen, weitere Vorträge folgten (Wien) bzw. waren geplant. Auf die konkrete Vor- und Nachgeschichte des Textes kann nicht eingegangen werden.¹⁴ Das betrifft ebenso mögliche Veränderungen in der Phänomenologie durch die ausdrückliche Thematisierung der Geschichtlichkeit und der transzendentalen Urstiftung einer philosophischen Idee. Es wäre oberflächlich, in der

¹³ Dazu ist es nicht mehr gekommen. Einerseits wurde Husserl zum Rückzug aus der *Philosophia* politisch genötigt (vgl. Sepp 1988: 345), andererseits kam es kurz danach zur Erkrankung und zum Tod.

¹⁴ Allein der veröffentlichte Band der *Krisis* (Husserl 1976) umfasst nahezu 550 Seiten, der grundlegende Vortragstext „Die Krisis des europäischen Menschentums und die Philosophie“ weniger als 50.

allgemeinen Orientierung auf ein griechisches Telos und mit dem philosophisch-idealistischen Humanismus die Nähe zum sogenannten „Dritten Humanismus“ (Schiller 2006) zu überziehen, auch wenn die Ausführungen sich häufig antiquiert geben, gelegentlich befremdlich oder missverständlich erscheinen (etwa die Kämpfe und Tapferkeit der „guten Europäer“). Es bleiben aber die (nicht nur) für diesen Kontext wichtige Verteidigung von rationaler Vernunft und einer übergreifenden, humanistischen Vernunftidee Europas als Auswege gegen „[...] den Verfall in Geistfeindschaft und Barbarei [...]“ (Husserl 1976: 347). Das würde „Entschiedenheit“ verlangen und auch „Feindschaft“ (Schumann 1988: 155). Husserls Platzierung in der Exilzeitschrift „*Philosophia*“ und im Zusammenhang eines „militanten Humanismus“ ist begründet. Für die hier erfolgte Erinnerung an ein wenig beachtetes Publikationsprojekt wie die Schrift sollte das ebenso gelten.

Kurz zu einer interessanten Wirkungsgeschichte. Diese hat mit der Person Husserls zu tun, sie stellt aber auch dessen Philosophie nochmals in ein spezifisches Licht. Das ist auch geschichtsmethodologisch interessant. Diese Wirkungsgeschichte lässt sich nicht „positiv“ (Schülerschaften) oder „negativ“ (Kritik) verorten; – sie kreist um die Fragen philosophischer Verantwortung.

Der tragende methodologische Hinweis findet sich bei Theodor W. Adorno. Adorno war zeitweilig ein Schüler Husserls, zählt aber keineswegs zu dessen Anhängern. Die Phase intensiver Auseinandersetzung in seiner frühen Exilzeit im englischen Oxford (1934-1937) hat zu einer umfangreichen Ausarbeitung geführt (Adorno 1990). Diese lässt an prinzipieller Kritik der Phänomenologie Husserls nichts aus.¹⁵ Die philosophische Konstruktion wird insgesamt abgelehnt, für diese wird eine „Dialektik wider Willen“ konstatiert, die so die Differenz zur hochgeschätzten Philosophie Hegels markiert. Das ist nicht überraschend für Adorno und die Frankfurter Schule. Überraschend ist eine andere Pointe: Adorno verbindet eine solche „Dialektik wider Willen“ mit Husserls eigenem unerbittlichen Philosophieren, das keinerlei vorschnelle, oberflächliche Lösungen kennt, sondern radikal alle Antinomien aufnimmt und zuspitzt. So wird Husserl selbst quasi zum gründlichsten Kritiker seiner selbst!¹⁶ Adorno verbindet damit eine ausdrückliche Wertschätzung, die die lautere Persönlichkeit Husserls und den prinzipiellen

¹⁵ Die Kritik bezieht die „Krisis-Schrift“ Husserls bzw. die Problematik der „*Philosophia*“ nicht ein.

¹⁶ In der Tat liegt darin die schwierigste Eigenart Husserls. Seine Methode, „schreibend zu denken“, hat zu einem schwer überschaubaren Fundus von immer neuen Ansätzen,

Anspruch seiner Philosophie verteidigt. Der „antiquierte“ Husserl, der schon in seiner Zeit vielen (fälschlich) als „überholt und unwichtig“ galt (Adorno 1990: 181), wird zu einem überzeitlichen Vertreter von philosophischer Verantwortung und Humanismus.

Fügen wir eine kleine zeitgeschichtliche Reminiszenz, ein Bonmot, aus der Philosophie der DDR ein. Auf deren letztem Kongress Anfang November 1989 stieg in einer der abschließenden Sitzungen der Hallenser Philosoph Hans-Martin Gerlach auf den Stuhl vor sich, hielt in der Hand den aufgeschlagenen Band der neu erschienenen „Krisis-Schrift“ und plädierte mit Bezug auf einzelne Textstellen dafür, ganz im Sinne Husserls nunmehr endlich „die philosophische Vernunft nach Berlin zu bringen“. Man müsse eine „Philosophie der Erneuerung“ wagen. Berlin stand als „Zentrale der Philosophie“ für anmaßenden Dogmatismus und das Verfehlen intellektueller Verantwortung der Philosophie der DDR. Inwieweit das so einseitig zutreffend war, sei dahingestellt. Der Kern eines Philosophierens, das sich bis zuletzt auf einen überlegenen Erkenntnis- und Wahrheitsanspruch des Marxismus-Leninismus berief, wurde damit durchaus attackiert. Insofern geht die Reminiszenz über ein Bonmot hinaus.

Damit lässt sich der Bogen schlagen zu einem Wirkungsstrang in den praktisch-philosophischen und ideologischen Auseinandersetzungen im gescheiterten Realsozialismus. In verschiedentlich offen ausbrechenden Auseinandersetzungen ging es angesichts autoritärer Tendenzen häufig um Forderungen nach einem „menschlichen Sozialismus“, einer „Überwindung jeglicher Entfremdung“ oder der Verbindung von „Sozialismus und Humanismus“. Was eigentlich zur Essenz der philosophischen Grundlegungen von Marx und Engels gehörte, nämlich der humanistische Anspruch ihrer Befreiungsphilosophie, ist im späteren praktischen Marxismus-Leninismus und vor allem im Stalinismus ausgetrieben worden und blieb im Realsozialismus verkümmert. Als Beispiel kann folgender Satz aus einem „wegweisenden“ Ideologieartikel vom Mai 1989 stehen: es sei unsinnig und zersetzend sich in Details einzulassen, denn solche sind für die Wahrheit nicht wichtig. „Die Antikommunisten haben immer unrecht. Wir, die Kommunisten, haben trotz mancher Fehler und Niederlagen immer recht. [...] Wer für das Recht kämpft, hat immer recht.“ (Schneider/Wolf 1989: 9). Im Zusammenhang mit dem Max-

Ausarbeitungen etc. geführt. Der Krisis-Band (Husserl 1976) ist ein guter Beleg, für politische Fragen dazu auch Schumann 1988.

Weber-Kolloquium 1989 war diese Tendenz betont worden; Gerlachs dramatische Inszenierung hatte ihren Grund (vgl. auch Thomas 1994).

Bedeutsamer und brisanter wären Verweise auf die Wirkungsgeschichte Husserls in Ländern wie Polen, in Ungarn und vor allem der Tschechoslowakei. Genannt seien nur Adam Schaff in Polen, in Ungarn die „Budapester Schule“ um Karel Kosík, Agnes Heller, Mihály Vajda. Das markanteste Beispiel verbindet sich mit der politisch einflussreichen Charta 77 (vgl. Pelikán / Wilke 1977: 221-225) in der Tschechoslowakei. – Dazu knapp der Kern.

Diese Charta wurde 1977 gegründet als lockerer Zusammenschluss von Akteuren aus Kultur, Religion, Wissenschaft. Aus einem konkreten Anlass heraus war das erklärte Ziel, die Einhaltung der Bestimmungen der KSZE-Schlussakte von Helsinki zu überprüfen, insbesondere hinsichtlich Demokratie und allgemeiner Menschenrechte. Denn Verstöße gegen diese waren auch in der Tschechoslowakei offensichtlich, eine Konfrontation mit dem Staat war letztlich unvermeidlich.

Hier ist der direkte Bezug auf Husserl kein Zufall, bleibt er nicht abstrakt. Einer der maßgeblichen Initiatoren und ersten Sprecher dieser Charta war Jan Patočka, Schüler und auch Freund Edmund Husserls. Patočka hatte Schriften zur Phänomenologie publiziert, eine der ersten bereits ebenfalls im ersten Band der „*Philosophia*“. Patočka sah die moderne Welt durch Nationalsozialismus und Stalinismus „erschüttert“. „Erschütterung“ war seine Konkretisierung der Kriseninterpretation von Husserl, aus dieser folgte für ihn eine ethische Verantwortung, die gelebt und verteidigt werden müsse – ein deutlicher politischer Aktivismus. Jan Patočka wurde schließlich verhaftet und starb an den Folgen der Verhöre. Sein Mitstreiter war von Anfang Václav Havel, der bei ihm studiert hatte und insofern zumindest von der phänomenologischen Tradition beeinflusst war. Havel klagte vor allem die Doppelbödigkeit der Moral im realen Sozialismus an, ein unvermeidliches „Leben in der Lüge“. Havel wurde, ganz im Sinn seiner ausgleichenden, gewaltfreien Vorgehensweise, zum Inspirator und zur Symbolfigur der „samtenen Revolution“ von 1989. Husserls Vernunftkonzept findet sich somit in der Charta aufgenommen. Andererseits dient die Rückbeziehung auf diesen Philosophen offenbar zugleich als Schutz gegenüber dem Vorwurf einer Unterwanderung durch den „Westen“. Das kann hier nicht weiter eingeschätzt und bewertet werden. Überlegungen zur Transformation können an diesen Erfahrungen und Auseinandersetzungen im Sozialismus nicht vorbeigehen (vgl. dazu Thomas/Brie 2026). Das wäre auch die Antwort von Wolfgang Küttler gewesen.

Dieses Bemühen um Transformation war Kern der langjährigen Zusammenarbeit mit Wolfgang Küttler im Arbeitskreis „Gesellschaftsanalyse“. Das hatte ich eingangs dargelegt. Daraus war schließlich, wie ebenfalls dargelegt, eine offene, nicht mehr wirklich begonnene Diskussion erwachsen. Ich habe sie hier auf eine Art und Weise und mit einem konkreten Beispiel versucht, die so nicht im Zentrum der Arbeiten von Wolfgang Küttler standen. Bestärkt durch sein produktives Nachdenken über eine kritische Weiterführung der Formationstheorie von Karl Marx und zudem mit Verweis auf seinen offenen, kooperativen Arbeitsstil, bin ich davon überzeugt, dass genau deshalb „die Sache“ für ihn besonders interessant gewesen wäre. Bei aller Unfertigkeit der gebotenen Skizzen, die weiter auszuarbeitende Forschungsprobleme andeuten, lässt sich so schließen.

Bibliographie

- Adorno, Theodor W. (1990): *Zur Metakritik der Erkenntnistheorie. Drei Studien zu Hegel*. Gesammelte Schriften, Bd. 5. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beckert, Sven (2025): *Kapitalismus. Geschichte einer Weltrevolution*. Hamburg: Rowohlt Verlag.
- Böhm, Franz (1938): *Anti-Cartesianismus. Deutsche Philosophie im Widerstand*. Leipzig: Meiner.
- Busch, Ulrich (Hrsg.) (2016): „Reform – Revolution – Transformation. Zur Theoriegeschichte des sozialen Wandels. Kolloquium aus Anlass des 80. Geburtstages von Wolfgang Küttler“. *Abhandlungen der Leibniz-Sozietaät der Wissenschaften* 45. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag.
- Candeias, Mario (2026): „Hightech und Kollaps im Katastrophenkapitalismus“. *Kapitalismus am Limit? – Transformation im Stan: Suche nach Auswegen! Beiträge aus dem Arbeitskreis „Gesellschaftsanalyse“ der „Leibniz-Sozietaät der Wissenschaften zu Berlin“ zum thematischen Kolloquium am 7. November 2025*. Herausgegeben von Michael Thomas, Chans-Christoph Hobohm und Ulrich Busch. *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietaät der Wissenschaften*. <https://doi.org/10.53201/SITZUNGSBERICHTE> 168.
- Dill, Hans-Otto (2016): „Laudatio für Wolfgang Küttler zum 80. Geburtstag“. *Reform – Revolution – Transformation. Zur Theoriegeschichte des sozialen Wandels. Kolloquium aus Anlass des 80. Geburtstages von Wolfgang Küttler*, hrsg. von Ulrich Busch. *Abhandlungen der Leibniz-Sozietaät der Wissenschaften* 45. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag, 13-20.

- Eichhorn, Wolfgang; Küttler, Wolfgang (Hrsg.) (2008): *Was ist Geschichte? – Aktuelle Tendenzen in Geschichtsphilosophie und Geschichtswissenschaft. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften* 19. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag.
- Gerlach, Hans-Martin; Sepp, Rainer (Hrsg.) (1994): *Husserl in Halle. Spurensuche am Anfang der Phänomenologie*. Frankfurt a.M. u.a.: Lang.
- Hauer, Friedrich; Küttler, Wolfgang (Hrsg.) (1989): *Max Weber. Rationalisierung und entzauberte Welt. Schriften zu Geschichte und Soziologie*. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun.
- Husserl, Edmund 1976: *Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie. Eine Einleitung in die Phänomenologische Philosophie*, hrsg. v. Walter Biemel (HUSSELIANA VI). Haag: Martin Nijhoff.
- Joas, Hans (2025): *Universalismus. Welt Herrschaft und Menschheitsethos*. Berlin: Suhrkamp.
- Küttler, Wolfgang (2016): *Karl Marx und das Transformationsproblem: Das modifizierte Transformationskonzept im Spätwerk. Reform – Revolution – Transformation. Zur Theoriegeschichte des sozialen Wandels. Kolloquium aus Anlass des 80. Geburtstages von Wolfgang Küttler*, hrsg. von Ulrich Busch. *Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften* 45. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag, 21-50.
- Mehring, Reinhard (2006): „Arthur Liebert – Ein Geschäftsführer des philosophischen Humanismus im Exil“. *Weltoffener Humanismus. Philosophie, Philologie und Geschichte der deutsch-jüdischen Emigration*, hrsg. von Gerald Hartung, Kay Schiller. Bielefeld: transcript Verlag, 91-109.
- Pelikán, Jiří; Wilke, Manfred (Hrsg.) (1977): *Menschenrechte. Ein Jahrbuch zu Osteuropa*. rororo 4192. Reinbek bei Hamburg: rororo aktuell
- Schiller, Karl (2006): „Historismuskrise und ‚Dritter Humanismus‘: Werner Jaegers Beiträge zur Humanismuskritik“. *Weltoffener Humanismus. Philosophie, Philologie und Geschichte der deutsch-jüdischen Emigration*, hrsg. von Gerald Hartung, Kay Schiller. Bielefeld: transcript Verlag.
- Schneider, Wolfgang; Wolf, Hannah (1989): „Zur Geschichte der Komintern“. *Neues Deutschland* 6./7.5.1989, 9-10.
- Schumann, Karl (1988): *Husserls Staatsphilosophie*. Freiburg, München: Verlag Karl Alber.
- Sepp, Rainer (Hrsg.) (1988): *Edmund Husserl und die Phänomenologische Bewegung. Zeugnisse in Text und Bild*. Freiburg, München: Verlag Karl Alber.

- Thomas, Michael (1987): *Edmund Husserl. Zur Genesis einer spätbürgerlichen Philosophie*. Berlin: Akademie Verlag.
- Thomas, Michael (1994): „Husserl und die DDR-Philosophie. Ein konkreter, aufschlussreicher Modellfall“. *Husserl in Halle: Spurensuche im Anfang der Phänomenologie*, hrsg. von Hans-Martin Gerlach, Rainer Sepp. Frankfurt a.M. u.a.: Lang, 131-159.
- Thomas, Michael (2021): „Der Fall“ – vom Sinn eines Rückblicks“. (2021): *Streitfall Ostdeutschland. Grenzen einer Transformationserzählung*, hrsg. von Michael Thomas, Ulrich Busch. *Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften* 72. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag, 23-51.
- Thomas, Michael (2023): „Das Schweigen der Männer und die hilflose Soziologie. Politische Diskurse, Leitbegriffe und wissenschaftliche (Selbst-)Begrenzungen in Zeiten des Umbruchs“. *Sitzungsberichte Leibniz-Sozietät der Wissenschaften*. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag, 257-292.
- Thomas, Michael; Brie, Michael (Hrsg.) (2006): *(Ost)Deutschland im Stau – Lernprozesse in China. Alternativen gesellschaftlicher Entwicklung. Fallstudien*. Hamburg: VSA Verlag.
- Thomas, Michael; Busch, Ulrich (Hrsg.) (2021): *Streitfall Ostdeutschland. Grenzen einer Transformationserzählung. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften* 72. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag.
- Thomas, Michael; Hobohm; Hans-Christoph; Busch, Ulrich (Hrsg.) (2026): *Kapitalismus am Limit? – Transformation im Stau: Suche nach Auswegen! Beiträge aus dem Arbeitskreis „Gesellschaftsanalyse“ der „Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin“ zum thematischen Kolloquium am 7. November 2025. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften*. <https://doi.org/10.53201/SITZUNGSBERICHTE> 168.
- Tilitzki, Christian (2002): *Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*. Teil 1, Teil 2. Berlin: Akademie Verlag GmbH.
- Weber (1989): *Max Weber. Rationalisierung und entzauberte Welt. Schriften zu Geschichte und Soziologie*. Leipzig: Philipp Reclam jun.

Autorinnen und Autoren

Behrendt, Lutz-Dieter, Prof. Dr. phil. habil., i. R., geb. 1941, Historiker und Archivar; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stadtarchiv Deggendorf, Arbeitsgebiete: Geschichte Osteuropas besonders der UdSSR und Russlands, Bayerische und Deggendorfer Geschichte.

Busch, Ulrich, Doz. Dr. oec. habil., geb. 1951, Finanzwissenschaftler, Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V., Schwerpunkte der Forschung und Publikationen: Geldtheorie und -politik, Ökonomische Probleme der deutschen Einheit und Ostdeutschlands.

Haßler, Gerda, Prof. Dr. phil. habil., geb. 1953, Universität Potsdam, Linguistik, Romanistik; Präsidentin der Leibniz Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V.; Forschungsschwerpunkte: funktionale Grammatik und Pragmatik der romanischen Sprachen; Geschichte der Sprachwissenschaft und des Sprachbewusstseins (17.–21. Jh.); Diskurstraditionen, Kollokationen und Begriffsbildung.

Hofmann, Jürgen, Prof. Dr. sc. phil., i. R., geb. 1943; Historiker; Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V., Stellv. Sekretar der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften, Arbeitsgebiete: 1848er Revolutionsforschung, deutsche Zeitgeschichte, Regionalgeschichte.

Keßler, Mario, Prof. Dr. phil. habil., geb. 1955, Historiker, Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V., Senior Fellow am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Arbeitsgebiete: internationale Arbeiterbewegung, moderner Antisemitismus, Historiographie-Geschichte, Exilforschung.

Kocka, Jürgen, Prof. Dr. phil. Dr. h.c. mult., geb. 1941, Historiker mit den Arbeitsgebieten Sozialgeschichte und Geschichte des Kapitalismus.

Er verfasste mehrere Dutzend Bücher, u.a. zur Geschichte der Unternehmen, des Bürgertums sowie der Arbeitergeschichte seit dem 18. Jahrhundert. Kocka lehrte 1973 bis 2009 in Bielefeld, an der Freien Universität Berlin und an der University of California, Los Angeles. Er war Permanent Fellow des Berliner Wissenschaftskollegs, Gründungsdirektor des (heutigen) Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam, Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), Vizepräsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und Präsident des Comité International des Sciences Historiques (CISH). 1992 erhielt er den Leibniz-Preis und 2011 den Holberg-Preis.

Segert, Dieter, Prof. i.R., Dr. sc. phil., geb. 1952, Politikwissenschaftler, spezialisiert auf das Gebiet der Osteuropastudien, Sekretar der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften 2024-2026, Arbeitsgebiete: Vergleich der gesellschaftlichen und politischen Transformationen der Länder Osteuropas im 20. Jahrhundert, Analyse autoritärer Regime und von Defekten der liberalen Demokratie, Analysen von Bedingungen einer euro-asiatischen Friedensordnung.

Thomas, Michael, Dr. phil., geb. 1951, Philosophie, Soziologie, Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V., Leiter des Arbeitskreises Gesellschaftsanalyse und Klassen, Schwerpunkte von Forschung und Publikation: Theorie und Geschichte der Transformation; Wirtschaftssoziologie und soziologische Regionalforschung.